Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 17 – 25. April 2009 | Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland | C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Das Volk wird als Melkkuh in der Finanzkrise mißbraucht: Zwar versuchen alle Parteien, mit Wahlgeschenken dem Bürger seine Stimme abzukaufen, doch die aufgeklärten unter ihnen durchschauen das Spiel. Vor allem in der sonst so ruhigen Mittelschicht wächst der Mißmut und die Bereitschaft, dem Frust in Demonstrationen Luft zu machen.

Foto: imago

Kampf um des Wählers Gunst

Angst der Parteien vor dem Wahlverhalten der Deutschen treibt irrationale Blüten

Die Parteien befinden sich bereits im Bundestagswahlkampf, obwohl die Bürger erst im September ihr Berliner Parlament wählen dürfen. Doch während sich immer mehr Wähler kühlen Pragmatismus von den Regierenden wünschen, verfallen diese in emotionalen Populismus.

Was wird in fünf Monaten, wenn die Wirtschaftskrise weiter fortgeschritten und die Zahl von möglicherweise vier Millionen Arbeitslosen erreicht ist, die Wähler überzeugen? Über diese Frage rätseln die Parteistrategen – vor allem bei der SPD. Derzeit würden nur 26,1 Prozent der Wähler ihr Kreuzchen bei den Sozialdemokraten machen, so die letzte Allensbach-Umfrage (Zweitstimmen) vom März. Zu Beginn der Finanzkrise im Juli 2007 lag die Partei noch bei 28,3 Prozent.

So unwägbar der Verlauf der Wirtschaftskrise ist, so groß scheint die Angst der Parteien vor dem Wähler zu sein. Die Christsozialen in Bayern versuchten zuletzt mit Genmais-Verbot und Euroskepsis Boden für die Europawahl gutzumachen. Auf dem Programm der Union stehen Steuersenkungen und die Verlängerung der Kurzarbeit. Sogar die Abschaffung des Solidaritätszuschlages forderte jüngst die CDU Baden-Württembergs. Ob sich mit solchen Vorstößen, die noch keine offiziellen Inhalte eines Wahlprogramms sind, das Stimmungsbild für die CDU/CSU aufhellen läßt, die laut Allensbach bei 34,8 Prozent liegt, bleibt offen. Gewinner des Linkstrends der CDU sind derzeit allein die Freien Demokraten, die 14,5 Prozent der Zweitstimmen bei der nächsten Bundestagswahl erzielen würden.

70 Prozent der Bürger entscheiden spontan

Erstaunlich ist, daß die Union wie die SPD seit Beginn der Finanzkrise etwa zwei Prozentpunkte an Zustimmung verloren haben. Dies allein schon deswegen, weil der Union eine dreimal höhere Kompetenz bei der Lösung der Wirtschaftskrise als der SPD zugetraut wird. Gefragt nach der persönlichen Kompetenz in Wirtschaftsfragen liegt Angela Merkel mit 42 Prozent ebenfalls weit vor Frank-Walter Steinmeier mit 27 Prozent.

Was sind die besten Konzepte für die kommende Wahlkampfzeit? Kühler Pragmatismus mit Blick auf die Wirtschaftskrise oder emotionaler Populismus, um die eigene Stammwählerschaft bei der Stange zu halten? Demoskopen weisen darauf hin, daß die Zahl der Wechselwähler ständig steigt. Rund 70 Prozent der Deutschen gehören heute zu jener Gruppe, die ihre Wahlentscheidung kurzfristig fällt.

„Die letzten Wochen vor der Wahl spielen deshalb eine entscheidende Rolle“, meint Andrea Wolf von der Forschungsgruppe Wahlen. Und genau hier liegt die wohl größte Unsicherheit, die die Angst der Parteien begründet.

Niemand kann derzeit sagen, wie die Bürger in fünf Monaten empfinden werden, wie sich die Stimmung der Bevölkerung ändert. Daher hält Karl-Josef Wasserhöfel, der Wahlkampfmanager der SPD, es für die wichtigste Frage, „was wir tun, um die Arbeitsplätze zu sichern“. Solche Konzepte, etwa in der Art einer Agenda 2020, sind bisher allerdings noch nicht in Sicht. *Hinrich E. Bues*

Wilhelm v. Gottberg:

Ungeliebtes Brüssel

In sechs Wochen, am 7. Juni, findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Es ist Wahlkampfzeit. Doch bisher ist vom Werben um Stimmen für die Europa-Wahl nicht sehr viel zu hören und zu sehen. Die Parteiprogramme aller Parteien, die in Deutschland zur Europawahl antreten, unterscheiden sich kaum. Für Umwelt- und Klimaschutz, für Integration der Migranten, für mehr Geld an EU-Parlamente und EU-Kommission sind alle. Alle sind gegen Rassismus und Rechts, gegen die Euroskepsis, wie sie wohlbegründet in Tschechien, Irland und Großbritannien formuliert wird, und gegen den Abbau von Zuständigkeiten bei der Europäischen Kommission. Keine Partei hat als Ziel für die Europawahl die Ablehnung des EU-Beitrittes der Türkei und die gebotene Rückverlagerung einiger Kompetenzen von der EU an die nationalen Parlamente formuliert. Die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes bangen um eine ausreichend hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl. Gehen weniger als 50 Prozent der Berechtigten zur Wahl, ist eine ausreichende Legitimation für die Ausübung des Mandates nicht gegeben.

Der Präsident des Europäischen Parlamentes, Hans-Gert Pöttering, appelliert nun an die Bürgermeister in den Städten und Gemeinden, doch für eine ausreichende Mobilisierung der Wähler für die Europawahl Sorge zu tragen.

Warum sollten die Angesprochenen das tun? Alle für die Menschen in Deutschland relevanten Gesetze werden zu 60 bis 80 Prozent von Brüssel beeinflußt oder oktroyiert. Leitlinie dabei ist der „Brüsseler Zentralismus“, nicht das Gemeinwohl. Eine schwache Wahlbeteiligung wird möglicherweise mithelfen, die Brüsseler Regelungswut einzudämmen.

Populismus auf Bayerisch

CSU und CDU streiten über Genmais und Genschwein

Im Streit um die „grüne Gentechnik“ sind sich die christlichen Schwesterparteien gar nicht mehr grün: Forschungsministerin Annette Schavan (CDU) will das Genmaisverbot ihrer Kabinettskollegin Ilse Aigner (CSU) „nicht einfach so hinnehmen“, Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) wirft seinem Amtskollegen Horst Seehofer (CSU) vor, nicht mehr zum Berliner Koalitionsvertrag zu stehen. Und CDU-Fraktionsvize Katherina Reiche spricht gar von „Populismus aus Bayern“.

Entzündet hat sich der Streit an dem Anbauverbot, das Landwirtschaftsministerin Aigner über die gentechnisch veränderte Maissorte MON 810 verhängt hat – wenige Tage nach Veröffentlichung einer Umfrage, derzufolge 77 Prozent der bayerischen Wähler glauben, eine weitere Befürwortung der „grünen Gentechnik“ werde die CSU bei den anstehenden Wahlen Stimmen kosten. Prompt setzte der frühere Gentechnik-Befürworter Seehofer nicht nur Ilse Aigner in Berlin, sondern auch seinen Umweltminister Markus Söder in München in Marsch, der sich demonstrativ an die Seite von Demonstranten gegen ein angebliches „Genschwein-Patent“ stellte.

Es gibt kein »Patent auf Schnitzel«

Hier geht es in Wirklichkeit nicht um die Patentierung einer kompletten „armen Sau“, wie es auf Protestplakaten hieß, oder ein „Patent auf Schnitzel“ (Greenpeace), sondern um ein Analyseverfahren zum Nachweis eines bestimmten Gens. So weist der Münchner Patentanwalt Raphael Bösl in der „Welt“ darauf hin, daß kein Landwirt oder Züchter Lizenzforderungen fürchten müsse, solange er nicht das Testverfahren nach Patent Nr. 1351777 einsetze.

Nach den Irritationen über die neuerdings so „kritische“ Haltung der CSU erwarten CDU-Politiker wie Schavan und Wulff nunmehr „ein klares Signal der Bundesregierung, daß sie den Einsatz der Gentechnik in Deutschland befürwortet“ – vermutlich müssen sie darauf bis nach den Wahlen warten. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Mißglückte Charmeoffensive

Franz Müntefering entdeckt den Osten Deutschlands

Fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung ist die DDR in der öffentlichen Debatte so lebendig wie lange nicht mehr. So entdeckt SPD-Chef Franz Müntefering sein Herz für die Empfindungen der Bewohner der neuen Bundesländer: „Bei manchen Ostdeutschen spüre ich Skepsis. Nicht gegenüber den Inhalten des Grundgesetzes, aber sie sagen: ‚Eigentlich war doch vorgesehen, daß es nach der Einheit eine gemeinsam erarbeitete Verfassung gibt, deshalb hat die Bundesrepublik ja nur ein Grundgesetz. Aber Ihr habt uns euer Grundgesetz einfach übergestülpt, anstatt eine gemeinsame Verfassung zu schaffen.‘ Das muß man aufarbeiten.“

Und somit hatte Müntefering eine Diskussion über die Frage, ob Deutschland denn nun eine neue Verfassung benötige, angestoßen. „Historischer Unfug“, lautete hierzu das Urteil von Hubertus Knabe, dem Direktor der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen. Es sei die DDR-Bevölkerung gewesen, die nach dem Sturz der SED-Herrschaft schnell das System der Bundesrepublik übernehmen wollte. Knabe war nicht der einzige, der die Aussagen des Sozialdemokraten als mißglückte Charmeoffensive an die Wähler in den neuen Bundesländern abtat.

Nikolaikirchen-Pfarrer fordert neuen Namen

Auch die jüngsten Äußerungen des einstigen Pfarrers der Leipziger Nikolaikirche, Christian Führer, stießen auf Unverständnis. Der Theologe, der 1989 DDR-Oppositionellen in seiner Kirche Schutz geboten hatte, kritisierte den Namen der Bundesrepublik Deutschland, da er nur für einen Teil Deutschlands stehe. Auch sei der 3. Oktober als Tag der Deutschen Einheit ein „sinnloses und blutleeres Datum“. Der 9. Oktober 1989, an dem sich 70 000 DDR-Bürger zum Friedensgebet zusammenfanden, sei viel passender.

Während Führers Namens-Kritik weitgehend verhallte, stieß sein Vorschlag, die Aufarbeitung des DDR-Regimes nicht verklärenden Kitschfilmen zu überlassen, weitgehend auf Zustimmung. *Bel*

MELDUNGEN

Mogelpackung aus Brüssel?

Brüssel – Anders als die meisten anderen EU-Mitglieder setzte Berlin die neue Brüsseler Packungsgrößenrichtlinie ohne Übergangsfristen in Kraft. Seit Ostern bestimmen Handel und Hersteller, wieviel in einer Tüte Milch oder Zucker drin ist. Nur Wein und Schnaps werden weiter in gesetzlich festgelegten Portionen verabreicht. Verbraucherschützer fürchten, die Brüsseler „Mogelpackung" werde von den Produzenten zu versteckten Preiserhöhungen genutzt. Viel Lärm um nichts, meint der Einzelhandel und verweist auf den „mündigen Kunden", der auf jeder Pakkung den Grundpreis pro Kilo/Liter finde und damit gute Vergleichsmöglichkeiten habe; zudem bringe die Regelung – neben „Vereinfachung des Regelungsumfelds" – durch kleinere Packungseinheiten Vorteile für Singles und Senioren. *H.J.M.*

»Durchsichtige Transparenz«

Asse – Neben strahlenden Nuklearabfällen sind im umstrittenen Atommüll-Versuchslager Asse auch hochgiftige Stoffe wie Arsen, Quecksilber und Blei gelagert. Eine entsprechende Meldung des „Stern" bestätigte das Bundesamt für Strahlenschutz, seit Anfang 2009 für den Betrieb des ehemaligen Salzbergwerks zuständig. Unerwähnt blieb, daß die „Enthüllung" weder neu noch gravierend ist. So mutmaßt nun die „FAZ", die von Umweltminister Sigmar Gabriel verordnete neue Transparenz habe „etwas sehr Durchsichtiges", solle also dem Stimmungswandel in Sachen Kernenergie entgegenwirken. *H.J.M.*

Dieser Ausgabe liegt ein Überweisungsträger der Bruderhilfe e. V. bei

Die Schulden-Uhr:

41 Milliarden weniger?

Während die Parteien versuchen, sich in Sachen Wahlgeschenken zu überbieten, hat die Wirtschaftskrise jetzt die Staatskasse erreicht. Um rund 41 Milliarden Euro sanken die Einnahmen, die der Staat von seinen Bürgern und den Unternehmen im Land in Form von Steuern einzieht. Experten gehen davon aus, daß Bund, Länder und Gemeinden 2009 nur noch mit 531 Milliarden Euro Steuereinnahmen rechnen können, was 41 Milliarden Euro weniger wären, als noch vor einem knappen halben Jahr geschätzt. Fast alle großen Einzelsteuern sind gesunken. So verringerten sich die Einnahmen aus der Umsatzsteuer im März um 3,5 Prozent, das Körperschaftsteueraufkommen ging um 14 Prozent zurück, die veranlagten Steuern vom Ertrag schrumpften auf ein Drittel ihres alten Wertes. Nur die Lohnsteuer stieg um 0,6 Prozent, was daran liegt, daß gestiegene Löhne Ausfälle zum Teil ausglichen.

1.557.349.316.241 €

Vorwoche: 1.554.687.740.664 €
Verschuldung pro Kopf: 18 978 €
Vorwoche: 18 946 €

(Dienstag, 21. April 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

BdV braucht eine Agenda 2020

BdV-Vizepräsident Knauer über das »Zentrum« in Berlin und die weiteren Perspektiven der Vertriebenen

Christian Knauer ist einer der beiden Vertreter des Bundes der Vertriebenen im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung". Im Interview mit Konrad Badenheuer erklärt der Landrat des bayerisch-schwäbischen Kreises Aichach-Friedberg mit schlesischen Wurzeln, wie er den Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen" erlebt hat und welchen Weg in die Zukunft er für den BdV sieht.

PAZ: *Bei den Besuchen der Bundeskanzlerin beim BdV gab es viel Applaus und keine Kritik. Waren Sie davon überrascht?*

Knauer: Nein, die Besuche der Kanzlerin waren mehr als nur eine Geste. Ihre Aussagen waren klar und eindeutig. Dennoch hätten sich viele Menschen, nicht nur Betroffene, gewünscht, wenn Frau Dr. Merkel das, was sie auf dem Jahresempfang des BdV gesagt hat, schon 14 Tage vorher geäußert hätte. In der Tat gab es ein Befremden darüber, daß die Bundesregierung schweigt, wenn eine so integre und angesehene Persönlichkeit wie Erika Steinbach in derart unflätiger Weise von polnischen Politikern angegriffen wird. Hier hätten frühere Worte zugunsten der Angegriffenen manche Irritationen verhindern können.

PAZ: *Mußte die Ehre von Frau Steinbach wirklich verteidigt werden? Wenn der Vorwurf „blonde Bestie" lautet, da erübrigt sich doch jeder Widerspruch. Wäre nicht das Festhalten an ihrer Berufung in den Stiftungsrat entscheidend gewesen?*

Knauer: So denken verständlicherweise gewiß viele. Die Bundesregierung stand freilich vor der Herausforderung, die Wirkung ihrer Worte auf die polnische Innenpolitik abzuwägen. In Polen stehen sich das Lager von Ministerpräsident Tusk und das der Gebrüder Kaczynski gegenüber. Letzteres will die Bundesregierung aus guten Gründen nicht stärken. Die Sorgen vor der von Kaczynski vertretenen Linie betreffen die ganze EU. Hinzu kommt das Taktieren der SPD, mehrere SPD-Politiker hatten sich offen gegen Erika Steinbach gestellt. Darin liegt zu einem großen Teil die Ursache der deutschen Haltung gegenüber Polen.

PAZ: *Haben Sie Verständnis für eine Haltung, die sagt: Wenn wir am Ende Polen um Erlaubnis fragen müssen, ob wir überhaupt nur ein Museum für die Vertreibung bauen dürfen, dann ist der ganze Ansatz falsch?*

Knauer: Dafür habe ich Verständnis, wobei das „Zentrum gegen Vertreibungen" immer mehr sein muß als ein Museum. Es muß auch Gedenk- und Begegnungsstätte sein, als reines Museum ginge es an den Zielvorstellungen vorbei. Daß wir heute solche Diskussionen führen müssen, hängt mit der mangelnden Unterstützung weiter Teile der SPD zusammen. Der BdV und Frau Steinbach persönlich haben wirklich viel getan, um die Beziehungen zur SPD wieder auf eine vernünftige Basis zu stellen. Dabei hat auch Otto Schily, der das Zentrum schließlich unterstützte, eine wichtige Rolle gespielt. Umso größer ist jetzt die Enttäuschung über viele SPD-Politiker. Von Grünen und Linken rede ich in diesem Zusammenhang gar nicht.

PAZ: *Der Vorgänger von Frau Steinbach an der Spitze des BdV, Fritz Wittmann, warnte in den neunziger Jahren davor, die deutsch-tschechische Erklärung dürfe nicht zur „Grabplatte" für die Sudetendeutschen werden. Viele haben die Sorge, das Zentrum in Berlin könnte eine Art Mausoleum für die Ost- und Sudetendeutschen werden ...*

Knauer: Zum Konzept des Zentrums gehört nicht nur der Blick zurück, sondern auch die Öffnung neuer Perspektiven. Zur Pflege der ostdeutschen Kultur gehört deren Weiterentwicklung. Das ist auch nicht nur das Anliegen derer, die Haus und Hof verloren haben. Die Vertreibung und ihre Folgen gehen alle Deutschen an, sie sind ein Teil der deutschen Identität. Unbewußt sind sie es wohl jetzt schon, und es ist ein entscheidendes Ziel des „Zentrums", die Verdrängungen in diesem Bereich zu überwinden. Losgelöst vom Zentrum müssen die Vertriebenen jedoch weiter höllisch aufpassen, daß sie von Seiten des Staates nicht als Stiefkinder angesehen werden. Ein Ärgernis stellt die Abschaffung der Finanzierung der Kulturreferenten der Landsmannschaften sowie der institutionellen Förderung des BdV in vielen Bundesländern dar. Keine andere Nation in ähnlicher Lage würde so etwas tun. Hier gibt es im BdV auch einige Enttäuschung über die CDU-geführten Regierungen etwa in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, welche die von der SPD abgeschaffte Förderung nicht wiederaufgenommen haben, obwohl es um vergleichsweise geringe Beträge geht. Ministerpräsident Roland Koch in Hessen ist hier eine positive Ausnahme. Er löste seine Wahlversprechen ein.

Junge Leute wollen wissen, wofür sie sich bei uns engagieren

PAZ: *Wohl auch kein anderes Land würde Erklärungen abgeben, die so nahe an den rechtsverbindlichen Verzicht auf alle Rechte der Vertriebenen heranreichen, wie die Bundesrepublik das getan hat – zuletzt mit der schroff ablehnenden Haltung der Bundesregierung zu den Klagen der Preußischen Treuhand und anderer Betroffener.*

Knauer: Es war Altkanzler Schröder, der die Vertreibung öffentlich und ohne äußeren Anlaß ein „abgeschlossenes Kapitel der Geschichte" genannt hat. Bundeskanzlerin Merkel hat sich dagegen geweigert, die rechtsverbindliche Verzichtserklärung abzugeben, die Kaczynski so nachdrücklich von ihr gefordert hat.

PAZ: *Hatte Schröder nur das Glück, daß er das so nicht gefragt wurde?*

Knauer: Angesichts dessen, was er unaufgefordert von sich gegeben hat, gehe ich in der Tat davon aus, daß er eingeknickt wäre.

PAZ: *Der BdV argumentiert seitdem, man möge ihm nicht den „schwarzen Peter" für die politisch so sperrigen offenen Rechtsfragen zuschieben, es sei allein Sache der Bundesregierung, diese – etwa mit einer innerstaatlichen Entschädigungsregelung – zu schließen.*

Knauer: Und weil dies nicht zu erwarten ist, bleiben die Eigentums- und Wiedergutmachungsfragen rechtlich offen. Das hat ja auch Bundeskanzler Helmut Kohl klargestellt, als er 1997 in Prag die deutsch-tschechische Erklärung unterschrieb.



Knauer: Von Teilen der CDU enttäuscht.

PAZ: *Und doch sieht die aktive Vertretung eines Wiedergutmachungsanliegens wohl anders aus als der Hinweis, es stehe nicht in der eigenen Macht, verbindlich zu verzichten. Wann hat der BdV das letzte Mal der polnischen Regierung die Entschädigungsregelungen der baltischen Staaten, Ungarns oder Rumäniens zur Nachahmung empfohlen?*

Knauer: Der BdV hat bis in die jüngsten Tage in all seinen Beschlüssen auf die ungelöste Eigentums- und Entschädigungsfrage hingewiesen. Ebenso fordern wir seit Jahrzehnten von unseren Nachbarn, in einen Dialog mit den Betroffenen zu diesen Themen einzutreten. Die bis in die 80er Jahre hinein durch die deutsche Politik gewährte verbale Unterstützung unserer Anliegen hat sich seit dem Beitritt der Vertreiberstaaten zur Nato und zur Europäischen Gemeinschaft deutlich abgeschwächt. Auch innerhalb der gesamtdeutschen Gesellschaft werden die einschlägigen Problemfelder lieber verdrängt als diskutiert. Das ist die traurige Wahrheit. So lange Polen und die Tschechische Republik nicht bereit sind, ihre Unrechtsdekrete aufzuheben, wird unser Verweis auf die Entschädigungsregelungen in den anderen Staaten dort nicht auf Gehör stoßen.

PAZ: *Welche mittelfristige Perspektive sehen Sie für die Vertriebenen und den BdV in sagen wir fünf bis 15 Jahren?*

Knauer: Da sprechen Sie einen wichtigen Punkt an. In Anbetracht der immer geringer werdenden Zahlen der noch in den Heimatgebieten geborenen Landsleute wird sich zweifellos auch die Ausrichtung der Tätigkeit unserer Landsmannschaften und des BdV verändern. Zwar werden Rechtsfragen Dauerthemen bleiben, kulturelle Aspekte und eine Art „Erinnerungskultur" aber deutlich an Raum gewinnen. Daher müssen wir baldmöglichst in allen Verbänden eine Grundsatzdiskussion im Hinblick auf eine Art Agenda 2020 führen. Nur mit klar formulierten längerfristigen Zielen können wir junge Menschen für eine aktive Mitarbeit gewinnen.

Bedrohte Redefreiheit

Linke Politiker wollen christlichen Kongreß stoppen – Wilhelm v. Gottberg solidarisch

In krassem Kontrast zu den emanzipatorischen Wurzeln der politischen Linken und zu den „tabustürzenden" Anfängen der Grünen stehen aktuelle Bestrebungen dieser Kräfte, einen für Ende Mai geplanten Kongreß an der Universität Marburg zu verhindern. Es geht um den „6. Internationalen Kongreß für Psychotherapie und Seelsorge", zu dem mehr als 1000 Teilnehmer erwartet werden.

Das von christlich-konservativen Trägern organisierte Treffen ist dem Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) und den Grünen, aber auch mehreren SPD-Politikern ein Dorn im Auge, weil dort auch Referenten vertreten sein sollen, die Homosexualität nicht in jedem Fall für unveränderlich halten, sondern der Ansicht sind, daß es Fälle gibt, in denen die Betreffenden keine eindeutige Orientierung auf das gleiche Geschlecht haben und zudem unter ihrer homo- oder bisexuellen Orientierung leiden. Initiativen wie „Wüstenstrom e.V." oder das „Deutsche Institut für Jugend und Gesellschaft (DIJG)" machen ein seelsorgerliches und therapeutischen Angebot, das immer wieder dazu führt, daß bislang Homosexuelle später heterosexuell empfinden.

Obwohl kein Mensch solche Angebote annehmen oder auch nur zur Kenntnis nehmen muß, werden derartige Aktivitäten von der Homosexuellenlobby (und mit ihr von etlichen linken Politikern) offenbar als Kampfansage empfunden, gegen die mit allen juristischen und politischen Mitteln vorgegangen wird. Nicht zuletzt deswegen konnte beispielsweise „Christival", ein Treffen junger Christen vor einem Jahr in Bremen, nur noch mit geändertem Programm und zudem ähnlich wie ein NPD-Parteitag nur unter Polizeischutz (!) stattfinden.

Vorboten einer Christenverfolgung auch bei uns?

Auch jetzt sind die Töne wieder ausgesprochen aggressiv. Die „Tageszeitung" schreibt von „psychischer Vergewaltigung" durch „Homo-Umpoler". Voller Zustimmung wird die Forderung der hessischen Grünen zitiert, es handele sich um einen „Homophobie-Kongreß", den es „zu verhindern gelte". Mit kritischem Unterton wird die Weigerung von Universität und Stadt wiedergegeben, den Kongreß zu verhindern.

Allerdings geht es hier keineswegs nur um den Spleen verirrter Linksradikaler mit Freunden in der Redaktion der „taz". Wie die im bayerischen Rimsting lebende Soziologin und Publizistin Gabriele Kuby warnt, werde inzwischen „von vielen Seiten Druck auf die Veranstalter ausgeübt", die Vertreter der beiden genannten Initiativen „nicht sprechen zu lassen".

Kuby erinnert daran, daß in den Jahren 2007 und 2008 bereits zwei ähnliche Großveranstaltungen aus dem selben Grund „durch persönlichen und öffentlichen Druck auf Veranstalter und Sponsoren, durch mediale Kampagnen und Instrumentalisierung der Politik" gezwungen wurden, ihr Programm zu ändern, sprich: die Referenten Markus Hoffmann (Wüstenstrom) und die Vertreter des DIJG auszuladen.

„Solche Aktionen stellen einen Angriff auf fundamentale Freiheitsrechte dar, die in unserer Verfassung garantiert sind. Wieder wird versucht, die Freiheit der Versammlung, der Rede, des wissenschaftlichen Diskurses und der Wahl der Therapie zu beschneiden" warnen Kuby und einige Mitstreiter in einem von rund 100 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterzeichneten Appell, dem sich der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, angeschlossen hat.

Vertreter des konservativen Protestantismus sehen in den sich wiederholenden Vorgängen, die übrigens nur selten zu einer klaren Solidarisierung seitens bürgerlicher Politiker führen, mögliche Vorboten einer Christenverfolgung auch in Deutschland. Andreas Späth, Vorsitzender der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern" (KSBB) spricht von „einzigartigen Versuchen, Evangelikale als Staatsfeinde zu brandmarken". Es drohe ein „jakobinischer Gesinnungsterror", der Deutschland in eine Mediendiktatur führen könne. *K.B.*

Angst vor den Wählern

Sollen die wahlberechtigten Bundesbürger selber darüber bestimmen dürfen, ob zum Beispiel die Türkei Vollmitglied der EU werden darf? Die CSU meint ja, die CDU ist strikt dagegen.

Die bayerischen Christsozialen, die bei den Wahlen zum EU-Parlament am 7. Juni ein mögliches Scheitern an der bundesweiten Fünfprozentsperre fürchten, geben sich in ihrem Wahlprogramm betont volksnah und haben die Option auf plebiszitäre Elemente auf ihre Fahnen geschrieben. So wollen sie, „wenn wichtige Zuständigkeiten von den Mitgliedstaaten auf Europa übertragen werden oder wenn die europäische Familie um weitere Mitgliedstaaten erweitert werden soll", künftig das Volk mitentscheiden lassen. Nicht einig wurden sich Parteichef Horst Seehofer und seine Gefolgsleute, ob solche Volksbefragungen dann bundesweit oder in der gesamten EU durchgeführt werden sollen, was ja nur im Gleichklang mit den anderen Mitgliedstaaten möglich wäre. Die strittige Frage wurde im Wahlprogramm vorsichtshalber ausgeklammert. Die Schwesterpartei CDU hingegen lehnt Plebiszite in Europa-Fragen ab. *H.-J. Mahlitz*

Die endliche Geduld der Mitte

Von Harald Fourier

Wenn jemand ein demokratiekritisches Buch schreiben wollte, müßte er derzeit lediglich einige Aussagen führender Spitzenpolitiker aus dem politischen Berlin zusammentragen: Norbert Lammert (CDU) will nicht, daß die Bundesregierung komplett nach Berlin umzieht. Wolfgang Thierse (SPD) hingegen ist lautstark für den endgültigen Abschied von Bonn.

Die Haltung Lammerts hat in Berlin niemanden überrascht. Lammert stammt aus Nordrhein-Westfalen. Für ihn wäre es politisches Harakiri, wenn er nicht seine Hand schützend über die Pfründe von Bonn am Rhein hielte. Das gilt umgekehrt natürlich auch für Wolfgang Thierse: Er ist Abgeordneter aus Berlin. Er fordert das, was in der Hauptstadt gut ankommt. Ob es sich auch verwirklichen läßt, steht auf einem anderen Blatt.

Die Berliner Politik gleicht dieser Tage der Wünsch-dir-was-Sendung aus den frühen 70er Jahren. Parteienvertreter treten mit allerlei populären Forderungen an die Öffentlichkeit, den Wahltermin im September immer fest im Blick. So forderte vor einer Woche ein CDU-Promi aus der zweiten Reihe (natürlich einer aus Westdeutschland) die Abschaffung des Solidaritätszuschlages zur Einkommensteuer.

Die SPD will jedem 300 Euro schenken, der auf eine Steuererklärung verzichtet. Als sie sich diesen Vorschlag ausgedacht haben, lagen die SPD-Oberen bestimmt vor Lachen unterm Tisch. „Erst erhöhen wir die Steuern und machen das Steuerrecht so kompliziert, daß es keiner mehr versteht. Dann schenken wir jedem 300 Euro von seinem eigenen Geld zurück – wenn er keine Steuererklärung macht, die sowieso viel zu schwer geworden ist. Und dafür sind die dann auch noch dankbar." So ein Wahljahr schreibt die schönste Satire, ganz ohne Drehbuch.

Die entscheidende Frage ist: Was passiert, wenn nach der Bundestagswahl die Erwartungen enttäuscht werden? Dann sinkt die Wahlbeteiligung, oder Radikale profitieren von dem Frust der Wähler, die sich ein ums andere Mal betrogen fühlen.

Schon bei einigen der jüngsten Demonstrationen auf den Straßen und Plätzen Berlins zogen auffallend viele Menschen mit, die nach eigenem Bekunden bislang noch nie auf einer politischen Kundgebung waren.

Es sind die Opfer der Krise. Denn diese Krise schlägt in der Mitte des Volkes ein. Die Geduld dieser Mitte wird durch den Absturz der Weltwirtschaft somit auf eine harte Probe gestellt, weshalb populäre Mätzchen schlechter ankommen dürften denn je.

Vereinigt und doch geteilt

Thierse fordert den vollständigen Umzug nach Berlin – Versuch, seinen Wahlkreis zu begeistern



Wolfgang Thierse, damals Bundestagspräsident, hielt am 19. April 1999 in Berlin den symbolischen Schlüssel für den Reichstag in die Höhe: Zum zehnten Jahrestag des Umzugs von Bundesregierung und Parlament vom Rhein an die Spree ist die alte Debatte über eine Auflösung des Bonner Standorts von Thierse neu angestoßen worden. Noch immer haben sechs der 14 Ministerien ihren Hauptsitz in Bonn.

Bild: AP

Wolfgang Thierse geht mit der Hauptstadtfrage auf Wählerfang, sein Parteichef Franz Müntefering mit der Verfassung, Unionspolitiker mit der Abschaffung des „Soli": Berlin steht ganz im Zeichen durchschaubarer Wahlkampfmanöver.

Wolfgang Thierse hat vielen Berlinern aus der Seele gesprochen, als er den kompletten Regierungsumzug forderte. Der Bundestagsvizepräsident sagte anläßlich des zehnten Jahrestages der ersten Sitzung im Reichstag: „Das Land ist vereinigt, die Regierung zwischen Berlin und Bonn geteilt: Das ist nicht zukunftsfähig."

Seit zehn Jahren wird Deutschland eigentlich von Berlin aus regiert, aber ein Großteil der Beamten hockt noch immer in Bonn am Rhein. Das führt nicht nur zu unnötigen Mehrausgaben für zusätzliche Gebäude, sondern auch zu hohen Reisekosten, weil Angehörige der Ministerien regelmäßig hin- und herfliegen.

Deswegen schlug sich Karl-Heinz Däke, der Chef des Bundes der Steuerzahler und sonst eher nicht unbedingt ein Freund von Wolfgang Thierse, auf die Seite des Sozialdemokraten. Es müsse jetzt eine endgültige Entscheidung „pro Berlin" fallen. Denn: Die jährlichen Kosten der Pendelei von Bundes-Offiziellen beliefen sich auf geschätzte 23 Millionen Euro.

Für das Festhalten an zwei Regierungssitzen sprach sich hingegen Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) aus. Er pocht darauf, daß die einmal getroffenen Entscheidungen eingehalten werden müßten. Und dazu gehöre, daß „jedem klargewesen sei, daß die Verteilung der Regierungsaufgaben auf Bonn und Berlin zusätzliche Kosten verursacht".

> Müntefering fordert gemeinsame, neue Verfassung

Hier sind die Fakten: Noch immer sitzt fast die Hälfte aller Dienststellen des Bundes mit rund 10000 Beschäftigten am Rhein. Sechs Bundesministerien haben ihren Hauptsitz dort. Außerdem wurden wichtige Bundesbehörden in Bonn als Ausgleich angesiedelt. Ihre Anwesenheit sichert Beschäftigung und der „Bundesstadt" eine Bedeutung, die einer „Hauptstadt zweiter Klasse" gleichkommt.

Aus Sicht der Berliner war der vollständige Regierungsumzug schon immer eine populäre Forderung. Für die FDP hätte er schon in den 90er Jahren zum Joker werden sollen. Damals schwächelte die Partei enorm. Günter Rexrodt, seinerzeit Berliner Landeschef der Liberalen und Bundeswirtschaftsminister, hätte es in der Hand gehabt, mit seinem Ministerium im Alleingang an die Spree umzuziehen. Das hätte seiner Partei einen unschätzbaren Bonus bei den Hauptstädtern eingebracht, aber der frischgekürte Minister traute sich das nicht zu. Die FDP flog 1995 aus dem Berliner Abgeordnetenhaus.

Auch danach haben immer mal wieder Politiker den kompletten Umzug gefordert, aber nichts ist passiert. Das große Pendeln zwischen den beiden Regierungssitzen geht munter weiter.

Eine andere populäre Forderung, die mit dem Vereinigungsprozeß von 1990 zusammenhängt, ist die nach einer neuen Verfassung, neuerlich vorgetragen von Franz Müntefering. Der SPD-Chef sagte, das Grundgesetz sei eigentlich nur ein Provisorium gewesen, das dann dem Osten übergestülpt worden sei, „anstatt eine gemeinsame Verfassung zu schaffen". Das müsse aufgearbeitet werden, forderte er – und löste damit unweigerlich eine Debatte darüber aus, ob Deutschland eine neue Verfassung bräuchte.

Viele, oft widersprüchliche Sehnsüchte ranken sich um den Wunsch nach einer neuen Verfassung. Manche wollen mehr Staat, andere mehr Freiheit, wider andere wünschen mehr Religion oder aber mehr Trennung von Kirche und Staat, auch mehr Gleichberechtigung, mehr Grundrechte, einen Mindestlohn, das Recht auf Arbeit und etliches anderes werden mit dem Projekt verbunden. Müntefering weiß natürlich um die Unvereinbarkeit der zahllosen Sehnsüchte. Skeptische Beobachter wittern in seinem Vorstoß daher reine Wahlkampflyrik. Am Ende werde keiner der Vorschläge aus dem Politiker-Wunschkonzert verwirklicht. Franz Müntefering holt dabei eine ziemlich freimütige Äußerung nach der letzten Bundestagswahl ein: Es sei „unfair", CDU und SPD an ihren Wahlkampfversprechen zu messen, hatte der SPD-Chef damals genörgelt.

Auch die Äußerungen Wolfgang Thierses hinsichtlich des Komplettumzugs der Regierung nach Berlin werden in diesem Licht betrachtet. Als Berliner Abgeordneter dürfte seine Forderung dennoch gut ankommen bei den Wählern seines Wahlkreises.

Markus Schleusener

Beleidigte »Meister«

Architekten stänkern gegen Stadtschloß

Ab 2010 soll das Berliner Stadtschloß bis auf die Ostfassade in seiner Barockhülle neu erstehen. Die Entscheidung steht längst, dennoch geht die Debatte über das Projekt munter weiter, vor allem bei seinen Gegnern.

Wie wenig Behagen dies der Architektenzunft in Berlin bereitet, demonstrierte kürzlich eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „Schloßdebatte – Schluß mit der Debatte?". Dort wurde wieder einmal die allzu bekannte Metapher von der „Demokratie als Bauherr" bemüht. Für das Deutschlandbild des 21. Jahrhunderts, hieß es, bedeute die vorgesehene Schloßrekonstruktion ein „Fiasko", da sie „die Zukunft in der Vergangenheit" zum Ausdruck brächte. Ort dieser Abwehrdiskussion war – ein Zufall? – die Akademie der Künste am Pariser Platz. Von deren Architekt Günter Behnisch, einem Fundamentalisten der Stahl- und Glas-Moderne, stammt das selten idiotische Bekenntnis, die demokratische Funktion eines Gebäudes manifestiere sich allen Ernstes in der Durchsichtigkeit seiner Fassaden: kalte, glatte Glasfronten als einzige Möglichkeit des Bauens.

Ein anderes Beispiel für die renitente Haltung bietet die Kunstzeitschrift „Monopol", die in ihrer März-Ausgabe acht „Alternativentwürfe" für das Stadtschloß veröffentlicht hat. Darunter von Künstler-Chaoten wie Jonathan Meese oder beispielsweise Christoph Schlingensief, der im Inneren des Schloßkörpers unter anderem traditionelle afrikanische Hütten aufstellen will.

Der streitlustige Historiker Arnulf Baring läßt sich von solchen Mätzchen nicht in seinen Visionen aufhalten. Da die Konzeption des wiederrichteten Stadtschlosses als „Humboldtforum" nicht dessen repräsentativem Charakter gerecht werden könne, forderte er, das Schloß zum künftigen Sitz des Bundespräsidenten zu erklären.

Alexander Kling

Diplomaten als Verkehrsrowdies

Berlin erlebt, wie Botschaftsangestellte rücksichtslos ihre Immunität mißbrauchen

Nach einigen Bieren zuviel stieg Gerd S.* ins Auto und fuhr nach Hause. Es war an einem Sonntagmorgen. An einer menschenleeren Kreuzung in Berlin-Zehlendorf krachte es dann. S. schätzte den Bremsweg falsch ein und fuhr leicht auf eine vor ihm stehende Nobelkarosse auf.

Sofort schossen dem angetrunkenen Fahrer die wildesten Gedanken durch den Kopf: Jetzt ist dein Führerschein weg! Die Versicherung kommt nicht für den Schaden auf! Wäre ich mal lieber mit dem Taxi gefahren! Da waren sie, die Schuldgefühle, die ihn besser beim Einsteigen befallen hätten.

Doch genau in diesem Moment geschah etwas Unerwartetes: Der Wagen, den er angefahren hatte, setzte sich beim Grünwerden der Ampel zügig in Bewegung und verschwand im Dunkelblau des anbrechenden Tages. S. dachte, er sehe nicht richtig, als der Wagen plötzlich mit Karacho davonfuhr. Er hatte alles erwartet. Ein Schleudertrauma des Fahrers oder eine von den Insassen eilig herbeibestellte Polizeistreife.

Eine Sache ist S. erst aufgefallen, als der andere Wagen losfuhr – er trug ein Diplomatenkennzeichen. Später reimte er sich das ganze so zusammen: Auch der andere Fahrer muß betrunken gewesen sein, sonst wäre er ja wohl ausgestiegen und hätte die Polizei geholt. Einfach wegzufahren, wenn jemand anders einen Schaden an seinem Wagen verursacht hat, das würde sonst niemand machen – es ergibt einfach keinen anderen Sinn.

> New York kürzt als Strafe die Entwicklungshilfe

Daß der angefahrene Wagen eine Diplomatenkarosse war, spricht übrigens eher für als gegen die Theorie des Gerd S. Denn die Vertreter ausländischer Staaten fallen immer wieder als schlimme Verkehrsrüpel auf.

Am Montag berichteten Berliner Medien, daß im vergangenen Jahr 8400 Verkehrsverstöße von in Berlin stationierten Diplomaten registriert worden seien. Dazu kämen 55 Verwicklungen in Unfälle. Diese Vergehen haben jedoch keine Konsequenzen, weil die Fahrer nicht zur Rechenschaft gezogen werden können. Immunität schützt sie vor Strafverfolgung. Meistens begehen sie einfach Fahrerflucht. An der Spitze der Verkehrsrowdies lagen 2008: Saudi-Arabien, Rußland, Ägypten und China.

Alle Hauptstädte und übrigen Diplomatenmetropolen der Welt kennen dieses Problem. Für Berlin ist diese Erkenntnis noch relativ neu, denn so richtig ist die Spreemetropole ja erst seit zehn Jahren wieder Hauptstadt. Sogar die Besatzungsmächte hatten sich früher zivilisierter benommen als so mancher Botschaftsangestellter heute.

Jede Stadt, die viele Diplomaten beherbergt, versucht auf ihre Weise mit diesem unerfreulichen Verhalten fertigzuwerden. New York zum Beispiel sorgt dafür, daß die Summe aller Bußgelder von der Entwicklungshilfe für das entsprechende Land abgezogen wird. Deutschland lehnt jedoch das New Yorker Modell ab. Das werde es „sicher nicht" geben, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes.

Ausnahmsweise ist auch Gerd S., der den Diplomatenwagen gerammt hat, durch diese laxe Haltung der deutschen Behörden davongekommen. Er hat sich nach dieser Fahrt nicht mehr betrunken ans Steuer gesetzt. Der Vorfall war ihm eine Lehre. Denn soviel Glück wird er kein zweites Mal haben. Schließlich ist er kein Botschaftsangestellter.

Patrick O'Brian

** Name der Redaktion bekannt*

Zeitzeugen



Oliver Wallasch – Dem Frankfurter Rechtsanwalt wird mit der Übernahme der Interessenvertretung des 19jährigen, unter Pirateriеverdacht stehenden Mohammed A. Profilierungssucht unterstellt. Wie der 1969 geborene Bergisch-Gladbacher an seinen in Kenia inhaftierten, somalischen Mandaten gekommen ist, möchte er mit Hinweis auf die anwaltliche Schweigepflicht nicht mitteilen. Er jedenfalls sieht sich als Vertreter eines Entrechteten. Oliver Wallasch war bereits 2008 Strafverteidiger in einem medienwirksamen Prozeß. Damals vertrat er Nikolai H. Dieser hatte einen Holzklotz von einer Autobahnbrücke in Niedersachsen geworfen und so eine 33jährige Frau in einem vorbeifahrenden Auto getötet. Wallasch warf den damaligen Ermittlern fehlende „Sensibilität für die Drogenproblematik" von Nikolai H. vor.



Jürgen Trittin – Als Vertreter des Auswärtigen Ausschusses ist der grüne Politiker nach Kenia gereist. Er soll den Ablauf des Prozesses gegen die neun Männer beobachten, die am 3. März von der deutschen Marine vor der somalischen Küste festgenommen wurden. Trittins Aufgabe ist es, zu überprüfen, ob die kenianischen Behörden auch die zugesicherten rechtsstaatlichen Bedingungen einhalten. Der 54jährige Spitzenkandidat der Grünen ist für die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes für die Piraten.

Salah Hadschi Bahdon – Der Pirat kommt aus dem Hafenort Eyl in der halbautonomen Region Puntland in Somalia. Seine Aussage ging um die Welt: „Vor Jahren lebten wir noch vom Fischfang, doch jetzt haben wir viel Geld." Vor seinem Haus liegen etliche gekaperte Schiffe vor Anker, für die seine Hintermänner das Lösegeld aushandeln. Eyl sei heute ein „kleines Paradies".



François Grignon – Er ist der Leiter des Afrikaprogramms der unabhängigen Konfliktforschungsorganisation „International Crisis Group" (ICG) mit Sitz in Brüssel und Nairobi. Nach eingehenden Studien hält er die Lage am Horn von Afrika für „die explosivste des Kontinents". Die 165 Millionen hier lebenden Menschen stünden in der Gefahr, in den Kampf gegen den Terror verwikkelt zu werden.

Wird jetzt scharf geschossen?

Immer mehr Länder kommen zu der Einsicht, daß Piraten eine harte Hand brauchen

Frankfurter Anwälte wollen der Piraterie verdächtigte Somalier auf Kosten des deutschen Staates verteidigen und verklagen gleich vier deutsche Ministerien.

„Man hat nicht damit gerechnet, daß zwei deutsche Anwälte so verrückt und engagiert sind und nach Kenia fahren, um sich darum zu kümmern." Der Frankfurter Anwalt Oliver Wallasch sieht sich als Vertreter eines Entrechteten. Für seinen 19jährigen Mandanten Mohammed A. gelte genau wie für alle anderen Beschuldigten die Unschuldsvermutung. Für Wallasch ist die Unterbringung seines unter Pirateriеverdacht stehenden Mandanten in einem Gefängnis in Mombasa menschenunwürdig. Auch sei die Überstellung des Somaliers an kenianische Behörden unrechtsmäßig, schließlich sei der junge Mann nur am Bord des Schnellbootes, das am 3. März den Frachter „MV Courier" entern wollte, gewesen, weil er eine „Passage nach Jemen" bezahlt habe. Da man trotz Fotos von der Festnahme durch Soldaten der Fregatte „Rheinland-Pfalz" nicht beweisen könne, warum welcher der Festgenommenen an Bord des Bootes gewesen sei, fordert Wallasch 10000 Euro Schadensersatz und Übernahme der Anwaltskosten. Und da die Waffen der Festgenommenen – wie die kenanische Justiz bereits mehrfach bemängelte – aus „Sicherheitsgründen" von der deutschen Marine im Meer versenkt worden sind, gäbe es auch keine Beweismittel. Außerdem will Wallasch die Verlegung des Prozesses nach Deutschland.

Beweismittel von der Marine versenkt

Gleich vier deutsche Ministerien (Außen, Innen, Verteidigung und Justiz) verklagt der Strafverteidiger, dessen Engagement weitgehend als absurdes Theater kommentiert wird. Für die meisten sind schwer bewaffnete Soldaten, die in erpresserischer Absicht ein deutsches Handelsschiff kapern wollen – was nur durch das Eingreifen deutscher Marine-Soldaten vereitelt wird –, keine Opfer. Doch Wallasch und sein Kanzleikollege Michael Koch sehen das anders. Auf der deutschen Fregatte „Rheinland-Pfalz" hätten die Festgenommenen wenigstens noch einen eigenen Schlafplatz gehabt. Auch seien sie medizinisch versorgt worden und hätten aus Rücksicht auf ihre Religion spezielles Essen erhalten. Im kenianischen Gefängnis sei all das nicht der Fall. Außerdem sei die Einhaltung von grundlegenden Verfahrensrechten in Kenia trotz Abkommen mit der EU nicht bewiesen – der am Mittwoch begonnene Piraten-Prozeß ist der erste seiner Art.

Während die Bundesregierung Wallaschs Klage als ausgesprochenes Ärgernis betrachtet – laut kenianischem Recht ist eine Verteidigung durch einen deutschen Anwalt nicht möglich, wie drei in Mombasa inhaftierte Staatsangehörige bereits leidvoll erfahren mußten –, werden vor der Küste Somalias im Wochentakt neue Schiffe entführt. Die Piraten zeigen sich unbeeindruckt von der Präsenz internationaler Marine, zumal sie bis jetzt nicht wirklich etwas zu befürchten hatten. Doch das soll sich jetzt ändern. „Piraten werden künftig mit allen militärischen und polizeilichen Mitteln bis hin zum Einsatz von Anti-Terror-Einheiten hart bekämpft", so der CSU-Politiker Hans-Peter Uhl. Er erhält Unterstützung vom Bundeswehrverband, der die bisherigen Maßnahmen als „nicht ausreichend" kritisiert. Man käme nicht umhin, auch die Mutterschiffe, von denen die Schnellboote aus agieren, anzugreifen, so der Verbandsvorsitzende Ulrich Kirsch.

Diese Einsicht wurde jedoch erst von den USA hoffähig gemacht. „Diese Piraten sind Kriminelle. Es sind bewaffnete Banden auf hoher See", hatte US-Außenministerin Hillary Clinton wenige Tage zuvor verkündet.

Mildernde Umstände für die Piraten wie ihre Armut und Rechtlosigkeit ließ Clinton nicht gelten. „Bevor das Haus wieder aufgebaut wird, muß erst das Feuer gelöscht werden. Und im Moment haben wir ein tobendes Feuer." Zu dem von ihr vorgeschlagenen Maßnahmenpaket gehören engere internationale Zusammenarbeit, höhere Sicherheitsstandards an Bord von Schiffen sowie eine Verbesserung der Lage in Somalia. Die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes liegt jedoch in weiter Ferne, da es keinen gemeinsamen Konsens über dessen Ausgestaltung gibt. Außerdem ist die Frage der Finanzierung offen. *Rebecca Bellano*

Wirtschaftskrise durch Piraten verschärft

Derzeit freuen sich die meisten deutschen Versicherer noch über die Piraten. Da die meisten Reedereien jetzt an einer Versicherung für ihre Schiffe und ihre Fracht nicht mehr vorbeikönnen, ist die Nachfrage nach Versicherungsschutz massiv gestiegen. Allein seit Anfang 2009 wurden 74 Piratenattacken vor der somalischen Küste gezählt, 2008 waren es 107 Überfälle. Da mit steigender Zahl der Überfälle auch immer häufiger der Versicherungsfall eintritt, wird die Freude der Versicherer aber auch bald ein Ende haben.

Die Reedereien leiden bereits jetzt. Nicht nur, daß wegen der Weltwirtschaftskrise ihre Schiffe nicht unter voller Auslastung fahren, sie kommen jetzt auch nicht mehr um eine Versicherung gegen Piraterie herum. Diese ist wegen der steigenden Gefahr zudem auch noch teurer geworden.

Staus im Suez-Kanal durch Konvoibildung

Wer sich gegen eine Versicherung entscheidet, muß im Falle einer Kaperung Millionen an Lösegeld zahlen und außerdem den Ausfall des Schiffes verkraften. Aber auch jene, die das Glück haben, den Golf von Aden unbeschadet zu durchkreuzen, haben trotzdem Nachteile zu verbuchen: Um den Schutz vor Piratenüberfällen zu mindern, kommt es zur Konvoibildung der passierenden Schiffe. Doch diese kostet Zeit und somit auch Geld. Außerdem verursacht sie Staus.

Reedereien, die den Suez-Kanal mit dem Golf von Aden und somit die teuren Versicherungen meiden wollen, wählen die längere und kostspieligere Route um das Kap der Guten Hoffnung. Doch der Umweg um die Südspitze Afrikas schlägt beispielsweise bei einem Supertanker mit einer Million Dollar zusätzlicher Frachtkosten zu Buche, was 50 Cent je Faß (159 Liter) entspricht. *Bel*



Festgenommen, aber bald wieder freigelassen: Die Piraten haben nichts zu befürchten. Bild: pa

Piratenland Somalia

Als Konfliktherd gefährlicher als Afghanistan

Somalia gilt als Kernland der boomenden Piraterie. Trotz internationaler Militärpräsenz treffen fast täglich Meldungen über neu gekaperte Schiffe am Horn von Afrika ein. Was treibt die Menschen am Horn von Afrika, zu dem neben Somalia noch Äthiopien, Eritrea, Dschibuti, Kenia und der Sudan zählen, in die Piraterie?

Allzu billig klingen die Aussagen von geschnappten Piraten, die Fischgründe vor den Küsten seien durch große Fischtrawler leergefischt, daher müsse man sich auf die Menschenfischerei, sprich die Piratenjagd, spezialisieren. In Wirklichkeit sind die Küsten vor dem Horn von Afrika für ihren Fischreichtum berühmt. Thunfische, Snapper und Barrakudas schwimmen dort in großer Zahl. Weit einträglicher und weniger mühsam, so geben Piraten offen zu, ist die Seeräuberei. Rund 40000 Dollar sollen jedem Frontmann in den kleinen Piratenbooten bei einer erfolgreichen Kaperung winken. Dies ist am Horn von Afrika ein Vermögen, von dem eine ganze Familie über Jahrzehnte leben kann. Der Pirat Salah Hadschi Bahdon aus Eyl prahlte kürzlich gegenüber der Nachrichtenagentur AP damit, daß man sich nun schöne Häuser und Luxusautos leisten könne.

Möglich wird das Piratengeschäft nach Recherchen von Manuel Trigo Chacón, einem Professor für Internationales Recht, durch Geldwaschanlagen in der Republik Dschibuti. Die dortige Regierung erließ im Februar 1980 ein Gesetz für Offshore-Gesellschaften, das eine Kopie des panamaischen Gesetzes von 1927 ist, das seinerzeit den USA für ihre schmutzigen Geschäfte außerhalb von Nordamerika diente. Über undurchsichtige Konten gelingt es offenbar so den Hintermännern der Piraten, Waffen, Boote und Navigationssysteme zu kaufen, die die Erfolge der Seeräuber erst möglich machen. Über ein Netzwerk von ausgewanderten Somaliern in Europa und den USA funktioniert das Piraten-Geschäft.

Islamisten machen sich das Chaos zunutze

Begünstigt werden die Kaperungen auch von der desaströsen politischen Situation der Länder am Horn von Afrika. Seit diese Länder in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit von europäischen Kolonialmächten erlangten, sind sie zum Nährboden für Gewalt, Korruption und Chaos geworden. Seit dem Ende der Diktatur Siad Barrés 1990 brechen mit Macht alte Feindschaften zwischen Volksstämmen und „Clans" auf, Hunderttausende von Toten sind in den Bürgerkriegen zu beklagen. Anarchie und Gesetzlosigkeit zermürben die einfache Bevölkerung. Staub und Sand tragen dem Land den wenig schmeichelhaften Titel eines „Dreckloches" ein. Bis zu 3,5 Millionen Menschen sind nach Angaben des Welternährungsfonds auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen.

Bedrohlich erscheinen zudem die zunehmenden Aktivitäten von Islamisten verschiedenster Richtungen, die bereits Terrorakte verübten. Sie könnten im Verein mit der chaotischen politischen Lage am Horn von Afrika einen Konfliktherd schaffen, der – aufgrund der strategischen Lage – für die Weltwirtschaft weit gefährlicher ist, als der in Afghanistan je werden könnte. *Hinrich E. Bues*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1345**

Wahlkampf ohne echte Wähler

1224 von den Parteien Auserwählte entscheiden, wer nächster Bundespräsident wird

Das Superwahljahr 2009 macht auch vor dem höchsten Staatsamt nicht halt: Nach Hessen, aber noch vor dem EU-Parlament, drei weiteren Landtagen sowie abschließend dem Bundestag wird am 23. Mai der Bundespräsident neu gewählt. Und anders als zuvor gibt es diesmal einen regelrechten Wahlkampf (siehe auch Kommentar Seite 8) ums Schloß Bellevue.

Die meisten Bundespräsidenten haben sich jovial und betont volksnah gegeben. Karl Carstens wanderte mit jedem, der wollte, durch die Republik, Walter Scheel sang im Fernsehen und in Chören „Hoch auf dem gelben Wagen“, und Heinrich Lübke wirkte teilweise unfreiwillig komisch („Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Neger“) – und auch deshalb sympathisch.

Aber so bewußt wie Horst Köhler hat sich wohl noch kein Bundespräsident unters Volk gemischt: Auf „Regionalbesuchen“ durch die Bundesländer steigt er dieser Tage mit seiner Frau Eva Luise auf Berge, besucht Fabriken und Schulen, läßt sich auf Marktplätzen feiern, lauscht Stadtkapellen, redet mit Bürgern, Kommunalpolitikern, Polizisten, streicht Kindern übers Haar, spricht Unternehmern und Arbeitern Mut zu, diskutiert mit örtlichen Politikern, Umweltschützern, Globalisierungskritikern und Studenten, hält aber auch eine aufrüttelnde „Berliner Rede“ zur Finanz- und Wirtschaftskrise, die manche Kommentatoren als beste Rede zu diesem Thema bezeichneten.

Ungewöhnlich deutlich und engagiert äußerte Köhler – einst rhetorisch wenig brillant – dabei deutliche Kritik an den Auswüchsen des Turbokapitalismus, die zu der momentanen Krise geführt haben: Er geißelte das kurzfristige Profitstreben, mahnte strenge Regeln an und erklärte die Krise zur Chance eines Neuanfangs. Er gab zu, als früherer IWF-Chef mit Vorstößen für entsprechende Regeln gescheitert zu sein. Schon Köhlers früheres Wort von der Globalisierung, die zum „Monster“ werden könne, hatte mancher Sozialdemokrat als Anbiederung interpretiert. Aus der SPD schallt es nun, Köhler habe in der Berliner Elisabethkirche eine „Catch-all-Rede“ gehalten. Der Bundespräsident als Wahlkämpfer?

Natürlich ist das Wahlkampf, wenn auch ein sehr subtiler. Er demonstriert gern, daß ihm die Herzen zufliegen. Und tatsächlich: Laut Infratest Dimap käme Köhler bei einer (hypothetischen) Direktwahl auf volle 70 Prozent, seine SPD-Herausforderin Gesine Schwan landete weit abgeschlagen bei 14 Prozent, der PDS-Kandidat Peter Sodann, der sich auf peinlich-clowneske Einlagen beschränkt, bei vier Prozent. Offenbar goutieren die Bürger Köhlers nachdenkliche, offene Art, aber

Mehrheit für Köhler ist hochdünn

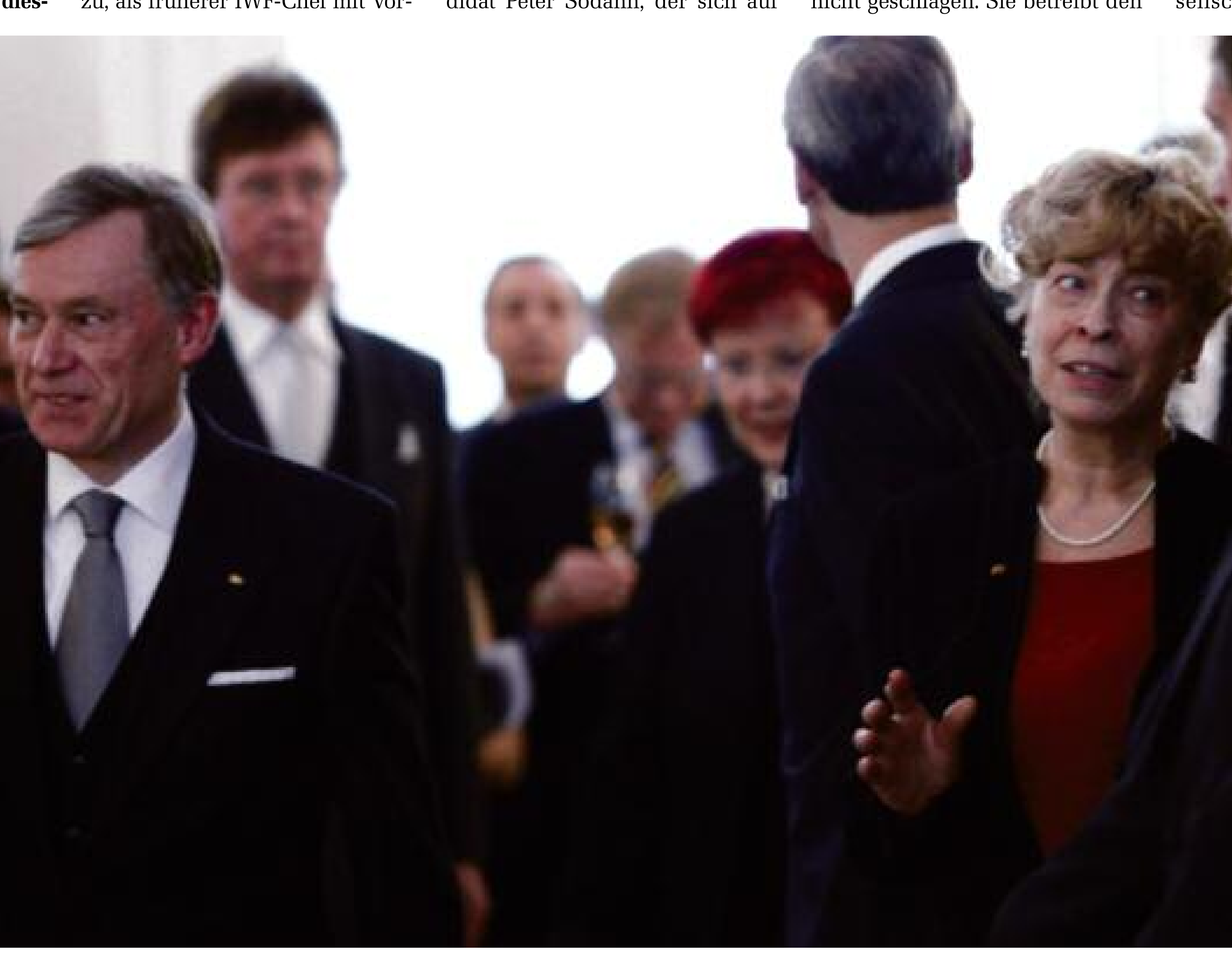
auch die unkonventionelle Weise seiner Amtsführung: Wenn er Bedenken gegen ein Gesetz hat, macht er es nicht so wie seine Amtsvorgänger und unterschreibt mit Magengrimmen, sondern äußert seine Kritik – und weigerte sich unter anderem, das Luftsicherheitsgesetz zu unterschreiben.

Doch Gesine Schwan gibt sich nicht geschlagen. Sie betreibt den Präsidenten-Wahlkampf ganz offen; statt der Köhlerschen präsidialen Samthandschuhe legt sie eher Partei-Bandagen an und attackiert in Interviews Köhler und die CDU direkt: „Meinem Eindruck nach nimmt er eine Erosion der Demokratie in Kauf“, kritisiert sie Köhler in der „Zeit“.

Selbst eine Verfechterin des politischen Säbels, kritisiert Schwan bereits Köhlers Florett als zu wuchtig: „Wenn ein Bundespräsident immer wieder zu aktuellen Streitfragen Stellung bezieht, besteht die Gefahr, daß das, was das Staatsoberhaupt sagt, nicht ernst genommen wird. Das ist schon jetzt zu beobachten“, so Schwan in der „Aachener Zeitung“. Der Graben zwischen Politik und Gesellschaft sei durch Köhlers Amtsführung eher vertieft als überbrückt worden, behauptet sie. Und Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet Schwan, einmal in Schwung gekommen, als „führungsschwach“, der CDU wirft sie eine „aversive Politik gegen Einwanderer“ vor.

Doch trotz Schwans bislang beispielloser Kampagne und der eindeutigen Umfragewerte wird es in der Bundesversammlung am 23. Mai knapp zugehen. Union und FDP haben keine eigene Mehrheit unter den 1224 Wahlmännern, und selbst mit den zehn Freien Wählern aus Bayern – falls sie denn geschlossen Köhler wählen – ist die Mehrheit mit zwei Stimmen hauchdünn. Schwan wiederum umwirbt offen die Wahlmänner der PDS-Linkspartei. Droht da eine rot-rot-grüne Präsidentin?

Doch möglicherweise hat sie die Rechnung ohne das Eigenleben der SPD gemacht: Einige Sozialdemokraten könnten Schwan nämlich von der Stange gehen. „Horst Köhler macht eine gute Arbeit“, befand sogar SPD-Fraktionschef Peter Struck in der „Frankfurter Rundschau“. Die gefühlte Zustimmung der SPD zu Köhler spiegelt auch die Infratest-Dimap-Umfrage wieder: Nur 20 Prozent der SPD-Anhänger würden für Schwan stimmen, 66 Prozent für Köhler. Doch wie sagt Gesine Schwan so schön: „Die Mehrheit ist nicht die Wahrheit.“ *Anton Heinrich*



Beliebt: Dürfte das Volk entscheiden, würde Horst Köhler zweifellos Bundespräsident bleiben. Bild: Davids

MELDUNGEN

Mediziner besänftigt

Berlin – Nach massiven Beschwerden von Seiten der niedergelassenen Ärzte über die seit dem 1. Januar geltende Honorarreform haben sich die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) und die gesetzlichen Krankenkassen auf eine Zweistufenlösung geeinigt. Die durch die Reform am meisten getroffenen Psychiater erhalten ab sofort die Erlaubnis, bestimmte Gesprächsleistungen auch wieder einzeln abzurechnen. Da aber nicht mehr Geld ausgegeben werden soll, müssen andere Ärztegruppen auf Sondervergütungen verzichten. Zum 1. Januar 2010 sollen dann weitere Nachbesserungen folgen. Da es vor Mitte des Jahres noch nicht möglich ist, eine Bilanz über die Einnahmen der Mediziner im ersten Quartal zu treffen, will man abwarten, bevor weitere Nachbesserungen vorgenommen werden. *Bel*

Gabriel verhält sich illegal

Berlin – Bundesumweltminister Sigmar Gabriel soll das Personal seines Ministeriums mißbraucht haben, um Datenmaterial für den Wahlkampf seiner Parteigenossen zu recherchieren. In einer E-Mail fragt er Ministeriumsmitarbeiter, welche Wirkungen die Ausgaben seines Ministeriums auf Investitionen sowie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen hatten. Seine Fragen begründet er damit, daß er alle Landesgruppen in der SPD-Bundestagsfraktion auf das Wahlkampfthema „Arbeit und Umwelt – Dem Fortschritt eine Richtung geben!“ einstellen möchte. Dieses Verhalten ist illegal. Schon 1977 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, daß es den Staatsorganen nicht erlaubt ist „sich in amtlicher Funktion im Hinblick auf Wahlen mit politischen Parteien oder Wahlbewerbern zu identifizieren und sie unter Einsatz staatlicher Mittel zu unterstützen“. *M.R.*

Russki-Deutsch (14):

Zobel

Von Wolf Oschlies

Nur Wodka und Tschastuschki sind echt russische Erfindungen“, sagen die Russen, wogegen ich Einspruch erhebe. Nichts gegen eine guten Wodka oder ein fröhliches russisches Scherzlied, aber sonderlich russisch exklusiv sind beide nicht mehr. Zumindest verglichen mit dem Zobel, russisch „sobol‘“, welcher Name auch in der zoologischen Benennung „Martes zibellina“ anklingt. „Zobel“ ist ein altrussisches Wort und vermutlich der älteste Russizismus im Deutschen. Das Fell des Zobels war schon im 11. Jahrhundert ein sehr begehrtes Handelsgut. Eine Ladung Pelze lohnte selbst die längsten Wege nach Sibirien, denn anderswo gab und gibt es keinen Zobel, auch nicht im klimatisch identischen Nordkanada. Das wußte schon vor fast 500 Jahren der Deutsche Siegmund von Herberstein, der auch detaillierte Auskunft über Fellqualität und Fangorte gab: „Zobln seind nit in ainem weerd / dann die lange wolschwartze unnd dikkhe haar haben / und recht zeittig / seind die bessten / dießhalb der wasser USTYUG und der grossen DWINA findt man die zöbl / aber umb PETZORA die maisten“. (Bitte laut lesen, um es zu verstehen.)

Eine Art sibirisches Wappentier machte Zarin Katharina die Große aus dem Zobel, als sie ihn 1780 auf das „sibirische Geld“ prägen ließ. Dessen Silbergehalt war für außersibirischen Umlauf zu gering, aber für den Zobel verzichtete die Zarin sogar auf ihr Monogramm auf der Münzenrückseite, wo sich traditionell russische Herrscher verewigten. Die regionale Geltung dieser „sibirskaja moneta“ macht die Münzen heute zur numismatischen Rarität.

In unseren Zeiten stand der Zobel lange auf der „Roten Liste gefährdeter Tierarten“. Exzessive Bejagung hatte ihn in Rußland so selten werden lassen, daß sowjetische Behörden wirksame Schutzmaßnahmen verfügten. Diese und florierende Zobelfarmen haben die Bestände wieder auf das Niveau des 17. Jahrhunderts gehoben, womit der kleine Räuber – höchstens 50 Zentimeter lang und ein Kilo schwer – wohl gerettet ist. Es wäre doch schade, wenn der russische Zobel nur noch im deutschen Ortsnamen Zöblitz und das listige Zobelantlitz mit den großen Augen lediglich im Wappen dieser erzgebirgischen Stadt vorkämen.

Kontrolle unmöglich

Parlamentarier kritisieren Informationspolitik

Wir werden einen Untersuchungsausschuß auf den Weg bringen“, so Volker Wissing. Der Bundestagsabgeordnete, der für die FDP im Finanzausschuß sitzt, will – wie die Mitglieder der anderen beiden Oppositionsparteien – die schlechte Informationsweitergabe durch Finanzminister Steinbrück (SPD) in Sachen Bankenrettung nicht mehr tolerieren. „Ich will nicht den gleichen Fehler machen wie die Aufsichtsräte der Banken und mir einfach nur sagen lassen: Der Vorstand, in diesem Fall die Bundesregierung, wird schon alles richtig machen.“ Offenbar fühlt sich nicht nur die Opposition mangelhaft informiert, denn laut Wissing will die CDU den Untersuchungsausschuß nicht blockieren.

Geheimsache Bankenrettung

Nicht nur aus dem Finanzausschuß sind Klagen über die Weitergabe von Wissen aus Steinbrücks Ministerium zu vernehmen. Auch aus dem Kontrollgremium des staatlichen Bankenrettungsfonds dringen seit Wochen Beschwerden an die Öffentlichkeit. Eigentlich ist das unter dem Vorsitz des CSU-Abgeordneten Albert Rupprecht stehende Gremium jene Instanz, die die Arbeit der Beamten beim Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) überwachen soll. Doch die Daten sind offenbar so geheim, daß selbst das Kontrollgremium nur unter Mühen an Informationen kommt. Wie die Beamten beim Soffin die 480 Milliarden Euro des Bankenrettungspaketes verteilen, obliegt in erster Linie ihnen selbst. Während im Parlament bereits über kleinere Beträge abgestimmt wird, wird hier eine Summe, die fast doppelt so groß ist wie der Bundesetat 2009, ohne Kontrolle des Parlaments verteilt. Zwar ist dem Gremium bewußt, daß der Soffin mit sensiblen Daten strauchelnder Banken agiert, deren Veröffentlichung Börse und Kundenverhalten negativ beeinflussen würde, doch um Kontrolle ausüben zu können, benötigt es die Daten.

Doch nach lautstarken Beschwerden hat Steinbrück immerhin seinen Staatssekretär Jörg Asmussen zu Gesprächen mit dem Gremium entsandt. Auch wird dieses bei einigen Soffin-Konferenzen zugeschaltet. „Es ist eine Verbesserung erreicht, aber ob diese am Schluß ausreichend ist, wird sich in den nächsten Wochen zeigen“, so Albert Rupprecht gegenüber der *PAZ*. *Rebecca Bellano*

Nicht ganz frisch

Verbrauchern wird »ESL«-Milch untergejubelt

So mancher Verbraucher mag in den letzten Wochen beim Blick auf das Ablaufdatum seiner Frischmilch mit Erstaunen festgestellt haben, daß diese nicht mehr nur bis zu sieben Tage, sondern sogar 20 Tage haltbar ist. Lidl, Penny, Aldi und auch einige Edeka-Märkte haben nämlich ihre Produktpalette im Bereich der Milch klammheimlich umgestellt.

In der Verpackung der „echten“ Frischmilch befindet sich nämlich keine Frischmilch mehr. ESL-Milch (extended shelf life) heißt die länger haltbare Variante, zu der es kaum noch eine Alternative gibt. Der Verbraucher an der Kühltheke erkennt nur am teilweise recht unscheinbaren Aufdruck „länger frisch“ oder „für extra langen Frischegenuß“ sowie am längeren Haltbarkeitsdatum, daß ihm unechte Frischmilch untergejubelt wird. Die ESL-Milch gilt als Zwischenform aus H-Milch und Frischmilch. H-Milch wird einige Sekunden auf 140 Grad erhitzt und verliert somit bis zu 20 Prozent ihrer Vitamine, was bei den Temperaturen, denen die Frischmilch bei der Pasteurisierung ausgesetzt wird (72 bis 75 Grad) nicht der Fall ist. Die ESL-Milch wiederum wird auf 127 Grad erhitzt und verliert bis zu 15 Prozent ihrer Vitamine, zudem kann sie einen Kochgeschmack wie die H-Milch haben.

„Rettet die Frischmilch“, fordern die Verbraucherzentralen und rufen seit April die Konsumenten auf, aktiv in ihrem Supermarkt die Verkäufer auf das Thema anzusprechen. Wer für non-verbalen Protest ist, kann gelbe Klebezettel mit der Aufschrift „Wo ist die Frischmilch?“ bei den Verbraucherzentralen kostenlos erhalten, um damit in seinem Supermarkt die Kühltheke zu bekleben. (Zu bestellen mit frankiertem Rückumschlag bei der Verbraucherzentrale Berlin, Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin.)

Verbraucherzentralen: Rettet die Frischmilch

Bisher ist keine Reaktion bei den Supermärkten festzustellen, schließlich haben diese auch Gründe für die Angebotsänderung: Dank längerer Haltbarkeit muß weniger Milch reduziert oder gar weggekippt werden. Außerdem muß der Lieferwagen seltener kommen. Und so wurde bereits im November 2008 mit den Molkereien und Großhändlern eine viel höhere Quote von ESL-Milch festgelegt. Die Molkereien freut es weniger, da das ESL-Verfahren für sie teurer ist. *Bel*

MELDUNGEN

Bleibt Zypern geteilt?

Nikosia – Nach dem Wahlsieg der rechts-konservativen Partei der nationalen Einheit (UBP) in der Türkischen Republik Nordzypern wird befürchtet, daß die Wiedervereinigung mit dem griechisch geprägten Süden gefährdet ist. Die noch regierende liberale Republikanisch-Türkische Partei (CTP) unter der Führung von Präsident Mehmet Ali Talat hatte 2008 Verhandlungen mit dem Süden begonnen. Talats Partei erlangte nur 30 Prozent der Stimmen, während die türkeitreue, von Dervis Eroglu geführte UBO mit etwa 44 Prozent als Siegerin aus den Parlamentswahlen hervorging. „Die Verhandlungen finden unter der Führung des Präsidenten statt, somit bin ich für sie verantwortlich“, versuchte Talat die Befürchtungen zu zerstreuen. Seit 1974 ist Zypern geteilt. Die Wiedervereinigung stockt derzeit wegen Streits um das zukünftige politische System und den Abzug von 30000 im Norden stationierten türkischen Soldaten. *Bel*

Mit Straßenbau aus der Krise

Moskau – Rußland hat 899000 Kilometer Autostraßen, benötigt aber 1,5 Millionen. Zudem sind Straßen-, Schienen- und Luftliniennetze berüchtigt schlecht, wodurch sie zur Vertiefung der Wirtschaftskrise beitragen. Das will Premier Putin ändern. Am 14. April stellte er das Programm „Modernisierung des Transportsystems Rußlands“ vor. Mit einem Aufwand von 550 Milliarden Rubel (12,5 Milliarden Euro) sollen vor allem 7500 Kilometer mautpflichtige Autobahnen gebaut werden, Garanten für Wirtschaftsaufschwung und neue Arbeitsplätze. Um Putins Heimatstadt St. Petersburg sind die Modellvorhaben „Westliche Schnellstraße“, „Ringautobahn“ und „Newa-Tunnel“ bereits im Bau, woran deutsche Firmen teilhaben. *W.O.*

Die Schlacht um das Trinkwasser

Es geht um das Leben und die Gesundheit von Milliarden Menschen

Jeder fünfte Erdenbürger leidet unter Wasserknappheit. Schon im Jahr 2025 könnten zwei Drittel der Menschheit betroffen sein. Die Politik ist herausgefordert.

Gyneydogu Anadolu Projesi, kurz GAP, so lautet die Formel, die den Konfliktstoff eines künftigen Krieges im Vorderen Orient in sich birgt. Denn GAP steht für das ehrgeizige Projekt der Türkei, bis 2010 die Flüsse Euphrat und Tigris mit insgesamt 22 Staudämmen und 19 Wasserkraftwerken zu bändigen und ökonomisch zu nutzen. Seit langem wird das Vorhaben von den Nachbarstaaten Syrien und Irak voller Sorge betrachtet, zumal die neue Speicherkapazität der Staubecken ausreicht, um den Anrainern das Wasser abzudrehen und sie so politisch zu erpressen, ihnen gar das dringend benötigte, bislang kostenlose Naß zu verkaufen. Als Beispiel gilt, daß das trockene Jordanien bereits jetzt einen Teil seines Trinkwassers gegen Bares von den Türken bezieht. Schon vor 4500 Jahren war der Wassermangel im Zweistromland Grund für einen Krieg zwischen den sumerischen Stadtsaaten Umma und Lagash, eine Neuauflage ist möglich.

„Die anderen Länder der Region haben Öl, wir haben Wasser“, kommentierte der ehemalige türkische Ministerpräsident Torgut Özalwird die Situation und streute damit Salz in alte Wunden. Nicht ohne Grund hat Ankara zum Schutz seiner Staudämme dort bereits Flugabwehrraketen stationiert. Die Angst der Nachbarn ist um so größer, als im ersten Golfkrieg 1990 im Irak Teile der Wasserinfrastruktur zerstört wurden und der Bau eigener Staudämme ins Stocken geriet. Die Verwundbarkeit ist entsprechend hoch.

Ähnliche Probleme gibt es am Jordan. Sie treten aber auch in den USA auf, wo etwa das wachsende Las Vegas dem Colorado-River und damit den Obstplantagen Kaliforniens das Naß entzieht, ähnlich wie Hamburg das Grundwasser der Lüneburger Heide abpumpt.

„Wenn beim Wasser Mißmanagement einreißt, wird der nächste Krieg um Wasser geführt“, warnte kürzlich Simbabwes Minister für Wasserressourcen, Samuel Sipepwa Nkomo. Denn auch sein Land kennt das Problem der grenzüberschreitenden Flüsse mit seinen Nachbarn Mosambik, Malawi, Sambia, Botswana, Namibia und Südafrika. Der Sambesi-Staudamm gehört beispielsweise zu den Maßnahmen, wertvolles Trinkwasser zu sichern, bevor es ungenutzt in den Indischen Ozean fließt. Hier muß sich Mugabes Minister vor allem mit Botswana und Mosambik arrangieren. Und hier tritt auch eine weitere, weltweite Problematik auf: Die Finanzierung solcher Mammutprojekte und der dazugehörigen Infrastruktur. Vor allem in armen Ländern geht das nur mit privaten Investoren, was wiederum für die Ärmsten der Armen verheerende Auswirkungen zeitigt. Die Geldgeber refinanzieren sich über den Wasserverkauf, aber gerade diese Schicht kann das nötige Geld nicht aufbringen und muß Wasser sozusagen „stehlen“. Die Staubecken werden deshalb von Sicherheitskräften bewacht, wie etwa in Burkina Faso. Vor allem französische Managementfirmen tummeln sich auf diesem Gebiet.

Nicht von ungefähr strebt die UN an, Wasser zum Menschenrecht auszurufen. Einige Politiker fordern ohnehin die freie Abgabe von Trinkwasser an den armen Teil der Bevölkerung. Das oberste Gericht in Johannesburg hat diese Menge auf 25 Liter pro Tag und Kopf festgelegt. Die Realität auf dem Schwarzen Kontinent indes sieht anders aus. Bei Afrikanern, die einen Kilometer und mehr bis zu einer Wasserstelle zurücklegen müssen, liegt die verfügbare Menge gerade mal bei einem Liter je Person. In Dürregebieten müssen die Bewohner dafür oft mehrere Stunden bis zu einer, manchmal zudem zweifelhaften Quelle zurücklegen.



Kein sauberes Trinkwasser: Kenianische Kinder schöpfen Wasser aus einem zweifelhaften Tümpel. Bild: laif

Die verheerenden Folgen von Wasserknappheit und -verschmutzung vor allem durch menschliche Abwässer sind erschreckend: Rund 1,2 Milliarden Menschen einer Weltbevölkerung von 6,5 Milliarden leiden bereits heute an einem Mangel sauberen Trinkwassers und 2,5 Milliarden fehlen angemessene sanitäre Einrichtungen. Drastische Beispiele sind Städte wie Bombay, wo das lebensnotwenige Naß oft Kloaken entnommen wird.

Steigt der Verbrauch auf der Basis der heutigen Bevölkerungsentwicklung weiter, so prognostizieren die Vereinten Nationen, daß spätestens 2025 zwei Drittel der Weltbevölkerung unter Wassermangel leiden wird. Jedes Jahr treten nach den selben Erhebungen schon jetzt 250 Millionen Erkrankungen aufgrund schlechten Wassers auf, bis zu zehn Millionen Todesopfer sind zu beklagen. Anderen Untersuchungen zufolge stirbt alle acht Sekunden ein Kind infolge des Genusses von verseuchtem Wasser, mithin rund 15 Millionen je Jahr – Fakten, die das vor kurzem zu Ende gegangene 5. Weltwasserforum in Istanbul und die Delegierten aus 155 Ländern beschäftigten.

Ein zentrales Thema solcher Veranstaltungen ist inzwischen der Klimawandel, der in einigen Regionen nicht ohne dramatische Folgen bleiben kann. Die verfügbaren Wasserressourcen sind nun einmal begrenzt. Gerade 0,7 Prozent sind für den menschlichen Genuß geeignet, der Rest entfällt auf 97 Prozent Salzwasser und (noch) zwei Prozent in Eiskappen eingeschlossenes Süßwasser. Die Oberflächenwasser sowie die Atmosphäre machen nur 0,01 Prozent aus, während 0,6 Prozent als Grundwasser auftreten. Der Mensch verbraucht den ihm zur Verfügung stehenden Anteil zu 71 Prozent in der Landwirtschaft, zu 20 Prozent in der Industrie und nur zu neun Prozent unmittelbar für sich selbst.

Der vor allem in den Industrieländern verschwenderische Umgang mit Wasser und die sorglose Verschmutzung in der Dritten Welt wegen fehlenden Müllmanagements und extremer Düngung bedeuten bei wachsender Weltbevölkerung schließlich für Milliarden das Aus – ohne Atomkrieg oder Klimakatastrophe. *J. Feyerabend*

Streit um Nato-Manöver

Geplante Übung in Georgien führt zu Spannungen mit Rußland

Es scheint das Schicksal Georgiens zu sein, ständig im Zentrum geopolitischer Interessenkonflikte zwischen Ost und West zu stehen. Innenpolitisch tobt ein Machtkampf zwischen Regierung und Opposition. In tagelang anhaltenden Protestaktionen forderte die „Allianz für Georgien“, zu der sich die beiden größten Gruppierungen der Opposition im Januar dieses Jahres zusammengeschlossen hatten, den Rücktritt des Präsidenten Michail Saakaschwili. Außenpolitisch sorgt das für den 6. Mai bis 1. Juni geplante Nato-Manöver für neues Konfliktpotential. An dem Manöver “Cooperative Longbow/Lancer 09“ im Rahmen des Nato-Programms “Partnerschaft für den Frieden“ sollen 1300 Soldaten aus 19 Mitgliedsländern und Partnern der Allianz teilnehmen. Das Außergewöhnliche daran ist, daß die Übungen erstmals auf georgischem Territorium stattfinden. Eingeladen hierzu sind neben Georgien auch ehemalige Bruderländer Rußlands wie Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan und Moldawien sowie die Vereinigten Arabischen Emirate, die allesamt keine Nato-Mitglieder sind.

Ziel der Nato ist die Festigung der Zusammenarbeit der Nato-Mitgliedsländer und ihrer Partnerstaaten. Es handelt sich lediglich um Trockenübungen, das heißt, sie werden ohne Waffen und Kriegstechnik durchgeführt.

Rußland fühlt sich durch die Anwesenheit von Nato-Soldaten angesichts des noch nicht lange zurückliegenden Krieges und der derzeitigen innenpolitischen Probleme in Georgien und angesichts des gerade erst wiederaufgenommenen Dialogs mit dem Westen provoziert und reagiert entsprechend brüskiert. Moskau hatte bislang die Hoffnung gehegt, daß mit Obama an der Spitze der USA die auf Eis gelegten russisch-amerikanischen Beziehungen wieder auftauen würden. Beim Treffen der Außenminister Hillary Clinton und Sergej Lawrow in London schien sich dies zu bestätigen. Einige offene Fragen, in denen die Auffassungen beider Staaten konträr bleiben werden, sind Georgien und der Augustkrieg sowie die Stationierung des Raketenabwehrschildes in Europa. Im Juli ist ein Treffen der Staatschefs Barack Obama und Dmitrij Medwedew geplant.

Bedrohung für die Sicherheit Europas

Der ständige Vertreter der Russischen Föderation bei der Nato in Brüssel, Dmitrij Rogosin, sprach anläßlich der nun beabsichtigten Nato-Übung von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Georgiens, die darauf abzielten, „die napoleonischen Ambitionen“ Saakaschwilis zu stärken. Sie unterstützten dessen Absichten, Abchasien und Südossetien zurückzuerobern. Zum Schutz der von Moskau als unabhängig anerkannten Regionen sind dort 7000 russische Soldaten stationiert. Demnächst sollen ein russischer Armeestützpunkt im abchasischen Gudauta sowie eine Militärbasis in Otschamtschir dazukommen.

Das für den 7. Mai geplante Gespräch der Generalstäbe Rußlands mit der Nato hat Präsident Medwedew bereits abgesagt. Er sprach sich gegen eine Erweiterung der Nato aus, die er als bedrohlich für die Sicherheit in Europa ansieht. Mittelfristig drohte Moskau, die Zusammenarbeit mit dem Bündnis nicht wieder aufzunehmen.

Während Georgien unbeeindruckt von der russischen Reaktion auf sein Recht pocht, als unabhängiger Staat selbst über Nato-Manöver auf seinem Gebiet zu entscheiden, wollte Kasachstan seine Beziehungen zu Rußland nicht gefährden und sagte seine Teilnahme wieder ab, ebenso wie Estland und Lettland. *MRK*

»Wir werden ausgeplündert«

Wachsende Ausländer-Kriminalität überfordert Österreichs Behörden

Wer dieser Tage Wien besucht, wird im Straßenbild kaum Veränderungen gegenüber früheren Jahren bemerken – Frühling in Wien ist wie in Liedern besungen. Doch die Stimmung hat sich drastisch verschlechtert, und der Grundton, der überall herauszuhören ist, lautet: „Wir werden ausgeplündert.“ Das ist nicht nur in übertragenem Sinn gemeint, nämlich bezogen auf die EU und auf die internationale Finanzkrise, sondern viele Leute meinen es wörtlich. Denn wer in jüngerer Zeit nicht selbst Opfer von Einbruch oder Diebstahl geworden ist, hat zumindest Verwandte oder Bekannte, die betroffen sind.

Trotz aller politisch korrekten Vertuschungsbemühungen läßt sich aber nicht mehr verdecken, daß die Verschlechterung auf Ausländerkriminalität zurückgeht. Das belegt schon allein die Zahl der verurteilten Gefängnisinsassen in Österreich: Etwa die Hälfte davon sind heute Ausländer, während es in den Jahren vor der Wende deutlich weniger als ein Zehntel waren.

Alles läßt darauf schließen, daß bei den angezeigten Straftaten das Verhältnis noch viel krasser ist: Denn nur aufgeklärte Verbrechen können Tätern zugeordnet werden, doch die Aufklärungsrate liegt bei Einbrüchen im einstelligen Bereich, und der enorme Zuwachs an Delikten wird just in Grenznähe verzeichnet, also vor allem in Wien, Niederösterreich und Kärnten. Dazu kommt, daß Beutegut nur ausnahmsweise sichergestellt werden kann, weil es meist – wohl samt den Tätern – längst jenseits der Grenze ist.

Während nach der Wende vorübergehend Diebstähle stark angestiegen waren, ist seit etwa 2000 die organisierte Kriminalität im Vormarsch. Professionelle Banden, unter denen Rumänen, Moldawier, Georgier und Tschetschenen überproportional vertreten sind, befassen sich mit Geschäfts- und Wohnungseinbrüchen sowie mit Bank- und Tankstellenüberfällen. Während bei heimischen Einbrechern – der höchstgeachteten Unterweltgilde – Waffentragen verpönt war, sind die „Neuen“ bewaffnet und richten meist wesentlich mehr Schaden an, als die Beute wert ist.

Professionelle Banden sind am Werk

Die Opferorganisation „Weißer Ring“ weist angesichts dieser Brutalisierung darauf hin, daß nicht nur Raubopfer, sondern zunehmend auch Einbruchsopfer an Traumatisierung leiden. Wien ist zwar weiterhin eine der sichersten Großstädte, und die Kinder- und Jugendkriminalität zeigt sogar sinkende Tendenz. Aber in Wien wird man heute viel eher Einbruchsopfer als in Athen, Rom, Budapest oder Berlin.

Das Drogengeschäft ist fast ausschließlich in Händen von Ausländern, bei denen es sich meist um schwarzafrikanische „Asylbewerber“ handelt. Ähnlich sieht es bei Prostitution aus, denn die ist in Österreich kein Gewerbe und kann also auch von "Asylbewerberinnen" legal ausgeübt werden, sofern sie sich für dieses Nicht-Gewerbe registrieren und amtsärztlich untersuchen lassen. Und Zuhälter haben in solchen Parallel-Gesellschaften erst recht ein leichtes Spiel.

Die Sicherheitsexekutive ist der Entwicklung nicht mehr gewachsen. Das liegt teils an quantitativer Überforderung, zunehmend aber an systematischer Demoralisierung. Denn dank der gutmenschlichen „Meinungshoheit“ von Grünen, ORF, Caritas und Diakonie werden – der Täterstruktur entsprechend – Polizisten automatisch zu „Rassisten“. Und nur in einem Viertel aller Fälle gelingt es, straffällig gewordene Ausländer auszuweisen, auch das oft erst nach Jahren. *R. G. Kerschhofer*

Probleme mit dem Banken-Sondermüll

Unverkäufliche Wertpapiere in den Bilanzen gefährden weiterhin die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) versucht verzweifelt eine „Bad Bank" zu schaffen, die nicht zu einem Milliardengrab für den Bund wird.

Über den maximalen Buchwert der „giftigen" (wertlosen) oder zur Zeit unverkäuflichen „Wertpapiere" in Depots deutscher Banken kursierte zuletzt die abnorme Summe 853 Milliarden Euro. Das ist mehr als das dreifache eines Bundesetats, also mehr, als der Bund in einem ganzen Jahr ausgibt für seine sämtlichen Aufgaben von Verteidigung über Soziales bis zum Straßenbau. Diesen Betrag nennt nach Informationen der „Frankfurter Allgemeinen" ein internes Papier des Bundesfinanzministeriums.



Frankfurter Bankenviertel wird zur politischen Dauerbaustelle: Lösungsansätze bisher nicht realisierbar Bild: AP

Die Kanzlerin hat die tödliche Gefahr erkannt und die Rettung des Bankensektors zur „Chefsache" erklärt. Angela Merkel, ihrem CSU-Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Finanzminister Peer Steinbrück von der SPD stellt sich jedoch – wie den Bankiers auch – das Problem, daß derzeit kaum zu unterscheiden ist, welche der Papiere wirklich wertlos sind und welche dereinst am Markt wieder handelbar werden dürften.

Im Moment jedenfalls geht am Kapitalmarkt herzlich wenig, was fatale Folgen hat für die Banken: Sie tragen die Papiere, etwa die berüchtigten gebündelten Immobilienkredite, Kreditausfallversicherungen, Beteiligungen und anderes auf einen völlig verängstigten Markt. Folge: Keiner greift zu. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, das hier genauso gilt wie auf jedem Gemüsemarkt, müssen die Institute dann im Preis heruntergehen.

Und genau dann wird es gefährlich für sie, denn dann müssen sie den geringeren Wert in ihrer Bilanz ausweisen: Sie werden buchstäblich ärmer. Den Verlust wiederum müssen die Banken durch mehr Eigenkapital „unterlegen", wie es heißt. Denn für die Eigenkapitalausstattung der Banken gelten Mindeststandards. Werden die unterschritten, muß die Finanzmarktaufsicht den Laden dichtmachen. Folge: Die Institute knausern mit durch Eigenkapital abzusichernden Krediten, sowohl untereinander als auch an die Wirtschaft. Selbst Staatshilfen werden eisern gebunkert.

Doch wenn die Kreditvergabe klemmt, kommen die Firmen nicht an Geld für Investitionen. Hier schließt sich der Kreis von der Bankenkrise zur Krise der „realen" Wirtschaft. Deshalb will die Bundesregierung mit ihrem „Bad Bank"-Projekt genau hier ansetzen.

Den bisherigen Informationen zufolge soll sich jede interessierte Geschäftsbank eine Zweckgesellschaft zulegen können, in welche sie ihre zweifelhaften Vermögenswerte auslagert. Der Bund garantiert dann für diese Zweckgesellschaft, landläufig „Bad Bank" genannt.

Vorteil: Die Banken hätten die vom Ausfall oder dramatischer Abwertung bedrohten Papiere aus ihren Depots, müßten nicht mehr ständig ihre Bilanzen wegen deren Marktwertverfalls runterrechnen.

Wertpapiere in ein paar Jahren verkäuflich?

Daher wären sie auch nicht mehr gezwungen, wie verrückt Eigenkapital zu horten statt das Geld an die freie Wirtschaft zu verleihen, die dringend Kredite benötigt.

Der Haken jedoch ist gewaltig: Zunächst hatte Peer Steinbrück darauf gepocht, daß der Staat nur für jene bürgen solle, die sich nur zur Zeit nicht zu angemessenen Preisen verkaufen lassen. Um die ganz unverkäuflichen (dazu zählen Experten etwa gebündelte US-Ramschkredite), die sogenannten „toxischen" Papiere sollten sich die Banken selber kümmern.

Die Hoffnung des Finanzministers: Wenn die Papiere eines Tages wieder am Markt zu verkaufen sind – es geht um Zeiträume von zehn Jahren und mehr – dann könnte der Steuerzahler mit einem blauen Auge davonkommen. Bei den „toxischen", sowieso wertlos gewordenen Papieren aber ist das ausgeschlossen. Alle Garantien (Bürgschaften) des Staates wären in Wahrheit kaschierte Verluste, die die Steuerzahler zu tragen hätten.

Aber was ist was? Wo liegt die Grenze zwischen „toxisch" und „nur zur Zeit nicht verkäuflich"? Kritische Beobachter hielten die scheinbar klare Unterscheidung des Finanzministers von Anfang an für eine Nebelkerze. Dabei muß in Erinnerung gerufen werden, daß es gerade die Undurchschaubarkeit beispielsweise vielfach gebündelter Hypothekenpapiere war, welche selbst Experten überforderte, weshalb am Ende des Booms niemand mehr sagen konnte, welche Risiken sich wo verbergen. Da will Peer Steinbrück nun per Federstrich jene Unterscheidung für alle auf einmal treffen?

Kurz vor diese Woche angelaufenen Verhandlungen auf höchster Regierungsebene ruderte Steinbrück dann auch zurück: Nun war nur noch verschwommen von „Risikoklassen" die Rede, in welche die Papiere eingeteilt werden sollten.

Manfred Weber vom Bundesverband deutscher Banken sagte, es solle am Ende der Laufzeit der Papiere bei den zu erwartenden Verlusten „zu einer fairen Lastenverteilung zwischen Banken und Steuerzahlern" kommen. Das hätte er sich besser verkniffen: Von fairer Lastenverteilung zu reden, wenn die Steuerzahler die Banken aus ihrer selbstgemachten Milliardenpatsche holen, klingt wie Hohn. Statt von Fairneß kann eher von Einsicht in eine bittere Notwendigkeit gesprochen werden.

Ein spezielles Problem stellen die teilweise besonders schwer in die Spekulationsfalle getappten Landesbanken dar. Hier sollen die Bundesländer bis zu einer bestimmten Höchstgrenze selber als Garant der faulen Papiere auftreten, also die Steuerzahler. Die Höhe dieser Grenze soll bemessen werden an der Leistungskraft der Länder. Was buchstäblich über ihre Kräfte geht, sichert der Bund ab. Auch hier also müssen Bürger von Ländern, deren Landesbanken besser gewirtschaftet haben, für die Versäumnisse anderer Landesinstitute mit geradestehen. Von einer grundlegenden Reform des überaus zweifelhaften Landesbankensystems, die viele Fachleute nun fordern, ist weiterhin nicht die Rede. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Chinesen sind Nummer eins

Hannover – China hat die USA als weltgrößter Hersteller von Maschinen überholt. Dies gab der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) am Rande der Hannover-Messe bekannt. Danach kamen die Chinesen 2008 auf einen Weltmarktanteil von 17,2 Prozent, die Deutschen auf 14,7, gefolgt von den auf Platz drei gerutschten USA (14,6 Prozent), Japan (11,8) und Italien (6,8). Der VDMA rechnet mit einer Erholung im deutschen Maschinenbau bereits ab Mitte dieses Jahres. Schon jetzt kämen wieder mehr Bestellungen aus wichtigen Abnehmerländern. *H.H.*

Einbruch beim Tourismus

Athen – Die griechischen Ferienorte haben die „schlimmsten Ostern seit Jahrzehnten" erlebt. Die Urlauberzahl ist im Jahresvergleich um die Hälfte geschrumpft. Auch andere Mittelmeeranrainer melden Einbrüche, vor allem bei den britischen Besuchern. Die Briten wurden nicht nur als erste von der Wirtschaftskrise getroffen, sie leiden zudem unter dem Verfall des Pfundes zum Euro. In Griechenland wird nun mit erheblichem Stellenschwund gerechnet. *H.H.*

EU dreht an der Steuerschraube

Brüssel – Dank intensiver „Medienbetreuung" ist uns das Klima lieb und teuer – vor allem letzteres. Dafür sorgt nun auch die EU-Kommission. Sie bereitet eine zusätzliche CO_2-Steuer auf Heiz- und Kraftstoffe von bis zu drei Cent pro Kilo Kohlendioxid-Ausstoß vor. Vorsichtshalber wollen die Brüsseler Eurokraten eine entsprechende Richtlinie aber erst nach den Wahlen zum Europa-Parlament Anfang Juni offiziell einbringen. *H.J.M.*

Verschoben auf übermorgen

Transfergesellschaften statt Kündigung verdeckt Arbeitslosigkeit

Olaf Scholz, derzeit beschäftigt als Bundesarbeitsminister, sucht in diesem Job nicht länger nach „der Lufthoheit über den Kinderbetten". Vielmehr sucht er nach Möglichkeiten, den größten aller anzunehmenden Unfälle, den politischen Super-Gau zu verhindern. Der droht, weil Wahlen anstehen und just zu diesem Zeitpunkt durch massenhafte Kurzarbeit aufgeschobene Entlassungen drohen. Diese Gemengelage ist explosiv. Darum die Job-Gipfel mit geheimen Einladungslisten an Vorstände und Betriebsräte in dieser Woche. Um den in diesem Sommer zu erwartenden Dammbruch des Arbeitsmarktes auf einen späteren Zeitpunkt zu transferieren. Beispielsweise mittels Transfergesellschaften. Die eingeladenen Vorstände und Betriebsräte werden dazu geraten haben.

Noch gibt man sich im Bundesarbeitsministerium bedeckt in Sachen Transfergesellschaften. Man setze zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes auf Kurzarbeit und Qualifizierung, heißt es dort. Ein Dementi klingt anders. Schließlich gilt die Übernahme eines Arbeitnehmers in eine Transfergesellschaft auch als Beitrag zur Qualifizierung.

Jedenfalls hat sich schon mal der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit Ende dieser Woche mit dem Thema beschäftigt. Dort hält sich der Zuspruch zwar in Grenzen, aber der Druck aus Unternehmen und Gewerkschaften, die Möglichkeiten der Transfergesellschaften auszubauen, ist so immens, wie diese Allianz bemerkenswert ist. Wenn Vorstände und Funktionäre so vereint marschieren, soll in der Regel ein Dritter die Marschmusik bezahlen.

»Super-Gau« zur Wahl befürchtet

In die Transfergesellschaften sollen Unternehmen, denen die Aufträge wegbrechen, Mitarbeiter auslagern können. Das ersparte es dem Management, die Kündigung auszusprechen, ein Aufhebungsvertrag genügt. Die Betriebsräte könnten von neuen Zukunftschancen sprechen. Und die Betroffenen hätten etwas länger die Hoffnung auf Besserung ihrer Situation.

Maximal 67 Prozent des Nettoarbeitslohnes zahlt die Bundesanstalt für Arbeit, zudem die Sozialbeiträge. In der Regel wird der Betrag durch Zuzahlung des ehemaligen Arbeitgebers auf 80 Prozent aufgestockt. Bis maximal 24 Monate, so die Forderungen, können Arbeitnehmer in einer Transfergesellschaft geparkt werden. Im Idealfall steht anschließend eine Rückkehr in den ehemaligen Betrieb in Aussicht – falls sich dessen Ertragslage wieder verbessert hat. Allerdings ist der Idealfall eher selten der Regelfall, so daß nach Ablauf der 24 Monate und einer weiteren Qualifizierung die Arbeitslosigkeit droht.

Aber immerhin, aus dem schlichten Arbeitnehmer kann dann bereits ein Klient geworden sein. Vorausgesetzt, er wird in einer privaten Transfergesellschaft betreut. Auszug aus dem Service-Katalog einer solchen Agentur: „Ausgehend von einem umfangreichen Profiling, das die Kenntnisse und Fähigkeiten der Klienten analysiert ... Die Bewerbungsaktivitäten werden auf Projekt- beziehungsweise Maßnahmenebene für das Projektreporting zusammengefaßt und sind von der Bundesagentur für Arbeit anerkannt."

So gesehen, kann man in einer Transfergesellschaft so ziemlich alles sein, nur nicht arbeitslos. Das wird verschoben. *Klaus J. Groth*

Schulden für Euroeinführung

Polen erhält 15 Milliarden Euro vom IWF

Jacek Rostowski platzt vor Stolz. Polens Finanzminister sieht sein Land endlich im „Platinum-Club" der ökonomisch besonders starken Länder aufgenommen, denn das Land erhält 15 Milliarden Euro Kredit vom Internationalen Währungsfonds (IWF).

Während Lettland, Ungarn und die Ukraine voller Scham bekannten, auf Geld vom IWF angewiesen zu sein, verwunderte doch die Reaktion der Polen. Doch des Rätsels Lösung liegt an der gewählten Kreditart. Polen nutzt nämlich ein neues Angebot des IWF.

Um Schwellenländer an sich zu binden, sah sich die Sonderorganisation der Vereinten Nationen gezwungen, sich etwas einfallen zu lassen. Seit der Asienkrise waren Kredite des IWF vor allem bei Schwellenländern in Verruf geraten. Die mit den Krediten verbundenen harten Auflagen engten die grundsätzlich im Wachstum befindlichen Kreditnehmer zu sehr ein. China beispielsweise begann, statt sich auf den IWF zu stützen, als Sicherheit vor Krisen Dollarreserven anzusammeln. Doch damit erlangte China auch eine ungeahnte Macht über den Dollarkurs, was weder den USA noch dem IWF gefiel. Daher wurde angesichts der sich bereits im Oktober 2008 abzeichnenden Weltwirtschaftskrise das Instrument der kurzfristigen Liquiditäts-Fazilität (SLF) aufgelegt, das ohne jegliche Auflagen speziell wachstumsstarken Schwellenländern bei momentanen finanziellen Engpässen aushelfen sollte. Allerdings sollte dieser Kredit binnen neun Monaten wieder zurückgezahlt werden. Doch das Angebot wurde nicht genutzt, da es potentiellen Kreditnehmern angesichts des absolut nicht vorhersehbaren Verlaufs der Weltwirtschaftskrise und ihrer Folgen zu kurzfristig angelegt war. Der IWF reagierte und ersetzte den SLF durch die flexible Kreditlinie (FCL). Diese zunächst für sechs oder zwölf Monate geplante Kreditlinie kann nach Überprüfung verlängert werden, so daß der Rückzahlungszeitraum zwischen 39 und 60 Monaten liegt.

Finanzminister sieht Polen »geadelt«

Nach Mexiko, das bereits 40 Milliarden Euro aufnahm, erhielt die polnische Regierung von IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn – per E-Mail – die Zusage, eine Kreditlinie in Höhe von 15 Milliarden Euro eingerichtet zu bekommen. „Die ökonomischen Fundamentaldaten und die institutionellen Rahmenbedingungen des Landes sind stark, und die polnischen Behörden haben sich auf eine solide Politik verpflichtet", lobte der IWF-Chef das osteuropäische Land. Polens Bruttoinlandsprodukt wuchs 2008 um 4,8 Prozent, auch für 2009 wird mit einem Wachstum von 0,3 bis 1,9 Prozent gerechnet.

Angesichts der Tatsache, daß mehrere Länder vor dem Staatsbankrott stehen, erscheint Polens Kreditaufnahme trotz Wachstum äußerst widersprüchlich, doch Polen plant langfristig. Das Land will den Euro, doch Spekulationen auf den Zloty sowie die Kapitalflucht infolge der Wirtschaftskrise haben die Landeswährung gefährlich schwanken lassen. Der Zloty verlor in den letzten Monaten im Vergleich zum Euro ein Drittel seines Wertes. Das frische Geld vom IWF soll den Absturz des Zloty beenden, denn um in die Eurozone aufgenommen zu werden, darf dessen Wert in der zweijährigen Testphase nur um 15 Prozent um den des Euro schwanken. *R. Bellano*

Zweite Vertreibung

Von Silke Osman

Es ist doch geradezu paradox: Da wird nach Jahrzehnten des Verschweigens die Vertreibung von 15 Millionen Ost- und Sudetendeutschen aus ihrer angestammten Heimat wieder in das Blickfeld der deutschen Öffentlichkeit gerückt und in mehr oder minder qualität- und gefühlvollen Fernsehfilmen thematisiert. Auf der anderen Seite aber wird in offziellen und offiziösen sowie in kommerziellen Veröffentlichungen Immanuel Kant kurzerhand unter den Tisch gekehrt, weil er den unverzeihlichen Fehler begangen hat, seine Vaterstadt Königsberg nie zu verlassen. Nie hat er seinen Fuß auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland gesetzt.

Gehört er deshalb nicht mehr zu den großen Deutschen? Kant selber wird sich kaum groß geärgert haben über diese Unterlassungssünde einiger Schlaumeier. Und so muß man an den Satz denken, den er in seiner „Kritik der reinen Vernunft“ niederschrieb: „Der Mangel an Urteilskraft ist eigentlich das, was man Dummheit nennt, und einem solchen Gebrechen ist gar nicht abzuhelfen.“

Doch Spaß beiseite: Die Ausgrenzung ostdeutscher Geistesgrößen aus dem modernen kulturellen Leben, aber auch die drastische Reduzierung öffentlicher Mittel für die Kulturarbeit, mit der die ostdeutschen Landsmannschaften schon seit Jahren zurechtkommen müssen, grenzt an eine zweite Vertreibung der Vertriebenen. Und die kann man nicht wortlos hinnehmen.

Die Würde des Volkes

Von Hans Heckel

Nie zuvor hat ein Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten so eifrig für seinen Sieg gekämpft wie Gesine Schwan. Reden vor Massenpublikum, TV-Runden und Interviews ohne Zahl verschaffen der Sozialdemokratin eine Dauerpräsenz in den Medien, wie sie sonst bloß Kanzlerkandidaten erlangen – wenn es gut für sie läuft im Wahlkampf.

Gefragt nach dem Motiv für ihr rastloses Bemühen antwortet Schwan, daß sie die Menschen „für die Demokratie begeistern“ wolle, zum Mitmachen anregen. Aber tut sie das wirklich? Sicher genießt die Wahl des Staatsoberhauptes dieses Mal eine öffentliche Aufmerksamkeit wie selten.

Dennoch könnte sich Schwans Kampagne letztlich gegen die Ziele wenden, die sie zu verfolgen vorgibt. Denn was den Wunsch zum „Mitmachen“ bei den Deutschen so schmerzlich erlahmen ließ, ist der Verdacht, daß man als Bürger sowieso nichts bewegen könne. Daß das „Mitmachen“, das „Politik gestalten“, wie es die Parteien in ihrer Mitgliederwerbung versprechen, nichts als eine hohle Verheißung sei. Fest vermauerte Parteiapparate vermitteln den Eindruck, daß sogar die Basis der Parteien selbst nichts mehr in ihnen zu bestellen hat. So gehen die Mitgliederzahlen gerade der großen Volksparteien CDU und SPD seit Jahren kontinuierlich zurück, die Schar der Sozialdemokraten ist seit dem Höhepunkt Ende der 70er Jahre auf die Hälfte geschrumpft.

Gesine Schwans „Wahlkampf“ könnte den Verdrossenen nun wie eine schillernde Bestätigung anmuten. Die Bürger sind schließlich nur Zaungäste, wenn die Wahlmänner und -frauen zur geheimen Abstimmung schreiten, aus der ihr Staatsoberhaupt hervorgeht. Nur indirekt, über die Wahlen zum Bundestag und zu den Länderparlamenten, haben die Bürger ihre Hände im Spiel. Doch jeder weiß, wie die Parteiführungen per Listenplatzbesetzung auch hier mitmischen und den Wählereinfluß beträchtlich reduzieren können.

In den Medien spielte dieser Aspekt des Gerangels um das höchste Amt erstaunlicherweise kaum eine Rolle. Bestenfalls ist hin und wieder die Frage zu hören, ob dieser merkwürdige Wettstreit nicht die Würde des höchsten Amtes beschädigen könnte. Schließlich schießt Gesine Schwan in der Logik eines „Wahlkampfes“ auch gegen den Amtsinhaber, dessen Amt in der Tradition der Bundesrepublik vom Parteienstreit freigehalten werden sollte. Horst Köhler versucht dies nach besten Kräften zu ignorieren, dennoch dürfte er seine Kontrahentin bei jeder seiner Reden im Augenwinkel haben.

Das alles mag der Würde des Amtes tatsächlich nicht guttun. Doch ist nicht eine andere Frage viel tiefgreifender, die nach der Würde des Volkes nämlich? Gesine Schwan will das Volk begeistern, damit diese Begeisterung Eindruck macht auf wankelmütige Wahlmänner in der Bundesversammlung. Das Volk also ist in ihrer Kalkulation nichts als ein Instrument der Stimmungsmache. Das, um es deutlich zu sagen, ist mit der Würde des Volkes als Souverän nicht zu vereinbaren.

Zu spät

Von Hans Heckel

Die Kritik des ehemaligen Pfarrers der Leipziger Nikolaikirche am Ablauf der deutschen Vereinigung ist nicht auf eine Stufe zu stellen mit den Äußerungen von Franz Müntefering zum selben Thema. Dem SPD-Chef ging es nur um Wählerfang, Christian Führer hingegen deutet auf ein Unbehagen, das in beiden Teilen der Republik durchaus zurückblieb nach 1990.

Kein Zweifel, daß Millionen Westdeutsche mit Stolz und Genugtuung auf ihre Geschichte von 1949 bis 1989 blickten, als die Mauer fiel – und somit kaum Anlaß sahen zu grundlegenden Änderungen. Und doch gab es auch im Westen solche, die sich von dem frischen, demokratischen und patriotischen Aufbegehren in der DDR mehr erhofften. Die Bundesrepublik hatte, wie konnte es anders sein, 1989 schon einige Verkrustungen ausgebildet. Die Hoffnung bestand, daß nun die Millionen Deutschen aus der DDR, die die Demokratie praktisch neu lernten, einen kritischen Blick auf alles werfen und einen Reformschub auslösen könnten. Doch dazu kam es nicht. Die DDR-Länder traten der Bundesrepublik einfach bei, Schluß.

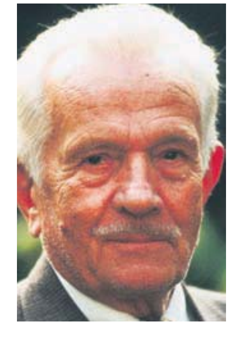
Dieses Gefühl, in der großen „BRD“ einfach versickert zu sein, schmerzt Christian Führer. Indes: Er führt hier eine Debatte, deren Zeit längst vorbei ist. Heute besteht zudem die Gefahr, daß allein dunkelrote DDR-Nostalgiker aus Führers Stichworten ihren Nutzen ziehen.



Das Volks als Instrument der Stimmungsmache mißbraucht? Gesine Schwan reist von Vortragszu Vortragort, um die „Menschen für Demokratie“ zu begeistern. Wer jedoch ihre Art und Weise dabei hinterfragt, fühlt sich manipuliert.

Bild: ddp

Moment mal!



An den Hebeln der Meinungsmacht

Von Klaus Rainer Röhl

In der letzten Woche machten alle Medien Reklame für die linke Tageszeitung, genannt „taz“. Warum die Medien, auch die „Tagesschau“, so einen mordsmäßigen Rummel um das Jubiläum machten, darüber darf nachgedacht werden. Handelt es sich doch um schlecht gedruckte, schlecht redigierte, meist auch schlecht geschriebene und schnell hingeschnodderte Gesinnungs- und Agitprop-Texte – immer mal wieder unterbrochen von gut geschriebenen und fundierten Stükken. Alle großen Medien gratulierten. Manche Jubiläumsanzeigen lasen sich wie Parodien. Der Springerkonzern gratulierte mit den Worten: „Ist es nicht schön, ein Alter erreicht zu haben, in dem man Cocktails trinkt, anstatt sie zu werfen?“ Aber den Vogel schoß die Werbeabteilung von Porsche ab mit einer halbseitigen Anzeige für das eher autofeindliche „taz“-Umfeld: Ein karmesinroter Porsche Carrera 911 und dazu die Unterzeile: „Der aufregendste Platz war schon immer vorne links. Porsche gratuliert der ‚taz‘ zum 30. Geburtstag.“

Woher aber kommt diese trotz ironischer Distanz so große Sympathie fast aller Medien für die betont linke, antikapitalistische und in Sachen Extremismus und Terrorismus bis zur Blindheit einäugige „taz“? Sie ist im Grunde gar nicht so rätselhaft. Wie die klammheimliche Sympathie für „unbeugsame“ RAF-Mitglieder oder Gruppen, die zum Beispiel in der letzten Woche 40 Bundeswehrfahrzeuge „abfakkelten“. Immer ist da auch ein Stück Bewunderung bei. Eine Mischung aus 68er Jugenderinnerungen und schlechtem Gewissen darüber, trotz Ulrike Meinhof, Lichterketten und Rock gegen rechts doch noch einen richtigen Beruf ergriffen zu haben.

> Die »taz« wurde 30 und die ganze Bundesrepublik feierte begeistert mit

Längst ist die Tageszeitung zum Durchlauferhitzer für linksliberalen Nachwuchs geworden. In der glorreichen Gründungszeit arbeiteten alle für einen Einheitslohn von 1000 D-Mark, es fragt sich nur, wie lange. Zwar gibt es auch heute noch die Veteranen und die Fußkranken des Langen Marsches, die als Oldies in der „taz“ als politische Kommentatoren fungieren wie Christian Semler. Dieser hat jede zweite Woche einen Kommentar. Steine-Semmler, der einst den damals noch altertümlich behelmten Berliner Polizisten die Schlacht vom Tegeler Weg lieferte, die erste Angriffsschlacht der 68er, bei der Steine als Salven abgefeuert wurden. Die Stalinorgel der Frühzeit. Die Polizisten ergriffen die Flucht, es war der erste Sieg der jungen Bewegung. Der Massenangriff mit Molotow-Cocktails folgte dann 1976. Lange ist sie her, die Steineschlacht vom Tegeler Weg und auch ihr Anlaß: Eine Demonstration für Horst Mahler(!), RAF-Chef und heute „Holocaust-Leugner“. Erst später kam die „taz“, in der jeder schreiben durfte, was er wollte und so gut er konnte. Selbst die Setzer, die damals die Texte bearbeiteten, spielten das Demokratiespiel mit. Hinter einem Kommentar standen da plötzlich die Worte „Find ich aber gar nicht. Der Setzer“. Aber langsam tauchten immer mehr junge RedakteurInnen auf, die schreiben konnten oder in der „taz“ lernten, sozusagen als Volontär-Kollektiv. Viele damalige „taz“-Redakteure sitzen heute beim Funk, im Fernsehen und in fast allen Tageszeitungen an den Hebeln der Meinungsmacht. Die für die Meinungsbildung ausschlaggebende Leiterin der Kommentarseite der „Welt“ ist eine ehemalige Redakteurin der „taz“.

Ähnlich ist es mit den Lesern. Der harte Kern sind die 30 Jahre älter gewordenen Gesinnungsleser – als Spendengeber sind sie sozusagen Mitbesitzer, „Genossenschaftler“ heißen sie dort und bestimmen mit, heißt es, wo es aber langgeht, bestimmen auch dort die ausgekochten Profis, für die der spätere Job im „stern“ oder in den Magazinsendungen des Fernsehens nur eine Frage des angebotenen Honorars ist, ihren Namen haben sie sich in der Rebellenzeitung gemacht, nun müssen sie auch mal an das Geld denken, an die Familie, das Haus, die Kinder. Eine Rolle spielten stets die Bewegungsfrauen, die RedakteurInnen – den Großbuchstaben in der Mitte hat einst die „taz“ erfunden. Es gibt viele Wege nach oben, und auch in der „taz“ kommt man über die Frauenschiene schneller zum Zuge. Seit einiger Zeit gibt es den Posten des Chefredakteurs, derzeit besetzt von einer Frau, Bascha Mika. Man ist etabliert und bleibt, was am Jubiläum so oft wiederholt wurde wie ein Dementi, links.

Was war zu Zeiten der Gründung der „taz“ vor 30 Jahren, 1979, links? Man erinnert sich gern der damaligen Zeit und der Ereignisse, die der Gründung der „taz“ vorangingen, das geschah ja alles nicht an einem Abend. Nach dem Zerfall des einzigen linken Massenblatts, des alten „konkret“, durch einen Putsch „aufrechter“ Linker, weil sie nur noch harte politische Agitation an den harten Kern bringen wollten, hatten die neuen Herren der Zeitschrift die Auflage auf nahe null gebracht, denn der harte Kern war prüde, aber klein. Beim Publikum entstand ein Vakuum, und spätestens ab 1966/67 gab es Pläne für eine neue Zeitung, die zunächst unter dem Arbeitstitel „Extradienst“ lief und sogar von Rudolf Augstein finanziell unterstützt wurde, aber wie sich bald herausstellte, von der SED beziehungsweise ihrem Ableger in West-Berlin, der SEW, unterminiert war. 1979 etablierten sich unabhängige Blattmacher als „taz“. Der „Extradienst“ stellte sein Erscheinen ein. Seitdem steht die „taz“ für linken Meinungsjournalismus und Nachrichten, die die Meinung unterstützen sollen: Agitation mit Tatsachen (Lenin).

> Nach dem Motto Lenins: »Agitation mit Tatsachen«

Die „Frankfurter Rundschau“, früher ein Sammelbecken für linksdrehende Gesinnung, ist fast bedeutungslos geworden. Die „taz“ gibt den Ton an. Sie muß sich schon jeden neuen Tag etwas Besonderes einfallen lassen, da inzwischen fast alle Print-Medien, vor allem die links-liberale „Süddeutsche“, Funk und Fernsehen mehr oder weniger links agieren. Eine wahnsinnig witzige Überschrift, einen hübschen Reim mit tief antihumanem Kern („Ennslin – reimt sich geil auf Benzin!“) eine freche Provokation („Der Papst wird entsorgt!“) oder eine Enthüllung. Das klappt immer. Notfalls helfen „Monitor“ und „Panorama“ noch mit weiteren Enthüllungen nach. Es sind fast immer Kampagnen von durchschaubar plumper Art, gestützt auf angeblich neue Berichte von Wissenschaftlern oder „jahrelange Recherchen“, bei näherem Hinsehen kurzes Suchen im Internet. Mit nie ganz ausgereiften Vorwürfen gegen Regierung oder die Wirtschaft. (Beispiel: Vogelgrippe. Schuld hat die Regierung durch mangelnde Vorsorge oder raffgierige Entenhalter aus Gewinnsucht: Gier) Grob zusammengefaßt enden alle Recherchen und Enthüllungen mit dem Fazit, das schon das 68er Kindertheater Grips verkündete: Kapitalismus muß putt. Die Regierung auch. Das steht am Montag in der „taz“ und im „Spiegel“, am Dienstag in der deutschen Presse.

Bleibt die Frage, was ist eigentlich das Linke an der „taz“ und den linken Leitmedien? Was ist das für Leute? Sind die Journalisten pessimistisch, schlecht gelaunt, mekkernd gegen alles, unzufrieden mit ihrer Rolle? Wären sie lieber Chefarzt oder Staranwalt geworden? Oder ist da noch etwas, eine undeutliche, sentimentale Jugenderinnerung an das alte „konkret“, an die ersten Ausgaben der „taz“, an die guten alten Bücher von Brecht, Hemingways „In einem anderen Land“, den heldenhaften Spanienkrieg auf Schellackplatten von Ernst Busch – und die guten Filme im Filmkunststudio: „Panzerkreuzer Potemkin“ von Eisenstein und die „Mutter“ von Pudowkin. Alles gut gemeint, aber durchschaubar sentimental. Mit anderen Worten, ist linksliberal wie die „Süddeutsche“ oder links wie die „taz“ gar nicht in erster Linie bösartig oder volksverhetzend, sondern nur unbedarft? Der Erfolg ist jedenfalls da. Herzlichen Glückwunsch.

Kontakt zum Autor wegen Vorträgen: klausrainer@gmx.de

Ausgrenzung ohne Beispiel

Literaturführer verschweigt ostdeutsche Autoren

Nur Autoren, die westlich der heutigen Oder-Neiße-Grenze gewirkt haben, fanden im neuen „Literarischen Führer Deutschland" des Insel-Verlags Aufnahme. *PAZ*-Autor Jörg Bernhard Bilke hat sich das Buch näher angesehen.

Wer heute, im 21. Jahrhundert, eine Literaturgeschichte Deutschlands zu schreiben unternimmt, setzt sich der Lächerlichkeit aus, wenn er auf Autoren verzichtet, die in Ostpreußen oder Schlesien geboren wurden und dort gewirkt haben wie Johann Gottfried Herder (1744–1803), Joseph von Eichendorff (1788–1857) und Gerhart Hauptmann (1862–1946). In einer solchen Literaturgeschichte auf die schlesische Barocklyrik zu verzichten, wäre undenkbar.

Noch lächerlicher wird es, wenn die Werke aufgespalten werden in jene, die westlich der heutigen Oder-Neiße-Grenze und diejenigen, die östlich davon entstanden sind. Die frühen Dramen Gerhart Hauptmanns beispielsweise, die er schrieb, als er in Erkner bei Berlin lebte, wie die Diebskomödie „Der Biberpelz" (1893), dürften nach dieser Logik genannt werden, das umfangreiche dramatische und epische Schaffen in den viereinhalb Jahrzehnten zwischen 1901 und 1946 in Agnetendorf/Schlesien aber nicht, weil die einst preußische Provinz heute zur Republik Polen gehört.

Ähnliche Verkürzungen von Leben und Werk hätte der Aufklärer Johann Gottfried Herder, geboren im ostpreußischen Mohrungen, auszuhalten. Daß er 1762/64 in Königsberg Theologie studiert und Vorlesungen bei Immanuel Kant gehört hat, daß sein erstes Buch 1766/67 in der lettischen Hauptstadt Riga erschienen ist, wäre nicht erwähnenswert, wohl aber seine Jahre als Kirchenbeamter in Bückeburg 1771/76 und in Weimar 1776/1803. Aber gerade dieses unsinnige und jeder historischen Kontinuität widersprechende Verfahren wird im „Literarischen Führer Deutschland" von dem Saarländer Publizisten Fred Oberhauser (1923) und dem Lüneburger Germanisten Axel Kahrs (1950) angewandt, der 2008 im angesehenen Insel-Verlag erschienen ist.

Im Geleitwort des einstigen DDR-Schriftstellers Günter de Bruyn (1926), der in mehreren Erzählungen vor 1989/90 seine Sympathie für Flüchtlinge und Vertriebene aus Ostdeutschland bekundet hat, wird lobend erwähnt, daß „hier Deutschland nun auch literaturtopographisch wieder vereinigt" würde. Es fragt sich nur, welcher Preis dafür zu zahlen ist.


Immanuel Kant in Königsberg: Nur weil er seine Vaterstadt nie verließ, ist er jetzt in einem Literaturführer nicht zu finden. Bild: Heinrich Wolff

Günter de Bruyn macht die Schizophrenie eines solchen Auswahlprinzips deutlich erkennbar, wenn er über Alfred Döblin (1878–1957) schreibt, daß man ihm „nicht nur in seinem Sterbeort Emmendingen begegnen (könne), sondern auch am Schauplatz seines berühmten Romans am Alexanderplatz in Berlin", wobei unerwähnt bleibt, daß man ihm an seinem Geburtsort, der pommerschen Hauptstadt Stettin, in diesem Lexikon nicht begegnen kann.

Das politisch, nicht literaturgeschichtlich ausgerichtete Prinzip dieses Nachschlagewerks hat zur Folge, daß ein hochrangiger Denker, der die geistige Entwicklung der Menschheit vorangebracht hat, wie der Aufklärungsphilosoph Immanuel Kant (1724–1804) aus Königsberg in Preußen in diesem Buch nicht vorkommt. Schließlich hat er niemals in seinem Leben die Provinz Ostpreußen verlassen. Der weit unbedeutendere DDR-Schriftsteller Hermann Kant (1926) dagegen wird gleich siebenmal genannt!

Fast scheint es, als bedaure der Verfasser des Vorworts diese unerbittliche Ausgrenzung ostdeutscher Autoren, wenn er schreibt: „Denn wichtige deutsche Literatur wurde nicht nur im heutigen Deutschland geschrieben, sondern auch in den ehemals deutschen Ostgebieten wie Schlesien und Ostpreußen, die heute zu anderen Staaten gehören ..." Zugleich aber nimmt er diese Einsicht wieder zurück, wenn er die deutsche Exilliteratur als Gegenargument anführt und beschwichtigend meint: „Und ebenso sind die Ostpreußen Johann Gottfried Herder und Ernst Wiechert in Bückeburg, Weimar und Berlin präsent, wie die Schlesier Joseph von Eichendorff und Gerhart Hauptmann in Heidelberg, Berlin und auf Hiddensee."

Die wissenschaftliche Leistung, die Fred Oberhauser, Axel Kahrs und ihre drei Mitarbeiter mit diesem umfangreichen Band erbracht haben, ist unbestritten. Aber es schmerzt, wenn gewichtige Teile der deutschen Literatur- und Geistesgeschichte ausgeschlossen bleiben, nur weil ihre Vertreter jenseits von Oder und Neiße geboren wurden und an der Memel oder an der Weichsel ihre Gedichte schrieben, ohne zu ahnen, daß ihnen das nach Jahrhunderten schaden könnte.

Hinter dem Auswahlprinzip verbergen sich gewiß auch politische Bedenken, sich dem polnischen und russischen Vorwurf des „Kulturimperialismus" auszusetzen. Diese Bedenken freilich, die ihre Entstehung vorauseilender Unterwerfung verdanken, sind heutzutage unberechtigter denn je.

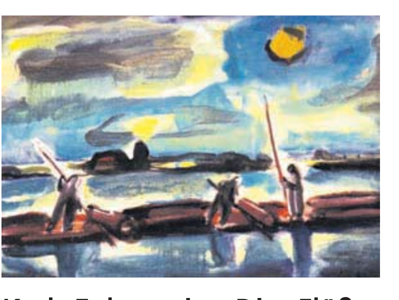
Im polnischen Schlesien und noch mehr im russischen Teil Ostpreußens wird die deutsche Kulturvergangenheit durchaus anerkannt. In Oberschlesien stehen mehrere Denkmäler Joseph von Eichendorffs, und am Geburtshaus des Dichters und Schriftstellers Johannes Bobrowski (1917–1965) in Tilsit ist eine Gedenktafel angebracht.

Fred Oberhauser und Axel Kahrs: „Literarischer Führer Deutschland", Insel Verlag, Frankfurt 2008, geb., 1470 Seiten, 48 Euro

Ausstellung mit Werken von Karl Eulenstein

Er gilt als Spätexpressionist in Ostpreußen, der Maler Karl Eulenstein (1892–1981), der in Memel das Licht der Welt erblickte. Nach einer großen Retrospektive zu seinem 100. Geburtstag im Ostpreußischen Landesmuseum ist jetzt eine Ausstellung im Wasserschloß Bad Rappenau zu sehen. Auf Initiative von Monica Freifrau v. Racknitz werden dort Werke aus der letzten Schaffensperiode des Künstlers gezeigt.

„1967 kam er mit seiner Frau Lenka aus Berlin zum erstenmal als Sommergast in unser Hotel Schloß Heinsheim am Neckar", erinnert sich Monica v. Racknitz.


Karl Eulenstein: Die Flößer (Aquarell) Bild: Steiner

„Euler, wie wir ihn nannten, war Mensch und Maler zugleich, denn seine Malerei wuchs aus seiner menschlichen Persönlichkeit. Auch, als er in den letzten Jahren nicht mehr malen konnte, blieb er Maler mit Leib und Seele. Eulenstein beschloß eines Tages, daß ‚seine Kinder' die Bilder in Heinsheim Heimat finden sollten und so geschah es. Aus tiefer Verbundenheit und Dankbarkeit entstand nun der Wunsch, diesen Teil seines Lebenswerkes nochmals öffentlich zu machen." *os*

Die Ausstellung in der Galerie Steiner im Wasserschloß Bad Rappenau ist vom 26. April bis 25. Juni sonntags von 13 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung zu sehen, zur Ausstellung erscheint ein Buch mit Beiträgen von Jörn Barfod, Silke Osman und Felix v. Racknitz.

Der sanfte Rebell

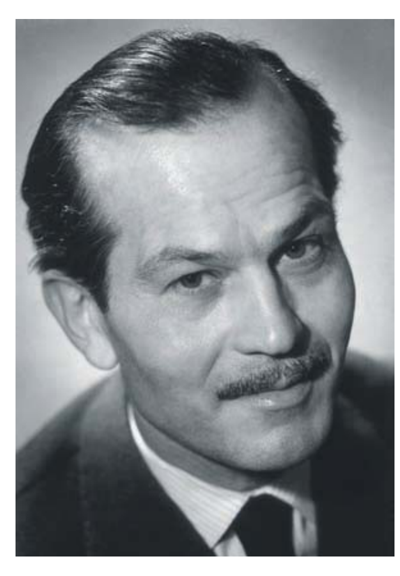
Vor 100 Jahren wurde der Schauspieler René Deltgen geboren

Er spielte glaubwürdig den charmanten Liebhaber, mitunter auch den skrupellosen Abenteurer. Bei der Verkörperung dieser Charaktere halfen ihm nicht zuletzt sein herbes Gesicht und seine erotisch klingende Stimme. René Deltgen wurde am 30. April 1909 in Esch an der Eltze in Luxemburg geboren, ging aber 1927 nach Köln, um dort die Schauspielschule zu besuchen. Von 1931 bis 1934 spielte er an den städtischen Bühnen in Köln, später auch an Theatern in Frankfurt und Berlin. 1935 gelang ihm der Sprung ins Filmgeschäft.

In dem Streifen „Schwarzer Jäger Johanna" wirkte er erstmals in einer Kinoproduktion mit. Vom Kavalier bis zum Frauenausbeuter verkörperte Deltgen dann alle Typen und war in den neuen deutschen Abenteuerfilmen gut zu besetzen.

In „Urlaub auf Ehrenwort" (1937) stellte er unter der Regie von Karl Ritter einen sozialistisch ausgerichteten Soldaten am Ende des Ersten Weltkrieges dar, der, von Selbstzweifeln geplagt, eigentlich desertieren will, sich dann aber doch für seine Kameraden entscheidet, die er nicht im Stich lassen will. In einer Kellerkneipe führen die Genossen der USPD bereits das nahende Ende von Monarchie, Kapitalismus und Krieg. In letzter Sekunde regt sich bei dem von Deltgen gespielten einfachen Soldaten das „verdammte" Gewissen. 1939 wurde René Deltgen zum Staatsschauspieler ernannt.

In „Geheimzeichen LB 17" (1938), „Kautschuk" (1938) und „Achtung, Feind hört mit!" (1940) verkörperte er Bösewichte, die entweder als Anarchisten die bestehende Ordnung untergraben wollen oder für England spionieren. Auch in „Mein Leben für Irland" (1941), „Spähtrupp


René Deltgen Bild: Archiv

Hallgarten" (1941), „Anschlag auf Baku" (1942) und „Fronttheater" (1942) wurde eindeutig Position bezogen. Hierzu kamen erfolgreiche Unterhaltungsfilme wie „Kongo Express" (1939) oder „Zirkus Renz" (1943), die Deltgen zu einem der populärsten Ufa-Stars machten. Unmittelbar nach Kriegsende mußte er sich als Küchenhilfe, Pferdedresseur und Kabarettist durchschlagen, konnte seine Karriere aber bald wieder fortzusetzen. In den 50er Jahren drehte Deltgen Kinofilme mit den beiden schon vor 1945 erfolgreichen Regisseuren Veit Harlan und Wolfgang Liebeneiner. 1954 wurde er mit dem Bundesfilmpreis ausgezeichnet.

Seine sicherlich bekanntesten Nachkriegsfilme trugen Titel wie „Der Tiger von Eschnapur", „Das indische Grabmal" (beide 1959). Auch war er in den beiden Edgar-Wallace-Verfilmungen „Der Hexer" (1964) und „Neues vom Hexer" (1965) zu sehen.

Ab den 60er Jahren wandte sich Deltgen mehr und mehr dem Fernsehen zu. Auch spielte er wieder Theater und sprach in Hörspielen. Die Hauptrolle in der „Paul Temple"-Hörspielserie verhalf ihm zu weiterer Popularität.

Da nach dem Zweiten Weltkrieg auch wieder vermehrt US-Filme in die deutschen Lichtspieltheater kamen, lieh er Spencer Tracy und Kirk Douglas seine Stimme. Den Jüngeren wird er als Großvater in der Kinderserie „Heidi" aus dem Jahre 1978 in Erinnerung bleiben.

René Deltgen war zweimal verheiratet und hatte vier Kinder. Er starb am 29. Januar 1979 und liegt in Köln begraben.

Hans Lody

Burschikos und zerbrechlich

Zum 100. Geburtstag der Schauspielerin Marianne Hoppe

Sie war eine Darstellerin psychologisch vielschichtiger Charaktere und beherrschte feinste Gebärden und Sprachnuancen. Sie verkörperte verletzliche und dekadente wie auch vitale und humorvolle Figuren. Marianne Hoppe wurde am 26. April 1909 in Rostock geboren. Der Vater war ein wohlhabender Gutsbesitzer, der seiner Tochter zunächst Privatunterricht erteilen ließ, bevor sie ab 1924 das elitäre Internat „Königin-Luise-Stift" in Berlin-Dahlem besuchte. Mit 17 Jahren entdeckte sie ihre eigentliche Berufung und bewarb sich erfolgreich an der Schauspielschule des Deutschen Theaters in Berlin. 1928 stand sie erstmals auf der Bühne. Nach verschiedenen Engagements kam sie 1935 zum Preußischen Staatstheater, das damals unter der Leitung von Gustaf Gründgens stand. Marianne Hoppe war dem Theatermann sehr zugeneigt und ging mit ihm, obwohl oder vielleicht auch gerade wegen seiner homosexuellen Veranlagung, die Ehe ein.

Marianne Hoppe profitierte von ihrem Verhältnis zu Gründgens. Er vertraute ihr gute Theaterrollen an, und zweimal konnte sie in Filmen unter seiner Regie mitwirken. 1934 spielte sie gleichzeitig in fünf Filmen mit. Darunter war die Verfilmung der Theodor-Storm-Novelle „Der Schimmelreiter", in der sie die weibliche Hauptrolle spielte, und das Heldenepos „Schwarzer Jäger Johanna", das in den Befreiungskriegen spielt. Sonst waren unpolitische Unterhaltungsfilme wie „Capriolen" (1937), „Kongo Express" (1939), „Auf Wiedersehen Franziska" (1941) oder „Romanze in Moll" ihre bevorzugten Tätigkeitsfelder. In der Fontaneverfilmung „Der Schritt vom Wege", bei dem Gründgens Regie führte, spielte sie die bis heute wohl überzeugendste Effie Briest aller Zeiten –


Marianne Hoppe Bild: Archiv

vor allem wenn man die Neubearbeitung mit Julia Jentsch zum Vergleich heranzieht.

Nach Kriegsende beendete Marianne Hoppe ihre (Schein) Ehe mit Gustaf Gründgens. 1946 kam ihr Sohn Benedikt zur Welt. Der Vater war ein britischer Journalist. Zunächst spielt die Rostokkerin wieder Theater. Das Schauspielhaus Düsseldorf stand in diesen Tagen unter der Leitung von Gründgens, und so wunderte es wenig, daß sich dort auch bald Marianne Hoppe einfand. Als in Deutschland wieder Filme gedreht wurden, war auch Hoppe mit dabei. Die Zuschauer wollten nach all der Not und dem Elend wieder eine „heile Welt" erleben. Dazu leistete der Film „Dreizehn alte Esel und der Sonnenhof" von 1958 seinen Beitrag, in dem Marianne Hoppe an der Seite eines der Stars des deutschen Films, Hans Albers, spielen konnte.

Als die Edgar-Wallace-Welle auf das Land zurollte, bekam sie in dem Streifen „Die seltsame Gräfin" eine Rolle. Mehrfach spielte sie im Fernsehen in der Krimireihe „Der Kommissar" mit. 1986 holte Helmut Dietl sie für seine vergnügliche Gesellschaftssatire „Kir Royal" für die Folge „Adieu Claire" noch einmal vor die Kamera.

Bis ins hohe Alter trat die Schauspielerin im Theater auf. 1965 wurde sie Mitglied der Akademie der Künste in West-Berlin, deren Abteilung Darstellende Kunst ihr nach Roma Bahn 1976 als zweiter Trägerin auf Lebenszeit den Hermine-Körner-Ring verlieh. Die letzten Lebensjahre verbrachte sie in Oberbayern, wo sie am 23. Oktober 2002 in einem Seniorenheim bei Siegsdorf starb.

Hans Lody

Wie sich Ex-Gauleiter Erich Koch davonstahl

Per Eisbrecher floh der »Reichsverteidigungskommissar« in den letzten Kriegstagen aus Ostpreußen nach Flensburg

Die Königsberger Kaufmannschaft hatte drei Eisbrecher in Betrieb, die in jedem Wetter eingesetzt wurden, um die Fahrrinne im Seekanal zwischen Pillau und Königsberg und nach Möglichkeit das Fahrwasser nach Elbing offen zu halten: „Ostpreußen“, „Königsberg“ und „Pregel“ hießen sie. Es waren breite, schwere Dampfer mit starken Maschinen, die bis 2400 PS hatten und bis 450 Bruttoregistertonnen (BRT) groß waren und sich mit Ausnahme des sibirischen Winters 1929 bestens bewährt hatten. Diesen Fahrzeugen fiel in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges, als Pillau aufgegeben werden mußte, eine besondere Rolle zu.



Erich Koch als Einpeitscher: Kläglich war die Flucht des Sprücheklopfers. Bild: Bildarchiv preußischer Kulturbesitz

Der Leiter des Wasserstraßenamtes Pillau stellte am 9. April 1945 bei der Dienststelle Reichsverteidigungskommissar, die sich in einem großen Bunker auf der Nehrung bei Neutief recht gut etabliert hatte, den Antrag, seine Dienststelle von Pillau abzusetzen, so wie es andere zivile Behörden bereits durchgeführt hatten. Durchaus berechtigt war dieser Antrag, da Werkstätten, Lager, Vorräte und so weiter durch Bomben und Artilleriebeschuß weitgehend zerstört waren und regelrechte Reparaturarbeiten nicht mehr durchgeführt werden konnten. Es dauerte neun Tage, bis die Genehmigung dazu erteilt wurde; einer schob sie dem andern zu. Mit dem Bereisungsdampfer „Kummer“ und dem Tonnenleger „Samland“ wurde die Absetzung der Belegschaft des Wasserstraßenamtes – 204 Personen – in drangvollfürchterlicher Enge und nur mit Handgepäck durchgeführt. Zwei, höchstens drei Reisetage waren vorgesehen, es wurden 14 Tage, bis das Ziel Rendsburg erreicht war. Und die drei Eisbrecher, die wesentlich mehr Raum boten als „Kummer“ und „Samland“ lagen untätig da – sie waren vorgesehen für den Abtransport des „Reichsverteidigungskommissars“ Erich Koch und seines Stabes. Er hatte seine guten Gründe, sich diese drei Dampfer zu sichern; sie waren schwer gebaut, sehr seetüchtig, geräumig, wurden mit Flakgeschützen und Maschinengewehren armiert, reichlich verproviantiert, besonders mit hochprozentigen Flüssigkeiten.

Eisbrecher „Ostpreußen“, – Kapitän Henschel und Steuermann Hein –, der am Hagendenkmal vertäut lag, mußte einen schweren Mercedes übernehmen, er ging zu Bruch durch Volltreffer in einem Munitionsstapel, der am Seedienstbahnhof lag, und wurde durch einen anderen Wagen ersetzt. Am 23. April – während die deutschen Soldaten im Raume Lochstädt–Neuhäuser der sowjetischen Übermacht noch verzweifelten Widerstand leisteten – erhielt der Eisbrecher „Ostpreußen“ Befehl herauszugehen, mit dem flachgehenden Dampfer „Heidekrug“ im Schlepp. Dieser sollte den „Reichsverteidigungskommissar“ und seinen Haufen von einer auf der Nehrung im Südermolenwinkel extra erbauten Landungsbrücke abholen.

Wegen des Seeganges erwies sich dieses als nicht durchführbar, und der Eisbrecher ging im Geleitschutz am 24. April abends nach West, Ziel Hela, das am nächsten Morgen erreicht wurde. Koch, Dzubba, Knobloch, Matthees, Kunze, Oppermann, und wie sie sonst noch hießen, waren per Hubschrauber nach Hela gelangt und kamen zu den schon an Bord befindlichen Hilfskräften, SS-Leuten und sonstigen Uniformträgern einschließlich Besatzung. Unter den fast 100 Mann war auch ein Schweizer, der im Parkhotel in Königsberg als Küchenchef tätig gewesen war und diese Funktion auch im Stabe Koch ausübte. Kommandant dieser Gerade war Kunze, der bald unter der Bezeichnung „Genickschußoffizier“ herumlief, weil er mit seinen „Heldentaten“ dauernd prahlte. Er kam damit aber bei einem Besatzungsmitglied, einem Takler der Union Königsberg, an die falsche Adresse, der ihm in Aussicht stellte, bei der nächsten Gelegenheit „baden“ zu gehen.

In Hela mußte der Kapitän noch etwas besorgen und blieb wegen eines Fliegerangriffes längere Zeit weg. Dieses verursachte erhebliche Unruhe an Bord, und der Gewalthaber, der „Reichsverteidigungskommissar“, ließ den Steuermann fragen, ob er in der Lage sei, den Eisbrecher allein nach Westen zu führen. Dieses bejahte er zwar, lehnte es aber rundweg ab, es auch zu tun. Als die Aufforderungen immer dringender wurden, erklärte der Maschinenmeister, daß er nicht genug Dampf im Kessel habe. Ja, die Helden hatten es sehr eilig, nach Westen zu kommen.

Als der Kapitän gegen Abend kam, ging's sofort los, im Geleit eines Minensuchbootes, Richtung Saßnitz, wo man am Morgen einlief und Kohlen übernahm. Als am Nachmittag russische Flieger sich zeigten, hieß es: raus, raus, ohne Geleitschutz, bis etwa Arkona-Feuerschiff, wo man bei diesigem Wetter zwei Tage vor Anker lag und in den Äther lauschte. Dann morste man ein Vorpostenboot an, das nach Bekanntgabe des Sachverhaltes Geleitschutz bis Kopenhagen übernahm. Der dort am Landgang aufgestellte Doppelposten mußte bald den Sticheleien der in der Nähe liegenden Marine weichen.

In Kopenhagen wurden erhebliche Mengen Frischproviant an Bord genommen, Geld war ja in jeder Menge vorhanden, denn man plante, irgendwo auf einer kleinen skandinavischen Insel zu landen, dort unterzukriechen und in aller Gemütsruhe das weitere abzuwarten. Aber, o Graus, der Küchenchef hatte sich unter Berufung auf seine Neutralität bestens empfohlen; was nun? Vorerst dampfte man nach

In Flensburg suchte Koch Schutz in der Anonymität

Fredericia, und dann wurden mit peinlicher Genauigkeit und Gründlichkeit sämtliche Uniformstücke und Abzeichen, Akten, Papiere und die ganze Herrlichkeit des „Reichsverteidigungskommissars“ für Ostpreußen und seiner Gehilfen der Feuerung unter dem Kessel des Eisbrechers anvertraut, und eine fieberhafte Tätigkeit beim Ausstellen neuer Personalausweise, Erkennungskarten, Bescheinigungen ließ sich nicht verheimlichen; die Maschinengewehre wurden über Bord gekippt, die Flakgeschütze abmontiert und verstaut. Und als die vereinbarte Waffenruhe bekannt wurde, dampfte ein schwerfälliger schwarzer Dampfer, der Königsberger Eisbrecher „Ostpreußen“ in die Flensburger Förde mit einem Haufen „ziviler“ Flüchtlinge an Bord, machte fest, und husch, husch husch waren alle Reisenden verschwunden wie ein Spuk, und der Besatzung blieb das „Reinschiff machen“ übrig. *E. F. Kaffke*

Wie es zum Sardinischen Krieg kam

Vor 150 Jahren wurde Österreich Opfer einer tragischen Fehleinschätzung

Der Kaiser der Franzosen Napoleon III. und der Ministerpräsident des aus Piemont und der Insel Sardinien bestehenden Königreichs Sardinien Camillo Graf Benso di Cavour hatten eine wichtige Gemeinsamkeit. Sie waren nicht saturiert. Napoleon III. wollte mit seinem Land aus der Wiener Gleichgewichtsordnung von 1815 ausbrechen und auf den Spuren seines berühmten Oheims wandeln. Und Cavour wollte eine Ausdehnung der sardischen Macht im von den Habsburgern dominierten (Nord-)Italien. Beide Männer stießen bei der Verfolgung ihrer Pläne auf den Widerstand des konservativen Österreichs und schmiedeten deshalb gegen dieses bei einer Zusammenkunft im französischen Plombières einen Geheimpakt.

In dem abgeschiedenen Vogesenbad planten beide Staatenlenker im Sommer 1858 den im darauffolgenden Jahr ausbrechenden Sardinischen Krieg. In dem von einem habsburgischen Herzog regierten Modena sollten Bewohner in einer Petition an den sardischen König den Anschluß ihres Herzogtums an dessen Königreich fordern. Der habsburgische Herzog von Modena sollte sich dann hilfesuchend an den habsburgischen Kaiser von Österreich wenden, während Sardinien Beistand bei Frankreich findet, und dann sollte es per Eskalation zum Krieg kommen. Mit 200000 französischen und 100000 österreichischen Soldaten wollte man dann Wien erobern.

Nach der Niederlage sollte Österreich die Lombardei und Venetien an Sardinien abtreten. Zudem sollten Modena und das ebenfalls mit Österreich verbündete Herzogtum Parma sowie mit der Romagna der nördliche Teil des Kirchenstaates an Sardinien fallen. Neben dem dann ganz Norditalien umfassenden sardischen Königreich sollte es noch drei weitere italienische Staaten geben. Der Kirchenstaat sollte auf Rom und das Umland beschränkt werden. Der verbleibende Rest des Kirchenstaates mit Umbrien und den Marken sollte mit dem von einem Habsburger regierten Großherzogtum Toskana zu einem mittelitalienischen Königreich verbunden werden. Für dieses Königreich hatte Napoleon III. als Herrscher seinen Vetter Napoleon Joseph Charles Paul Bonaparte vorgesehen. Im Süden Italiens sollte das aus dem Südteil der Halbinsel und der Insel Sizilien bestehende Königreich beider Sizilien erhalten bleiben, wobei Napoleon III. daran dachte, den dort herrschenden Bourbonen nach dem Vorbild seines Onkels durch einen Angehörigen der Familie Murat zu ersetzen. Nord-, Mittel- und Süditalien sowie der Kirchenstaat sollten dann analog zum Deutschen Bund einen italienischen Bund bilden, an dessen Spitze der Papst stehen sollte, um diesen mit der Beschränkung seines Kirchenstaates auf Rom samt Umland zu versöhnen. Als Gegenleistung für die Unterstützung Sardiniens beim Erwerb der Lombardei und Venetiens von Österreich sollte Frankreich seinerseits von Sardinien Savoyen und Nizza erhalten. Im Januar 1859 wurde diese in Plombières getroffene Verständigung mit einem formellen Geheimvertrag und der Heirat zwischen Napoleon Joseph Charles Paul Bonaparte und der Tochter des sardischen Königs Prinzessin Marie Clothilde besiegelt.

Systematisch wurde der Krieg geplant

Durch die Vereinbarung mit Frankreich abgesichert, begann nun dessen sardischer Verbündeter mit der Provozierung Österreichs. Das Königreich begann aufzurüsten. Sein Regierungschef lancierte antiösterreichische Artikel in der Presse, brüstete sich mit der Aufnahme österreichischer Fahnenflüchtlinge in die sardischen Streitkräfte und nahm Verbindung mit ungarischen, rumänischen und serbischen Revolutionären auf. Am 9. März 1859 wurde die sardische Armee mobilisiert.

Währenddessen versuchte Sardiniens großer Verbündeter das Wohlwollen der anderen Großmächte für den geplanten Krieg gegen Österreich zu gewinnen. Anders als bei den Russen, die sich am 3. März 1859 in einem Geheimvertrag für den Kriegsfall zu wohlwollender Neutralität verpflichteten, gelang dieses bei den damals gerade von den Konservativen regierten Briten und bei den Preußen nicht. Nolens volens stimmte Napoleon III. Rußlands Vorschlag zu, einen Kongreß der Großmächte zur Lösung der Italienischen Frage einzuberufen. Österreich schien die geplante Kriegsniederlage erspart zu bleiben.

Da wurde Wien Opfer einer tragischen Fehleinschätzung. Frankreichs Unterstützung des russischen Verständigungsvorschlages interpretierte die österreichische Regierung statt als Abrücken von seinen Kriegsplänen vielmehr als Versuch, Zeit für den Abschluß der Kriegsvorbereitungen zu gewinnen, um dann um so stärker loszuschlagen. Die Österreicher wollten es nicht soweit kommen lassen und forderten von ihrem italienischen Nachbarn am 19. April 1859 die Demobilisierung innerhalb dreier Tage. Das Königreich kam der Forderung nicht nach, worauf Österreich am 26. April 1859 Sardinien den Krieg erklärte, dem vertragsgemäß Frankreich beisprang. Österreich stand nun dort, wo der Macht- und Realpolitiker Cavour es hatte haben wollen: im Kriegszustand mit Sardinien wie Frankreich und als Aggressor vor den Augen der Welt. *Manuel Ruoff*

Heimatverbunden

Klasen diente Deutscher wie Bundesbank

Der am 23. April 1909 in Hamburg geborene Sohn eines Reedereiangestellten nahm nach dem Abitur ein Jurastudium auf, das er 1933 mit der Promotion abschloß. Nach dem Assessorexamen arbeitete er von 1935 bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst im Jahre 1943 als Justitiar in der Rechtsabteilung der Hamburger Filiale der Deutschen Bank. Nach dem Kriegsende kehrte er bereits im Juli 1945 in seine Filiale zurück, wo er Anfang 1948 zum Direktor ernannt wurde. Noch im selben Jahr übernahm der Sozialdemokrat für eine Wahlperiode das Amt des Landeszentralbankpräsidenten in Hamburg.



Karl Klasen Bild: Deutsche Bundesbank



Als er 1952 an seinen alten Wirkungsbereich zurückkehrte, war sein alter Arbeitgeber mittlerweile von den Besatzungsmächten zerschlagen. Er wurde Vorstandsmitglied des Hamburger Teils, der Norddeutschen Bank. Nach der Wiedererrichtung der Deutschen Bank im Jahre 1957 gehörte er deren Vorstand an. Dort war er für die Filialbezirke Hamburg, Bremen, Hannover und Osnabrück sowie die Werbeabteilung zuständig. Nach dem Wechsel von Hermann Josef Abs vom Vorstand in den Aufsichtsrat der Bank im Jahre 1957 wurde Klasen zusammen mit Franz Heinrich Ulrich dessen Nachfolger als Vorstandssprecher.

1970 trat Klasen als Nachfolger Karl Blessings das Amt des Bundesbankpräsidenten an. Daß er trotz der damit verbundenen Verschlechterung der Bezahlung das Amt antrat, begründete er mit den Worten: „Wer ein solches Amt ablehnt, verdient nicht, was ihm das Leben bisher gegeben hat.“

Nach dem Ausscheiden aus dem Amt des Bundesbankpräsidenten im Jahre 1977 wurde Klasen 1978 in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank gewählt. Diesem gehörte er bis 1984 an. Am 22. April 1991 verstarb Klasen in Hamburg, wo er auch seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Klasen verkörpert mit seiner Biographie den Typus des heimatverbundenen Hanseaten, der seine Vaterstadt nicht ohne Sachzwang verläßt und bei dessen Ende zurückkehrt. *M. Ruoff*

Von Preußen lernen

Werte wie Sparsamkeit, Fleiß und Pflichtbewußtsein sind in der Krise wieder gefragt

Krisenmanagement – was wir von Preußen lernen können: – da fällt uns als erstes das politische Vermächtnis des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm I. (1713–1740) ein: „Macht keine Schulden und gebt nicht mehr aus, als ihr einnehmt!“ Der sogenannte Soldatenkönig, dessen wahre Verdienste gar nicht im militärischen Bereich lagen, hatte sich zeitlebens strikt an diese Devise gehalten. Er hat nicht nur den 20-Millionen-Taler-Schuldenberg seines ausgabenfreudigen Vorgängers abgebaut, sondern seinem Nachfolger sogar noch einen Staatsschatz von acht Millionen Taler hinterlassen. Seit wir nicht mehr von Königen, sondern von Bundeskanzlern regiert werden, erleben wir das exakte Gegenteil, mit dem Unterschied, daß die Taler zu Mark und Euro und die Millionen zu Millarden wurden.

Keine Schulden machen, nicht mehr ausgeben, als man einnimmt – hätten Millionen US-Bürger sich daran gehalten, statt mit zu wenig Eigenkapital zu teure Häuser mit zu hohen Zins- und Tilgungsraten zu finanzieren und den Rest des Lebens mit Plastikgeld zu bestreiten, dann hätte es keine Immobilienkrise gegeben, folglich kein Herüberschwappen nach Europa und Deutschland. Und hätten unsere öffentlichen Hände nicht einen Schuldenberg von 1,5 Billionen Euro aufgetürmt, dann hätten sie einen viel größeren Spielraum, um auf Krisen zu reagieren.

Ist das also der Königsweg zur Krisenbewältigung: keine Schulden, keine Krise, und alles wird gut? Richten wir unseren Blick relativierend gen Süden! Neuschwanstein, Linderhof, Herrenchiemsee – die Prunkschlösser Ludwig II., alle auf Pump gebaut. Sie hatten den Märchenkönig im wirklichen Leben dem Staatsbankrott gefährlich nahe gebracht. Bis heute hält sich das Gerücht, Majestät seien – auf welche Weise auch immer – in den Tod getrieben worden, weil nur so der Bau weiterer unbezahlbarer Schlösser zu verhindern war.

Und heute? Der Freistaat Bayern hat einen nicht unbeträchtlichen Teil seines Wohlstands und seiner relativ niedrigen Staatsverschuldung den exorbitanten Einnahmen zu verdanken, die er Touristen aus aller Welt an den Kassenhäuschen der Pumpschlösser abknöpft. Schuldenmachen kann also durchaus dem Gemeinwohl förderlich sein.

Die beiden Beispiele – der sparsame Soldatenkönig und der verschwenderische Märchenkönig – zeigen, daß es gar nicht so einfach ist, dahinterzukommen, was wir aus der Geschichte lernen können, um mit der heutigen Krise fertig zu werden. Einfach anmutende Rezepte erweisen sich bei näherem Hinsehen oft als genauso untauglich wie alles, was jetzt wieder aus der sozialistischen Mottenkiste hervorgezaubert wird, nicht nur von eingefleischten Sozialisten, sondern auch von sozialdemokratisierenden Unionspolitikern.

Die jüngste „Berliner Rede“ des Bundespräsidenten bringt uns einer Antwort näher. Es fällt auf, daß sich ein Begriffspaar wie ein Leitfaden durch den Text zieht: Freiheit und Verantwortung. „Wir erleben das Ergebnis von Freiheit ohne Verantwortung“, stellt Horst Köhler fest: Es gehe „auch um Fragen der Verantwortung und des Anstands. Was vielen abhanden gekommen ist, das ist die Haltung: So etwas tut man nicht.“

Weiter beklagt Köhler „Entgrenzung und Bindungslosigkeit. Jetzt erleben wir, daß es der Markt allein nicht richtet. Denn Marktwirtschaft lebt von Verantwortung und persönlicher Haftung für das eigene Tun. Die Krise zeigt uns: Schrankenlose Freiheit birgt Zerstörung.“

Die Soziale Marktwirtschaft ist für den Präsidenten „mehr als eine Wirtschaftsordnung. Sie ist eine Werteordnung. Sie vereinigt Freiheit und Verantwortung zum Nutzen aller“. Punkt für Punkt zählt er auf, welche Werte er dabei im Sinn hat: Disziplin, Glaubwürdigkeit, Anstand, Gemeinsinn, Sparsamkeit, Solidarität.

Das klingt irgendwie bekannt. Richtig: bekannt wie Kant. Es ist das zentrale Denken der deutschen, genauer: der preußischen Aufklärung, wie sie der Königsberger Philosoph so trefflich formuliert hat. Bei Kant ist Freiheit nie zügel- und schrankenlos, sondern unlösbar gebunden an Verantwortung. Die Grenzen setzt zum einem die Freiheit des anderen, vor allem aber das übergeordnete Gemeinwohl.



Friedrich Wilhelm I.: „Hohle der Deuffel lieber meine zeitliche Wohlfahrdt, als daß so viel Leute Bettler werden und ich reich.“ Bild: pa

Hinzu kommt, daß der Freiheitsbegriff, auf dem das Staatsverständnis Preußens basierte, von Anfang an eng gebunden war an einen klaren Rechtsrahmen. Da wurde klar beschrieben, welche Rechte und welche Pflichten der Bürger gegenüber der Obrigkeit hat – und umgekehrt. Nicht nur der Bürger hatte dem Staat, auch der Staat hatte dem Bürger zu dienen. Schon der sogenannte Soldatenkönig sah sich nicht als absolutistischer Herrscher von Gottes Gnaden, sondern als Inhaber eines von Gott gegebenen Amtes, dessen höchste Pflicht es war, seinen Untertanen ein fürsorglicher, wenn auch gelegentlich strenger Landesvater zu sein. Sein legendärer Satz „Hohle der Deuffel lieber meine zeitliche Wohlfahrdt, als daß so viel Leute Bettler werden und ich reich“ war keine populistische Floskel, wie man sie heute oft hört von Leuten, denen viel Geld angeblich „gar nichts sagt“ (Hauptsache, sie haben es). Der Preußenkönig meinte das ernst, lebte es selber vor. Er strich die Kosten des Hofes auf ein Fünftel zusammen, trennte sich von 18 der 24 Schlösser seines Vaters, bewohnte nur fünf der 700 Räume des Berliner Stadtschlosses, begnügte sich mit zwei persönlichen Pagen. Das war der absolute Gegenentwurf zum absolutistischen Prunk des französischen Sonnenkönigs und seiner Nachahmer auf europäischen Thronen.

Sich selber verlangte der König Arbeitseifer, Sparsamkeit, Pflichterfüllung und Fleiß genauso ab wie seinen Untertanen. Auch aus heutiger Sicht ganz modern, praktizierte er „Fordern und Fördern“. 1717 führte er die allgemeine Volksschulpflicht ein, investierte – drei Jahrhunderte vor PISA, massiv in Bildung. Das Ergebnis: Bei Einführung der Schulpflicht hatte Preußen 320 Volksschulen, 1740 bereits 1480!

Man findet in der Geschichte Preußens also einiges, dessen man sich zur Bewältigung der heutigen Krise durchaus erinnern sollte. Natürlich kann das Regierungskonzept des Soldatenkönigs kaum konkrete Handlungsanleitungen geben, wie wir heute verfahren – oder hätten verfahren – sollen. Ob man Opel überhaupt – und wenn ja, mit wieviel Milliarden – retten soll, wie man Sparer und Kleinanleger vor hemmungslosen Börsenspekulanten schützt, wie man den Kollaps von Staatsfinanzen und Sozialsystemen verhindert – Fragen, die wir Heutigen selber beantworten müssen.

Aber worauf stützen wir uns bei der Suche nach den richtigen Antworten? Da können wir von Preußen einiges lernen. Genauer: von der Idee Preußen. Das Markenzeichen dieser Idee ist ihre Ausgewogenheit, ihre kluge Balance von Pflichten und Rechten, von Freiheit und Verantwortung. Preußen in den guten Zeiten seiner Geschichte, das war in der Terminologie der Klassik „Athen“ und „Sparta“, in den Worten Kants der kategorische Imperativ als übergeordnetes Handlungsprinzip für den Einzelnen wie für den Staat.

Die Idee Preußen und ihre Bedeutung für uns Heutige: Dazu gehören preußische Tugenden: Ehrlichkeit, Gerechtigkeit, Treue, Bescheidenheit, Sparsamkeit. Letztere ist nicht zu verwechseln mit Geiz. Im Gegenteil, Geiz, wie er heute werbewirksam propagiert wird, ist nicht „geil“, sondern dumm. Geiz nimmt allem – den Waren, den Leistungen der Menschen und am Ende den Menschen selbst – ihren Wert. Sparsamkeit im preußischen Sinne hingegen respektiert den Wert, will sorgfältig damit umgehen, will ihn optimal zum Gemeinwohl nutzen. Der zitierte Werbeslogan jedenfalls wäre im sparsamen Preußen unvorstellbar gewesen. Heute aber lassen wir vor lauter Geiz hochwertige eigene Produkte in den Regalen liegen oder auf der Halde stehen und retten statt dessen Arbeitsplätze in Fernost.

Bescheidenheit, am Gemeinwohl orientiert – dieses Element der Idee Preußen ist im eigenen Lande weitgehend in Vergessenheit geraten. Jenseits unserer Grenzen hingegen hat es längst Anerkennung gefunden, trotz der jahrzehntelang praktizierten Diskriminierung Preußens und seiner Tugenden. In der Sprache des französischen Bildungsbürgertums steht „travailler pour le roi de Prusse“ (für den König von Preußen arbeiten) für ehrenamtliches Engagement, dafür, etwas zu tun, ohne schon vorher die Hand aufzuhalten. Und wenn ich französischen Freunden stolz die *Preußische Allgemeine Zeitung* zeige, meinen sie hintergründig „Être prusse est un honneur mais pas un plaisir“ (Preuße sein ist eine Ehre, aber kein Vergnügen). Auch dies also können wir von Preußen lernen: Weg von der egoistischen, oberflächlichen Spaßgesellschaft, zurück zur am Gemeinwohl wie am christlichen Menschenbild geprägten „Freiheit in Verantwortung“ – das ist das geistige Rüstzeug, das uns am ehesten noch einen Weg aus der Krise weist. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Dieser Text basiert auf einer Rede vor dem Autorenverband „Stimme der Mehrheit“ (siehe www.stimmedermehrheit.de).

Streiter für das Plattdeutsch

Vor 125 wurde Pastor Walter Georg Schröder geboren

In Anklam wurde Walter Georg Karl Schröder am 30. April 1884 geboren, hier ging er zur Schule, hier machte er Abitur. Es folgte ab 1903 ein Studium der Theologie und klassischen Philologie in Halle und Greifswald. Bevor er 1914 das Studium mit der ersten theologischen Prüfung abschloß, arbeitete er bereits in Neubrandenburg als Lehrer und als Redakteur für eine Tageszeitung. Das Vikariat machte er an der Lutherkirche in Stettin-Pommerensdorf. 1917 bestand er die zweite Prüfung und wurde ordiniert.

Statt Gemeindepastor wurde Schröder hauptamtlicher Geschäftsführer der Pommerschen Frauenhilfe und des Evangelisch-Kirchlichen Hilfsvereins in Stettin. Daneben betätigte er sich kommunalpolitisch und kulturell. 1925 wurde seine kirchlich-soziale Arbeit durch die theologische Fakultät der Universität in Greifswald mit der Verleihung der Licentiatenwürde geehrt.

1928 übernahm er dann doch eine Pfarrstelle, und zwar in Rheinsberg. Nebenbei studierte er Volkswirtschaftslehre in Greifswald. Neujahr 1933, also noch vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten, räumte er dann aber der sozialen vor der kirchlichen Arbeit die Priorität ein. Er übernahm nicht etwa im Auftrage der Kirche, sondern der Stadt ein Erziehungshaus in Berlin.

Neben der Kirche und der Sozialarbeit lag Schröder ein Drittes am Herzen: die plattdeutsche Sprache. Sein diesbezügliches Engagement ist vielfältig und das Wichtigste, was von ihm blieb. Als 1920 ein pommerscher Landesverband plattdeutscher Vereine gegründet wurde, übernahm er nicht nur den Vorsitz, sondern sorgte auch dafür, daß aus Anlaß dieser Gründung Ernst Müller in der dortigen Bugenhagenkirche den ersten plattdeutschen Gottesdienst in Stettin hielt. Ein Jahr später lag ein Buch mit 41 Kirchenliedern vor. 1922 wurde das Werk um vier Kirchenlieder erweitert. 1923 wurde in Stralsund die Niederdeutsche Woche durchgeführt, zu der Sonderzüge eingesetzt wurden. Als sich 1924 der Todestag Fritz Reuters zum 50. Mal jährte, leitete er den Festgottesdienst in der Eisenacher Georgenkirche. 1927 und 1928 veröffentlichte er für an plattdeutschen Gottesdiensten interessierte Gläubige Namen und Anschriften von 115 norddeutschen Pastoren, die plattdeutsch predigten. 1934 wurde Schröder Vorsitzender des Reichspommernbundes und der plattdeutschen Vereinigung für Berlin und die Mark Brandenburg.

Plattdüütsch in de Kark war sein Ziel

Nach dem Ende der NS-Herrschaft kehrte Schröder 1947 in den kirchlichen Dienst zurück. Dort arbeitete er in der Heimseelsorge. Acht Jahre nach seiner Rückkehr starb er am 5. Mai 1955 in Berlin.

Mit seinem Engagement hat Schröder wesentlich zur Wiedereinführung von Plattdeutsch in der Kirche beigetragen. In Gesangbüchern wie „Plattdüütsche Karkenleeder un Gebeden“, „Plattdüütsch Gesangbook“ und „Plattdüütsch Gesankbauk“ finden sich Liedtexte aus seiner Feder. Sein Ziel eines Zusammenschlusses in dieser Frage gleichgesinnter Gläubiger hat er nicht mehr erlebt; es wurde 1990 mit der Gründung der Gruppe „Plattdüütsch in de Kark“ Realität. Seine Forderung nach eigener plattdeutsche Liturgie ist erst in Ansätzen realisiert. *M. R.*

Namensgeber der Ludwigia

Vor 300 Jahren kam Christian Gottlieb Ludwig zur Welt

Die Heusenkräuter verdanken ihm ihren lateinischen Gattungsbegriff. Am 30. April 1709 kam Christian Gottlieb Ludwig im schlesischen Brieg zur Welt. Frühzeitig zeigte sich sein naturwissenschaftliches Interesse. Obwohl aus wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen stammend, konnte er diesem Interesse mit dem Gymnasium an einer höheren Schule nachgehen. Dem Abitur schloß sich sogar ein Studium der Naturwissenschaften und der Medizin in seiner Geburtsstadt und in Leipzig an. Dabei wandte er sich insbesondere der Botanik zu. Schließlich mußte er jedoch wegen Mittellosigkeit seine Studien abbrechen. Ein Stipendium war wider Erwarten nicht verlängert worden.

Insofern war die Freude bei ihm groß, als sich ihm die Möglichkeit bot, als Botaniker Johann Ernst Hebenstreit auf der von diesem geleiteten und vom Kurfürsten August dem Starken finanzierten Afrika-Expedition zu begleiten. Am 30. Oktober 1731 brach die sechsköpfige Gruppe in Leipzig auf. Über Genf reiste sie nach Marseille. Von dort aus segelte sie nach Algier. Dort kam sie am 12. Februar 1732 an. Kurze Zeit später erfolgte die Weiterreise nach Tunis. Hier teilte sich die Gruppe. Ludwig blieb mit einem Begleiter in Tunis, um von hier aus die Umgebung zu erkunden. Hebenstreit reiste mit dem Rest der Gruppe nach Tripolis und unternahm dort mehrere Vorstöße in die Sahara. Ende 1732 kehrte er nach Tunis zurück. Am 17. April 1733 trat die Gruppe die Rückreise an.

Mit Goethe sprach er über Botanik

Zurück in Leipzig, setzte Ludwig sein Studium der Medizin fort und beendete es 1736 ordnungsgemäß mit dem Erwerb des Magistertitels. Er hielt Vorlesungen an seiner Almer Mater, promovierte 1737 bei Christoph Friedrich Haase und Augustin Friedrich Walther zum Dr. med. und wurde 1740 zum außerordentlichen Professor der Medizin berufen. Da mit dieser Stellung jedoch kein festes Gehalt verknüpft war, war er auch nun noch auf das kleine Gnadengehalt angewiesen, das er für seine Teilnahme an der Afrika-Expedition erhielt.

Erst als ein wohlhabender Gönner, der ihn zum Haupterben eingesetzt hatte, 1736 starb, war er materieller Sorgen ledig. Im darauffolgenden Jahr wurde er zum ordentlichen Professor an der Medizinischen Fakultät ernannt, deren Dekan er dann auch zeitweise war. Hier war der Ordinarius erst für Anatomie und Chirurgie, 1755 bis 1758 für Pathologie und dann für Therapie zuständig.

In Gemeinschaft mit anderen Leipziger Gelehrten gründete er in der Leipziger Gesellschaft auch als Dichter und Redner bekannte Botaniker mit anderen Gelehrten der sächsischen Universitätsstadt die „Commentarii de rebus in scientia naturali et medicina gestis“. Dieses vielfältige Journal enthielt Artikel über die neuesten Entdeckungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und Pharmazie, Aufzählungen und Rezensionen von Neuerscheinungen sowie Lebensbeschreibungen berühmter Vertreter der Wissenschaften. Es überlebte Ludwig um 33 Jahre. Am 7. Mai 1773 starb er in Leipzig. Es war dann Carl von Linne der ihm zu Ehren der Gattung der Heusenkräuter den Namen „Ludwigia“ gab. *Manuel Ruoff*

Das ist wie Talibankämpfer auf dem Nippestisch

Betr.: Prospekt für Kampfpanzer

So sehr ich auch die *PAZ* schätze, die Reklame für Bücher mit Panzergeschichten und jetzt die Beilage, die einen Nachbau eines Kampfpanzers für das Regal anbieten, halte ich für sehr daneben.

Wir sind uns sicher einig, daß es für uns alle in Europa gut war, daß seit Ende des Zweiten Weltkrieges hier kein Waffengang mehr stattfand. Wir alle wissen, wie schlimm es „der kämpfenden Truppe“ auf beiden Seiten der Front erging. Da kann man doch nicht diese Mordinstrumente sich verherrlichend in die Wohnung stellen wie ein Andenken an eine schöne Zeit? Würde einer von uns sich einen Talibankämpfer mit Sprenggürtel auf den Nippestisch stellen?

Sie sollten Ihre Zeitung nicht für derlei Dinge hergeben. Sie geben denen Argumente in die Hand, die die Vertriebenen als „ewig Gestrige“ bezeichnen.

Karl-Heinz Claaßen, Wülfershausen

So widerwärtig kann Politik sein

Zu: „Zwei Besuche in 24 Stunden“ und „Ein netter Besuch“ (Nr. 13)

Für mich hat sich Frau Merkel erbärmlich verhalten, als sie die BdV-Vorsitzende Steinbach zwang, auf ihren vorgesehen Platz zu verzichten beziehungsweise ihn freizulassen (1. Nominierung auf die lange Bank, 2. Volle Unterstützung von Steinbach, 3. Steinbachs Verzicht). So widerwärtig kann Politik sein.

Wann je hätte Frau Merkel gegenüber Polen deutsche Interessen vertreten?

Wo bleibt eine Dokumentation über die Vertreibungsverbrechen von Polen an Deutschen? Wo bleibt die Dokumentierung des Leidensweges der Deutschen zwischen 1919 und 1939 in Polen? Wo bleibt die klare Feststellung, daß Vertreibungen Menschheitsverbrechen sind, die nichts entschuldigen?

Fehlanzeige! Auch meine Fehlanzeige zu Merkel!

Käthe Hippe, Siegen

Das 10. Gebot

Zu: „Eines Rechtsstaates unwürdig“ (Nr. 12)

Ob Herr Platzeck schon gehört hat, daß man nicht seines Nächsten Hab und Gut begehren soll? Das 10. Gebot? Ich hatte eigentlich Sympathien für Herrn Platzeck, aber das ist jetzt schlagartig vorbei. Was ich da in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* lesen mußte, spottet jeder Beschreibung.

Was ist da alles in Deutschland möglich, man kommt aus dem Staunen nicht heraus.

Nicht nur einmal wurde Vertriebenen alles weggenommen, nein, jetzt noch mal im Lande Brandenburg. Es ist unglaublich. Ich hoffe, daß sich da Betroffene irgendwann gegen wehren.

Daß sich die CDU auch daran beteiligt hat, ist beschämend. Aber bei der nächsten Wahl haben wir ja die Macht.

Wie man sich in ein paar Jahren vom Sympathieträger zum Negativmuster entwickeln kann – Eine tolle Leistung.

Christel Rau, Bosau



Bedenklicher Umgang mit den DDR-Enteignungen: Matthias Platzeck (SPD) mit Finanzminister Rainer Speer (r.) Bild: ddp

Und die Kirchen?

Zu: „Süßer Vogel Islam“ (Nr. 13)

Der süße Vogel würde schnell entfliegen, wenn seine Sympathisantinnen einmal an einer Steinigung einer Geschlechtsgenossin teilnehmen „dürften“. Aber was machen eigentlich die christlichen Kirchen? Sehen sie Däumchen drehend zu, wenn der Islam immer weiter Raum gewinnt? Hätten sie nicht die moralische Pflicht, unser Land dem Christentum zu erhalten? Was soll eine Toleranz, die in der Selbstvernichtung endet? Wir müssen dem Islam widerstehen, zeigen, welche schrecklichen Seiten dieser süße Vogel hat und aufweisen, daß unser Glaube auch echte Heimat sein kann.

Franziska Herr, Aalen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Herzog betrieb als Richter sträflicherweise Politik

Zu: „Kein Konservativer“ (Nr. 14)

Mit seinem umstrittenen Urteil zum Fortbestand der kommunistischen Bodenreform nach der Wiedervereinigung haben Roman Herzog und die deutsche Justiz die traditionelle deutsche Abhängigkeit und Verflechtung von Exekutive und Judikative bestätigt, wodurch in manchen Fällen (auch schon mal rechtsbeugend?) die verfassungsmäßige Gewaltenteilung wirkungslos wird. Die ohne genaue Klärungsversuche hinsichtlich des Wahrheitsgehaltes durch das Bundesverfassungsgericht anerkannte Interpretationsauslegung zu der falschen Behauptung Helmut Kohls, daß Gorbatschow den Bestand der Bodenreform als unabdingbar für die Wiedervereinigung gefordert haben würde, war ziemlich offensichtlich ein politischer „Taschenspielertrick“.

Die Übernahme solcher politischen Manöver in die Rechtsprechung ist nicht auszuschließen wegen des möglichen und daher oft geübten Wechsels von hohen und höchsten Repräsentanten zwischen Exekutive und Judikative. Dafür gibt der politische Lebenslauf Roman Herzogs ein gutes Beispiel. Solche Wechsel haben einerseits den Vorteil, daß die Rechtsprechung eine gewisse Lebenswirklichkeit behält und nicht im „Paragraphenstaub reiner Juristerei“ eintrocknet, andererseits aber den großen Nachteil, daß durch eine echte oder scheinbare vorauseilende Unterwerfung ganz bestimmte politische Ziele durchgesetzt werden können. Dann ist es aber um die Gewaltenteilung schlecht bestellt.

Mit dem Bodenreformurteil hat Roman Herzog als oberster deutscher Richter seinen Auftrag der Rechtswahrung seinem Wunsch als früherer Minister nach weiterer Politikgestaltung geopfert. Wenn sie solches wollen, so wurde den Richtern unlängst von einem Realpolitiker (Wolfgang Schäuble) ins Stammbuch geschrieben, sollten sie sich um einen Sitz im Parlament bemühen.

Dazu fällt mir ein, daß auch hier ein Zitat von Winston Churchill – „Wenn Wahrheit und Loyalität in Widerstreit geraten, hat die Loyalität keine Chance“ – vergleichbar gelten sollte: Wenn Wahrung des Rechts und Wunsch nach Gestaltung von Politik in Widerstreit geraten, dürfte der Wunsch keine Chance haben.

Helmut Freiherr von Binzer, Hamburg

Verjüngte Leserschaft informieren

Zu: „Kein Konservativer“ (Nr. 14)

In Ihrer Ausgabe befassen Sie sich mit Bundespräsident a.D. Roman Herzog. Dabei erwähnen Sie, daß der von ihm geführte Senat des Bundesverfassungsgerichtes die Verfassungsbeschwerde der Enteigneten der ehemaligen DDR abgelehnt hat, ohne auf die Vorgeschichte und den Hintergrund dieses „bis heute umstrittenen Urteils“ einzugehen.

Das *Ostpreußenblatt* hat am 4. November 2000 ein Interview seiner Mitarbeiter Peter Fischer und Hans B. v. Sothen mit dem Hamburger Kaufmann und ehemaligen CDU-Mitglied Heiko Peters gebracht, das unter der Überschrift „... die Öffentlichkeit empört sich nicht“ wichtige Einzelheiten benennt. Auch in der *Preußischen Allgemeinen* vom 21. Juni 2003 befaßt sich Peters mit „Kohls Betrug an den Bürgern“.

So würde es der *PAZ* im 21. Jahrhundert gut anstehen, ihre inzwischen verjüngte und damit vielleicht ahnungslose Leserschaft auf einen Wissensstand zu bringen, der den Grund für die Umstrittenheit des damaligen Urteils und die Handlungsweise der damaligen politischen Klasse darlegt.

Hans-H. Plock, Bad Krozingen

Schöne Kunst

Zu: „Cadiner Rot oder Kornblumenmuster“ (Nr. 11)

Als ich diese *PAZ* las, war ich begeistert, mal etwas über die Lasdehner Töpferei zu finden. Noch überraschter war ich, als ich hier meinen Namen entdeckte.

Es freut mich, daß es doch auch andere Wirkstätten gibt, die diese Tradition fortsetzen, und ich danke Ihnen, daß Sie mit Ihrem Beitrag das Interesse an dieser schönen Kunst wachhalten.

Sigrid Petersen, Brande-Hörnerkirchen

Gegen alle Feinde

Zu: „Der Randale überdrüssig“ (Nr. 13)

Das vermag ich nicht so recht zu glauben. Der aufmerksame Zeitungsleser kann nur den Eindruck gewinnen, daß der wahre Feind rechts steht. Was gibt es da alles für Organisationen, die sich den Kampf gegen Rechts auf ihre Fahnen geschrieben haben und selbst tiefrot und demokratiefeindlich eingestellt sind, aber vom Staat und den Ländern finanziert werden. Ich möchte erkennen können, daß alle Organisationen bekämpft werden, die unserer Demokratie feindlich gegenüberstehen und Gewalt gegen Mitbürger ausüben.

Ferdinand Altrichter, Berlin

Beide Weltkriege bewußt miterlebt

Betr.: Prospekt für Kampfpanzer

Ich bin Jahrgang 1910, lebte bis 1953 in der DDR/Ost-Zone. Dort hörten wir nichts von Verwandten und Heimat. Meine Kinder hatten keine Ahnung von Ostpreußen, bis sie schon erwachsen dort Urlaub machen konnten, was sie nun am liebsten jedes Jahr täten. Ich selbst war noch nicht wieder dort. Unser schönes Dorf (Groß Engelau) ist – bis auf den Kirchturm – nach Kriegsende zum Truppenübungsplatz geworden. Ich könnte vom Kirchturm die Schritte zu unserem Garten abzählen. Das Heimweh wuchs, aber meine Kräfte sind geschwunden.

Nach vielen Jahren bei der Tochter in Übersee tauchte nach meiner Rückkehr nach Deutschland auch für mich die Landsmannschaft wieder auf, und zwar über die *Preußische Allgemeine Zeitung*. Ich abonnierte sie und lese sie so oft ich kann. Habe dadurch Verbindung mit Verwandten und Bekannten gefunden, auch über Erfahrungen veränderter Lebensweisen hier und in der ganzen Welt gelesen.

Ich habe Ablauf und Ende beider Weltkriege bewußt erlebt und mir entschlüpft manche Kritik. Gelegentlich vermisse ich selbst bei Ihnen, der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, die Beziehung zu preußischen Tugenden. Wir, unsere Kinder und auch unsere Enkelkinder hatten und haben es schwer, unser / ihr Leben aufzubauen, aber es wird nur darüber gestritten. Wir sind doch alle mal jung gewesen und konnten sagen „was kostet die Welt, ich will sie kaufen?“ Wir standen aber auch ab jungen Jahren im festen Arbeitsprozeß, der weder unserer Gesundheit noch unserem Charakter geschadet hat. Heute möchte jeder Chef sein, hat aber keine Ahnung, was das bedeutet. Sind diese Gespräche im Fernsehen nicht unendlich schlafraubend und traurig?

Warum brauchen wir in diesem globalen Zusammenhang – in einer überspannten konfliktgeladenen Atmosphäre – Panzer? Gleich ob Wehrmachtspanzer oder T 34, gefechtsbereite Panzer oder Plastikmodelle, wozu?

Elisabeth Schemmerling, Welz

Mehr Klarheit von den Kanzeln

Zu: „Es gibt keine Auferstehung von den Toten?“ (Nr. 15)

Danke, liebe *PAZ*, für die wunderbare Osterandacht von Martin Schenk – solche Klarheit wünschte man sich von allen Kanzeln.

Danke auch für den Artikel „Sie wurden Waffenbrüder ihrer Vertreiber“ von Hans Dzieran. Man muß leider feststellen, daß auch manche Ostpreußen in der DDR sich nicht nur vom politischen System benutzen ließen, sondern aktiv mitgemacht haben. Sicher sind viele solcher Karrieren aus der bitteren Kriegs- und Nachkriegserfahrung zu erklären, aber nicht zu rechtfertigen. Wenn sich die Betroffenen nach dem Zusammenbruch der DDR zurückhalten, so mag dies noch angehen. Durch den im Einigungsvertrag festgeschriebenen Rentenproporz erhalten sie jedoch Ruhestandsbezüge, als ob sie im Westen „gearbeitet“ hätten, während dieses Rentenrecht für die SED-Opfer wie ein Strafrecht ist: Es sanktioniert die niedrigen Einkommensverhältnisse infolge des Widerstandes in der DDR. Die Krönung der Prinzipienlosigkeit ist, wenn sich ehemalige DDR-Systemträger sogar in den Vorständen von BdV und Landsmannschaften der mitteldeutschen Länder breitmachen, weil sie nach der Wende plötzlich ihre ostdeutsche Herkunft wiederentdeckten.

Friedhelm Schülke, Anklam

Beleidigendes Mißtrauen gegenüber den Schlesiern

Zu: „Schlesien – Heimat und Zukunft“ (Nr. 11)

Ein Aufruf zum Deutschlandtreffen der Schlesier 2009 ähnlich dem in der *Preußischen Allgemeinen* fand sich auch in den „Schlesischen Nachrichten“. Dort stieß ich auf folgende Warnung: „Besonderer Hinweis: Das nicht durch die Organisationsleitung autorisierte Auslegen, Verteilen oder das Sichtbarmachen von Druckerzeugnissen oder Film- und Tonträgern aller Art ist verboten. Bei Zuwiderhandlungen wird Hausverbot erteilt.“

Dieser fettgedruckte Passus am Schluß des Programms des Deutschlandtreffens richtet sich an alle Verlage und Institutionen, die möglicherweise vorhaben, auf einem Stand in Hannover vertreten zu sein.

Der Anlaß: Beim Treffen 2007 hat der niedersächsische Verfassungsschutz die Bücherstände kontrolliert und veranlaßt, daß einige ausgelegte Bücher unter dem Tisch verschwinden mußten. Weiterhin durfte der vorgesehene Sprecher der Schlesischen Jugend nicht auftreten, und Ministerpräsident Christian Wulff befand es für nötig, die Schlesier vor „rechtsextremen“ Strömungen zu warnen, anstatt sich für die üblen Vorkommnisse an der Marktkirche zu entschuldigen.

Diese unwürdigen Dinge haben mich veranlaßt, zweimal bei dem Herrn Ministerpräsidenten zu protestieren. Ich wies dabei auf den Eid hin, den ich als Offizier der Bundeswehr einmal geleistet habe, „das Recht und die Freiheit des Deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“, und daß ich diese „Freiheit“, hier die grundsätzlich garantierte Presse- und Informationsfreiheit, in Hannover erheblich eingeschränkt gesehen hätte. Auch empfände ich seine Warnungen uns heimatvertriebenen Staatsbürgern gegenüber als völlig unberechtigtes, ja beleidigendes Mißtrauen. Leider erhielt ich nur ausweichende Antworten. Da diese Vorkommnisse heutzutage keine Einzelfälle sind, bitte ich Sie, bei den auch in diesem Jahr wieder zu befürchtenden Schnüffeleien energisch zu protestieren, und gegebenenfalls bei der Landsmannschaft Schlesien dafür einzutreten, daß das Treffen 2011 wieder in Nürnberg stattfindet, wo derartiges meines Wissens nicht vorkam.

Sigismund Freiherr v. Zedlitz, Berlin

Das Ostpreußenblatt

Nr. 17 – 25. April 2009

MELDUNGEN

Gedenkkonzert im Dom

Königsberg – In der Nacht vom 29. auf den 30. August 1944 haben 600 britische Bomber die Königsberger Innenstadt weitgehend vernichtet. Fast alle kulturell wertvollen Gebäude, der Dom, die Schloßkirche, die Universität und das alte Speicherviertel wurden ein Raub der Flammen. Tausende von Menschen kamen ums Leben, über 150000 wurden obdachlos. Seit acht Jahren schon läßt der russische Dombaumeister Igor Odinzow jedes Jahr in der Nacht vom 29. auf den 30. August zum Gedenken an diese Schreckensnacht die Glocken des Königsberger Doms läuten. Am Sonnabend, dem 29. August 2009, dem 65. Jahrestag der Zerstörung Königsbergs, wird nun zum ersten Mal ein Gedenkkonzert im Dom stattfinden. Ein Organist aus England, der russische Domorganist Artjom Chatschaturow und ein deutscher Organist werden daran mitwirken. Der ehrenamtliche Organisator Gerfried Horst würde sich freuen, wenn möglichst viele Königsbergerinnen und Königsberger, die diesen furchtbaren Angriff miterlebt haben, zu dem Gedenkkonzert am 29. August 2009 in den Dom kämen. Auch andere Ostpreußen sind herzlich dazu eingeladen. In der Bundesrepublik Deutschland weiß kaum jemand, daß Königsberg schon ein halbes Jahr vor der Vernichtung Dresdens ein kaum weniger schreckliches Schicksal erlitten hat. Das Gedenkkonzert am 29. August 2009 im Königsberger Dom soll diese Tatsache wieder in das allgemeine Bewußtsein bringen. Die Königsberger, die englischen Teilnehmer und die heutigen russischen Einwohner der Stadt werden gemeinsam die Toten ehren und einander die Hand zur Versöhnung reichen. Wer an diesem Gedenkkonzert teilnehmen will, müßte die Fahrt nach Königsberg und den Aufenthalt dort selbst buchen. Eine Gruppenreise ist (bisher) nicht geplant. Ansprechpartnerin für Anmeldungen sowie Auskünfte über Reisemöglichkeiten und Unterkunft ist Natalia Romanova, Mühlendamm 84 a, 22087 Hamburg, Telefon (040) 22 69 70 74, Fax (040) 22 69 70 95, E-Mail: info@romanova-reisen.de, Webseite: www.romanova-reisen.de. *G.H.*

Mit Papendick in die Heimat

Königsberg – Seine nächste Ostpreußenreise führt Christian Papendick vom 24. Mai bis 5. Juni in deren Norden. Nach einer Fahrt nach Estland mit Besuch Tallins vom 26. Juni bis 4. Juli zieht es den in Königsberg geborenen Architekten und Fotografen erneut nach Ostpreußen. Vom 25. Juli bis 1. August bietet er eine Fahrt auf die Kurische Nehrung mit einem Abstecher nach Königsberg an und vom 20. bis zum 28. August eine Reise durch Westpreußen, Masuren und das Ermland. Nähere Information erteilt Christian Papendick, Nibelungenweg 1 A, 22559 Hamburg, Telefon (040) 803132.

KD-Avia-Maschinen blieben am Boden

Fluggäste mußten unter den Schulden der Airline bei ihrer Leasingfirma leiden

Die angeschlagene Königsberger Fluggesellschaft „KD Avia“, die aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten vor dem Aus stand, ist vorerst gerettet. Die Russische Regierung hat eine weitere Finanzspritze in Höhe von vier Milliarden Rubel (90,28 Millionen Euro) zugesagt.



Eine der geleasten Boeings der KD Avia: Unter Leitung des russischen Vize-Premiers kam es schließlich zu einer Einigung zwischen Flug- und Leasinggesellschaft. Bild: www.airlines.de

Seit der zweiten Jahreshälfte 2008 steckt „KD Avia“, die größte Fluggesellschaft des Königsberger Gebiets, in finanziellen Schwierigkeiten. Die Bank „Sankt Petersburg“ hatte die Gesellschaft damals vor dem Bankrott gerettet und dabei unter ihre Kontrolle gebracht. Neuer Generaldirektor wurde Gennadij Boldyrew, ein Vertreter der Bank. Heute zählen die Schulden der Fluggesellschaft zu den höchsten in der Branche.

Obwohl KD Avia nicht die einzige Gesellschaft ist, deren Maschinen Königsberg mit Rußland verbinden, stellt sie die meisten Flüge in russische Städte und ins Ausland. Von den Schwierigkeiten des Unternehmens sind sowohl das Personal als auch die Kunden betroffen. Viele Mitarbeiter haben in diesem Jahr noch kein Gehalt erhalten.

Anfang März wandte sich die Leitung von KD Avia an die russische Luftfahrtbehörde mit der Bitte um Finanzhilfe. Ohne sie müsse die Gesellschaft zum 11. März die Zahl der Flüge kürzen.

Anfang April erklärte die Russische Regierung, die Zahlung der Kredite zu übernehmen, falls das Unternehmen in zwei Teile aufgeteilt werde: in einen Flughafenbetreiber und eine Fluglinie.

Zur Zeit erhält „KD Avia“ staatliche Garantien in Höhe von 1,5 Milliarden Rubel (33,8 Millionen Euro) für eine Frist von höchstens fünf Jahren für die Begleichung ihrer Verpflichtungen gegenüber der Bank „Sankt Petersburg“. Mit der Entscheidung der Regierungskommission für die Stabilisierung der russischen Wirtschaft wurde der „Internationale Flughafen Königsberg“ zum strategisch wichtigen Unternehmen erklärt.

Dennoch kam am 7. April der Flugverkehr der KD Avia zum Erliegen. Flüge nach Düsseldorf, München, Paris, Tel Aviv, Barcelona und Mailand wurden gestrichen. Die Passagiere mußten ohne eine Erklärung lange warten, weil die Abflugzeiten stündlich verschoben wurden. Erst auf Drängen teilten Mitarbeiter der Fluggesellschaft mit, die Flugzeuge würden „technischen Überprüfungen“ unterzogen. Inzwischen waren die Wartesäle völlig überfüllt. Auch die Räume für Mütter mit Kindern waren überfüllt. Schlimmer kam es für diejenigen, die bereits die Zollkontrolle passiert hatten. Da ihre Pässe schon abgestempelt waren, konnten sie nicht zurück in den Warteraum.

Am Abend wurde bekannt, daß die Fluggesellschaft Schulden bei ihrer Leasingfirma für die genutzten Boeings hat. Nun wurden die Passagiere auf Hotels in Königsberg und Umgebung verteilt. Einige zogen es jedoch vor, Tickets anderer Fluglinien zu kaufen, als noch mehr Zeit zu verlieren.

Vertreter der Fluggesellschaft gaben bekannt, daß die Russische Regierung informiert sei und auf höchster Ebene über finanzielle Hilfe entschieden werde. Eine Konferenz unter Teilnahme von Vize-Premier Sergej Iwanow sei bereits einberufen worden.

Am zweiten Tag, dem 8. April, kam es zu einer Einigung mit der Leasinggesellschaft, so daß die Schalter wieder öffneten. Ein Teil der Schulden in Höhe von 500 Millionen Rubel (elf Millionen Euro) wurde gestundet. Die Schulden gegenüber Lieferanten und Kreditgebern betragen insgesamt über zehn Milliarden Rubel (226 Millionen Euro).

Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft, ob die Streichung der Flüge rechtmäßig war. Die Russische Flugbehörde erklärte, KD Avia die Lizenz zu entziehen, wenn es zu weiteren Verspätungen oder Streichungen kommen sollte. Die Zukunft der noch jungen Fluggesellschaft steht derzeit unter einem großen Fragezeichen. *Jurij Tschernyschew*

Spendenaufruf der Bruderhilfe Ostpreußen für die Landsleute in der Heimat

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt*,

auch in diesem Jahr wende ich mich wieder mit einem hoffnungsvollen Aufruf an Sie. Nach wie vor brauchen wir Ihre Unterstützung für unsere hilfsbedürftigen deutschen Landsleute, die in der dreigeteilten Heimat Ostpreußen leben.

Das Memelland und das südliche Ostpreußen gehören seit einigen Jahren der Europäischen Union an. Trotzdem ist die Not noch immer sehr groß: Hohe Arbeitslosigkeit, mangelhafte medizinische Versorgung und Altersarmut sind dabei nur einige Aspekte. Die Renten bewegen sich auch in Zeiten steigender Preise nahezu unverändert auf niedrigem Niveau, oftmals unterhalb des Existenzminimums. Die aktuelle Wirtschaftskrise hat die Situation der Landsleute weiter verschärft. Noch dramatischer ist die Lage im Königsberger Gebiet. Die eingewanderten Rußlanddeutschen sehen sich hier täglich vor neue Herausforderungen gestellt. Es fehlt oftmals an den einfachsten Dingen, die für uns selbstverständlich sind. Medikamente sind vielfach unerschwinglich teuer; medizinische Hilfsmittel kaum zu bekommen, der Weg zum nächsten Arzt ist oftmals nur sehr schwer zu überbrücken. Die schlechten Zukunftsaussichten haben viele Familien in den letzten beiden Jahrzehnten bewogen, in die Bundesrepublik Deutschland auszuwandern. Unter besonderer Obhut der Landsmannschaft Ostpreußen stehen die Wolfskinder, die nach dem Krieg vielfach nur ihr nacktes Leben retten konnten. Ihrer deutschen Identität beraubt, konnten sie sich erst in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in einem Verein zusammenfinden und ihre Interessen nach außen vertreten. Materielle Hilfe und ideeller Beistand haben hier einen ganz besonderen Stellenwert. Die Bruderhilfe Ostpreußen unterstützt auch diese Landsleute, solange es notwendig ist.

Die Lage der Deutschen in Ostpreußen wird von unseren Medien kaum wahrgenommen. Umso wichtiger ist der Einsatz der großen weltweiten Ostpreußenfamilie. Mit Ihrer Hilfe hoffen wir, unsere humanitäre Arbeit fortsetzen zu können. Unser Ziel ist es, den in der Heimat verbliebenen Ostpreußen und ihren Nachkommen auch sechseinhalb Jahrzehnte nach Flucht und Vertreibung zu vermitteln, daß sie nicht vergessen sind.

Deshalb bitten wir Sie auch 2009 um Spenden für die Bruderhilfe Ostpreußen, damit weiterhin unseren Landsleuten durch Ihre Mitmenschlichkeit geholfen werden kann. Jede noch so kleine Spende hilft. Jedes Vermächtnis liefert einen wichtigen Beitrag, ist eine Brücke in die ostpreußische Heimat. Die Kreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen stehen dafür ein, daß die Spendengelder bei den Bedürftigen ankommen. Unbürokratisch und auf direktem Wege überprüfen sie den Bedarf und überbringen die Zuwendungen. Eine wichtige Hilfe für die heimatverbliebenen Landsleute sind die zahlreichen Sachspenden, die viele Menschen aus Deutschland bei ihren Reisen nach Ostpreußen mitnehmen und dort verteilen.

Ihre Spende hilft uns, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um auch weiterhin einen Beitrag dafür zu leisten, daß unsere deutschen Landsleute in Würde leben können.

Im Namen des Bundesvorstandes und im Namen unserer heimatverbliebenen Landsleute bedanke ich mich schon jetzt sehr herzlich für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung.

Wilhelm v. Gottberg

Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen
Vorsitzender des Vereins Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e. V.

Wenn Sie spenden möchten, bedienen Sie sich bitte des beiliegenden Überweisungsträgers, der auch als Vorlage bei Ihrem Finanzamt gelten kann, oder überweisen Sie Ihre Zuwendung auf das Konto der *Landsmannschaft Ostpreußen – Bruderhilfe e. V. bei der HSH Nordbank, Konto-Nr. 600 502 000, BLZ 210 500 00.*

Gegen nationalistische Mythen

Das Internetportal »Naš Smer« mischt die tschechische Geschichtsschreibung auf – Kritisch und selbstkritisch

Wenn Tschechen sich mit ihrer neueren Nationalgeschichte befassen, dann schwanken sie meist zwischen Selbstmitleid („unsere Opfer") und Selbstüberschätzung („unser Widerstand"). Zudem mehren sich Publikationen in gewissem Selbsthaß, etwa im Jahr 2000 das Buch „Mnichovský komplex" (Der München-Komplex) von Jan Tesar. Ursprünglich war es nicht zur Veröffentlichung bestimmt – nun steht vor aller Augen, daß Tesar die tschechoslowakische Verteidigungspolitik nach 1930 als „katastrophale Idiotie" empfindet und der gegenwärtigen tschechischen Historiographie „totale Inkompetenz" bescheinigt.

Seit November 2008 besteht das Internet-Portal „Naš smer" („Unsere Richtung"), dessen Geschichtsbeiträge durch stilistische Selbstironie und inhaltliche Selbstkritik angenehm auffallen. Alleiniger „Macher", also neutschechisch für Organisator oder Manager, ist Lukas Beer, 1972 in Tschechien geboren, später im deutschsprachigen Raum heimisch gewesen. Die partiell aggressive Sprache seines Portals erklärt er als bewußt „provozierend für die auf Vaterlandsgefühle getrimmten tschechischen Ohren", die inhaltliche Ausrichtung als Attacke gegen den „herrschenden und untragbaren Zustand in der tschechischen Meinungsbildung", was das Verhältnis zu Deutschen und speziell Sudetendeutschen betrifft. Daß die meisten Beiträge nicht namentlich gezeichnet sind, rühre „von der Verletzlichkeit der guten Sache" her. Tatsächlich ist es riskant, in Tschechien gewisse Dinge anzusprechen.

Beer kooperiert mit prominenten Historikern wie Franz Chocholaty-Gröger und Tomás Krystlik, und er hat sein Portal mit anderen Angeboten im Internet verknüpft, deren Inhalte ebenfalls jenseits der in der Tschechischen Republik herrschenden Meinungen sind, wie bruntal.net und cs-magazin. Hier bildet sich ein „Fundus" an neuartiger Geschichtsforschung, der gerade im Frühjahr 2009, als die Tschechen des ihnen vor 70 Jahren aufgezwungenen „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren" gedachten, bereits erstaunliche Auswirkungen auf Kongresse und Ausstellungen zeigte.

> Hier entsteht ein Fundus einer neuen Historiographie

Was „Naš smer" veröffentlicht, muß und will Tschechen „wehtun". Beispielsweise bringt es ständig tschechische Originaltexte aus Presse und Publizistik des Protektorats, die alle in dem Tenor gehalten sind, daß es „uns relativ gut geht", im Vergleich mit anderen ringsum. Da wird der tschechische Mythos von den Leiden der „Zwangsarbeit" im Reich erledigt: Die Tschechen galten als „Reichsbürger" und wurden deswegen weitaus besser als Russen, Polen, Ukrainer behandelt. Da wird in boshafter Detailliertheit die alltägliche „Normalität" des Protektorats bis zum Schluß dokumentiert – genau wie tschechischer Eifer bei deutschen Sammlungen für das Winterhilfswerk oder Totengedenkfeiern. Welche Tschechen wollen so etwas schon gern hören?

„Naš smer" hat ein Lieblingsfeindbild, Präsident Edvard Benesch (den es gnadenlos als Marionette Stalins vorführt), und ein Lieblingsthema, die verheerenden Folgen der Vertreibung der Deutschen. Die Vertreibungen selber hat uns Tomás Stanek schon in den neunziger Jahren in akribischer Fülle geschildert, aber die Schlußfolgerungen von „Naš smer" sind beherzigenswert neu: Über drei Millionen Deutsche zu vertreiben, das habe den „kompletten ökonomischen und kulturellen Verfall der Nachkriegs-Tschechoslowakei" nach sich gezogen. Die ČSR hätte das „Boomland" Europas werden können, aber eine katastrophal verfehlte Neubesiedlung des Sudetenlands hätte sie arm und „östlicher" gemacht. Umgekehrt hätten die Vertriebenen West-Deutschland und speziell Bayern zu nachhaltigem Fortschritt verholfen. Hier blitzt wieder die Freude an der Polemik der Autoren auf. Im April 2004 hat das tschechische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das nur aus dem einen Satz besteht: „Edvard Benesch hat sich um den Staat verdient gemacht." „Naš smer" schließt messerscharf: „Um den Freistaat Bayern."

Wolf Oschlies

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Foto: Pawlik

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es gibt wieder Erfreuliches zu berichten, und wenn es auch nur kleine Erfolge sind, so bedeuten sie für die Betreffenden, die sie uns mitteilen, auch weitaus mehr. Frau **Herta Rudau** aus Bad Berka spricht sogar von einem „Osterwunder" – so mag sie es empfinden, denn sie hat endlich einige Hinweise auf das Schicksal ihres Vaters erhalten, nach dem wir in Folge 13 fragten. **Fritz** Rudau sollte, wie seine letzte Mitteilung an die in Königsberg ausgebombte Familie lautete, im Herbst 1944 zur Partisanenbekämpfung in Griechenland eingesetzt werden. Von da an gab es kein Lebenszeichen mehr von Herta Rudaus Vater, alle Nachforschungen verliefen ins Leere – bis jetzt. Aber nun zeichnen sich doch neue Möglichkeiten ab, über die Frau Rudau uns sofort berichtet hat. Sie schreibt: „Mit großer Freude habe ich das Foto und den Bericht im *Ostpreußenblatt* gesehen, und bedanke mich sehr herzlich dafür. Ich hatte die Zeitung gerade erhalten und war beim Lesen, da bekam ich schon einen wichtigen Anruf von einem Herrn aus München. Er erklärte mir, daß die angegebene Feldpostnummer falsch sei. Ich habe tatsächlich einen Buchstaben als Zahl gelesen. Sofort habe ich ihm eine Ablichtung der Postkarte meines Vaters übersandt. Herr M. sagte mir, daß er sich zur Zeit ein Buch mit Feldpostnummern ausgeliehen habe, da er auch jemanden suche. Wir haben nun schon ein paar Mal telefoniert, da er noch einiges wissen wollte. Herr M. will nun weiter recherchieren, da auch einige Daten nicht ganz stimmen. Es könnte sein, daß mein Vater in einem Lazarett in Athen verstorben ist."

Na, das ist doch schon mehr als ein Hoffnungsstrahl. Vor allem weiß nun Frau Rudau, daß nach Richtigstellung einiger fehlerhafter Angaben eine erneute Suche Erfolg haben könnte, zumal ihr mit Herrn M. aus München ein guter Helfer zur Seite steht. Auch mit den von ihr gemachten Angaben zur Familie **Mrosek**, die Anfang September 1944 die ausgebombte Familie Rudau – Mutter **Engelberta** und vier Kinder – aufnahm, stimmt etwas nicht. In der Einwohnerliste von Drugehnen ist sie nicht zu finden. Auf der letzten Postkarte des Vaters, die eintraf, als Frau Rudau mit ihren Kindern den Evakuierungsort verlassen hatte, und ihr deshalb nachgesandt wurde, steht als Wohnort der Familie Mrosek „Wicken, Post Drugehnen" – ein Ort dieses Namens ist aber im Samland nicht verzeichnet: Kann es sich um Willkau handeln? Wie auch immer – wir werden mit Sicherheit noch mehr hören.

Auch Frau **Ilse Meier** aus Bad Salzuflen kann – wieder – einen Erfolg melden. Ihre russische Freundin **Olga Popova** wohnt mit ihren Großeltern in einer alten deutschen Villa in Königsberg-Maraunenhof. Es ist das Eckhaus Ernst-Wichert-Straße 1/2, jetzt Gogolja-Straße. Die heutigen Bewohner wissen das schöne Haus zu schätzen, besonders haben es ihnen die Fresken im Flur angetan. Frau Meiers Freundin hat schon seit langem versucht, etwas über die deutschen Besitzer des Hauses zu erfahren, leider vergeblich – bis wir in Folge 3 die von Frau Meier übermittelte Frage veröffentlichten. Sie erhielt eine Zuschrift von einem ehemaligen Königsberger aus Schwarmstadt, der zwar keine direkte Verbindung zu den gesuchten Besitzern hat, aber genaue Angaben machen kann. Die Villa gehörte der Steinmetzwitwe **Anna Kliesch**, als Verwalter zeichnete der Baumeister **Emil Kliesch**, vermutlich ihr Sohn. Er wohnte mit seiner Mutter zusammen in der Hoverbeckstraße 29. Dieses Haus besaß Anna Kliesch ebenfalls wie auch die in dieser Straße gelegene Gärtnerei und Baumschule. In der Villa in Maraunenhof wohnten mehrere Personen, es befand sich dort auch der Steinmetzbetrieb K. Kliesch, der wohl ihrem verstorbenen Mann gehört hatte. Es ist anzunehmen, daß die künstlerischen Arbeiten in der Villa von Angehörigen der Familie ausgeführt wurden. Das sind doch sehr konkrete Angaben, und Frau Meier ist ebenso froh und dankbar wie ihre russische Freundin über diese präzise Auskunft. Ihnen, lieber Königsberger Landsmann, sage ich ebenfalls herzlichen Dank. Es kamen übrigens keine weiteren Zuschriften, wie Sie vermutet hatten, und es war gut, daß Sie Frau Meier diese Informationen „zur Sicherheit" mitteilten. Da ich annehme, daß sich jetzt aufgrund der genannten Namen doch noch Leserinnen und Leser melden, hier noch einmal die Anschrift von Frau Ilse Meier: Bergstraße 62 in 32108 Bad Salzuflen, Telefon (05222) 82921.

Schon einmal haben wir nach Angehörigen oder Bekannten der Familie Abrodat aus Adamsheide gefragt, jetzt wendet sich der Suchende **Frank Abrodat** aus Berlin noch einmal an uns. Erfreulich ist, daß es damals vor vier Jahren einen Erfolg gegeben hat, und so hofft er auf einen weiteren anhand des nun zur Verfügung stehenden Fotos seines Großvaters **Otto** Abrodat, der seit April 1944 auf der Krim vermißt wird. Natürlich wird der Kreis ehemaliger Kameraden und Landsleute, die sich an den Abgebildeten erinnern könnten, immer kleiner, aber jede neue Information kann weiterhelfen. In diesem Fall ist es das aufgefundene Bild, das den Großvater in Uniform zeigt, es ist sein letztes Foto. „Wer kann sich an Otto Abrodat erinnern, wer war mit ihm eventuell auf der Krim zusammen und weiß etwas über sein Schicksal?" fragt der Enkel, der sich sehr um die Familiengeschichte bemüht. Die geht zurück bis auf seinen Urgroßvater, den Kämmerer **Friedrich** Abrodat und dessen Ehefrau **Fritze Wilhelmine** geborene **Basenau**, die in dem Ortsteil Sonnenberg der Gemeinde Adamsheide wohnten. Zu dieser im Kirchspiel Karpauen/früher Karpowen im Kreis Angerapp (Darkehmen) gelegenen Gemeinde gehörten auch die Güter Luisenpark und Friedrichsfelde. Auch sein Sohn Otto und dessen Ehefrau **Johanna Karolina** geborene **Köhli** lebten dort mit ihren Kindern **Horst**, **Gerhard**, **Elfriede**, **Gerda** und **Marga**. Horst Abrodat, Vater von Frank, ist leider schon verstorben. In Erinnerung geblieben sind für den Sohn die Erzählungen seines Vaters, aus denen zu entnehmen war, daß er sich mit seinem Bruder Gerhard zerstritten hatte. Dieser etwa 1906 ausgetragene Zwist hatte zur Folge, daß eine Namensteilung in Abrodat/Abrutat erfolgte. Wenn also nach eventuellen Verwandten gesucht wird, muß man beide Namensformen berücksichtigen. Unsere Veröffentlichung im Jahre 2005 erbrachte zwar keine die Familienchronik betreffenden Erfolge, aber für die Geschichte des Heimatortes war sie wichtig. Frank Abrodat bekam Kontakt zu Herrn **Manfred Allies**, und gemeinsam konnten sie die Einwohnerliste vom Gut Sonnenberg ergänzen. Sie ist heute auf der Internetseite vom Kirchspiel Karpauen einzusehen. Ohne Echo blieb jede Suche nach Großvater Otto Abrodat, nicht nur durch uns, auch beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) oder beim Suchreferat in Moskau ergaben sich keine Hinweise auf Schicksal oder Tod des Vermißten. Über jeden Hinweis, jede Zuschrift würde sich der Nachkomme dieser alten ostpreußischen Familie sehr freuen. (Frank Abrodat, Niemegker Straße 3 in 12689 Berlin, Telefon 030/9326665, Fax 030/93493664, E-Mail: FAbrodat@t-online.de)

Otto Abrodat: Seit April 1944 auf der Krim vermißt

Bild: privat

Eine aktuelle Mitteilung, die vor allem unsere katholische Leserschaft betrifft! Schon einmal konnte sich Herr **Anton Olbrich** aus Netphen für die erfreulich rege Unterstützung unserer Ostpreußischen Familie beim Aufbau einer „Heimat-Lese-Begegnungsstube" in Siegen bedanken, nun möchte der Erste Vorsitzende der LS Gruppe West-Ostpreußen in Siegen diesen erneut aussprechen, denn der Erfolg geht weiter. Schwierigkeiten macht aber mitunter der Transport von mehreren Büchern und Heimatbriefen, vor allem, wenn es sich um ältere Spender handelt. Nun bietet sich eine günstige Gelegenheit für diejenigen, die am 3. Mai an der Ermländer-Wallfahrt in Werl/Westfalen teilnehmen, und das werden Tausende aus dem ganzen Bundesgebiet sein. Die Anreise erfolgt in Privatwagen oder Sonderbussen, so daß in diesen Bücherspenden mitgenommen werden können, zumal für Busreisende eine direkte Verkehrsanbindung von den in Werl vorgesehenen Parkplätzen zur Basilika bestehen wird. In der Basilika selbst werden Herr Olbrich und der Kulturwart der Gruppe, Herr **Frank Schneidewind**, anwesend sein. Bücher, ältere Heimatbriefe und heimatliche Andenken für die Heimatstube können am Bücher-/Infostand der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land auf dem Vorplatz der Basilika abgegeben werden.

Und es „pergelt" immer noch weiter. Aus der Schweiz kam jetzt eine E-Mail, die unsere bisherigen Auswertungen dieses Wortes bestätigt und ergänzt. Herr **David Moore** aus Cressier fand in einem Buch über die deutsche Sprache in Estland von Erich Kobolt das Wort „Pergel" aufgezeichnet. Das bedeutet zum Beispiel in der Stadt Pernau Lichtspan oder Kienspan. Zum Vergleich gibt das Buch auch folgendes an: Peerg/Pirg: Estnisch für Span, Kienspan/Perge: Schweiz, für Kienbaum/Pergel: Preußisch, bedeutet Kienspan. Da hat eine solch kleine Frage in der Ostpreußischen Familie aber gezündet! Und der Funke scheint noch nicht erloschen ...

Ach ja, einen ganz herzlichen Dank muß ich noch nach Augsburg senden. Mein Königsberger Landsmann und treuer Familienfreund **Burkhard Lubbe** sandte mir ein selbstverfaßtes Oster-Poem, einfach herrlich! In ihm kommt alles vor, was unser heimatliches Osterfest so unverwechselbar machte: vom Osterwasserholen bis zum Osterpietschen – und es endete mit einem Schmackostern aus der Ferne! Das Schlagen mit Birkenruten soll ja Glück und Gesundheit bringen – ich hoffe, das tut es auch symbolisch.

Die nächste Frage ist ein Leichtgewicht, und ich glaube sicher, daß wir Erfolg haben werden. Die Mittelschule Verden/Aller feiert ihr 150jähriges Bestehen. Zu diesem Anlaß planen die Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 1940 bis 1947 erstmalig in der Schulgeschichte nach 70 Jahren ein Klassentreffen. Da zu diesen Jahrgängen auch Flüchtlingskinder gehören, die nach Flucht und Kriegsende dort wieder eine Schule besuchen konnten, wenden sich die Planer des Klassentreffens an uns. Es handelt sich bei den ehemaligen Mitschülern um die Geschwister **Inge Vorrath** * 12. Oktober 1929, **Liselotte** Vorrath, * 25. Oktober 1930 und **Harry** Vorrath. Ihr Vater war der Büroangestellte **Gotthard** Vorrath aus Königsberg. Die Familie wohnte nach der Vertreibung bis etwa 1963 in Langwedel 34, Kreis Verden. Wer weiß, wo die Genannten heute leben? Die Mädchen könnten durch Heirat einen anderen Namen tragen. Die ehemaligen Mitschülerinnen und Mitschüler würden sich freuen, wenn die Suche Erfolg hätte und die Genannten sich melden würden bei **Hans Bremer**, Kolberger Straße 41 in 28201 Bremen, Telefon/Fax (0421) 551318, E-Mail: hfbremer@web.de

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie" auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 99. GEBURTSTAG

Mischke, Elisabeth, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, jetzt Aufm Winkel 9, 42477 Radevormwald, am 28. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Müller, Hedwig, geb. **Rudnick**, aus Lyck, v. Ludendorff-Straße 5, jetzt Passauer Straße 16, 55246 Mainz-Kostheim, am 27. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Jeroschewski, Ida, geb. **Zacharias**, aus Lyck, v.-Ludendorff-Straße 2, jetzt Wiener Straße 65, 42657 Solingen, am 3. Mai

Radtke, Erna, geb. **Korsch**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Friesoyther Straße 7, 49661 Cloppenburg, am 1. Mai

Schulz-Sander, Hildegard, geb. **Gerlach**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Klosterkirchhof 11, 24103 Kiel, am 3. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Seel, Hans-Joachim, aus Lötzen, jetzt Weißdornweg 64, 53177 Bonn, am 27. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Borrmann, Gerda, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Bruchstraße 66, 45468 Mülheim/Ruhr, am 27. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hermann, Elfriede, geb. **Rutha**, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 1, 01623 Ziegenhain, am 2. Mai

Schieber, Hedwig, geb. **Meißner**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, und Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Kreuzheckenweg 24, DRK-Alten- und Pflegeheim, 73441 Bopfingen, am 2. Mai

Sparka, Anneliese, geb. **Koplin**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, jetzt Rahlstedter Weg 17, 22159 Hamburg, am 28. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baier, Frieda, geb. **Kraasz**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Am Hasenberg 12, 65719 Hofheim, am 29. April

Chmielewski, Walter, aus Treuburg, Schmale Gasse 2, jetzt August-Bebel-Straße 14, 02730 Ebersbach, am 1. Mai

Kallweit, Heinz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Wilhelm-Busch-Straße 3, 31707 Bad Eilsen, am 29. April

Liptak, Edith, geb. **Neumann**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt 5707 Saumure Road, Cumberland, Ontario K4B 1T1, Kanada, am 30. April

Neumann, Ursula, geb. **Fähser**, aus Lötzen, jetzt Limburger Straße 47, 28259 Bremen, am 28. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Kinas, Reinhold, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Theodor-Storm-Allee 5, 53757 Sankt Augustin, am 28. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gallus-Aracz, Brigitte, geb. **Gallus**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Manz 9 Casa 5, Secc. 6, Circ. 4, 1778 Ciudad Evita Part de Malanza, Argentinien, am 27. April

Killat, Egon, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, jetzt Vierzigstücken 67, bei Maack, 21129 Hamburg, am 29. April

Raabe, Herta, geb. **Trapp**, aus Ebenrode, jetzt Am Strandbad 11, 77960 Seelbach, am 27. April

Tintemann, Heinz-Sigfried, aus Tilsit, Grünwalder Straße 98, jetzt Kronestraße 1, 88704 Meersburg, am 30. April

Ueckert, Ida, geb. **Totzi**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, jetzt Tannenkamp 16, 49134 Wallenhorst, am 30. April

Weithe, Gertrud, geb. **Friedriszik**, aus Turau, Kreis Johannisburg, jetzt Altenzentrum Herdecke, Goethestraße 20 B, 58313 Herdecke, am 23. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bodo, Barbara, geb. **Skopnik**, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 14, jetzt Marktstraße 10, 34225 Baunatal, am 28. April

Brandt, Hildegard, geb. **Michalzik**, aus Schützenau, Kreis Johannisburg, jetzt Neue Straße 27, 17153 Stavenhagen, am 1. Mai

Buchholz, Werner, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Heiligenstraße 70, 40721 Hilden, am 27. April

Erwied, Heinz, aus Kloken, Kreis Elchniederung, jetzt Am Schwalbanger 25, 86633 Neuburg, am 30. April

Eybe, Egon, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, jetzt Geroldsreuth 61, 95179 Geroldsgrün, am 27. April

Fahres, Christel, geb. **Langanke**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Rothbuehlstraße 9, 96163 Gundelsheim, am 27. April

Gronostay, Ruth, geb. **Lyhs**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, jetzt Hindenburger Straße 1, 21629 Neu Wulmstorf, am 27. April

Gruhn, Auguste, aus Lyck, jetzt Reinickendorfer Straße 59/III. 13347 Berlin, am 28. April

Kastner, Hilda, geb. **Balsam**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Semmelweisstraße 14-16, 07743 Jena, am 29. April

Lendzian, Ingeborg, aus Lyck, jetzt Dorfbergstraße 16, 78144 Tennenbronn, am 1. Mai

Paape, Irmgard, geb. **Riedel**, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, jetzt Alleenstraße 25, 78549 Spaichingen, am 27. April

Palm, Emma, geb. **Krupinski**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Heuverstraße 2, 44793 Bochum, am 29. April

Pradler, Erwin, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Aichelbergstraße 168, 73630 Kirchheim, am 30. April

Rohde, Waltraud, geb. **Stabaginski**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Kummerfelder Weg 6, 25779 Hennstedt, am 28. April

Samusz, Tomasz, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, jetzt Olsztynska 58 b, 11-532 Wilkasy, Polen, am 28. April

Sondermann, Else, geb. **Luga**, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Eberfelder Straße 178, 42477 Radevormwald, am 27. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Angrabeit, Gertraud, geb. **Weißenberg**, aus Moterau, Kreis Wehlau, jetzt Borngasse 42, 35463 Fernwald, am 30. April

Bär, Erna, geb. **Stannull**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, jetzt Rathausstraße 21, 25361 Krempe, am 29. April

Badorrek, Helmut, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Dorfstraße 28, 17506 Dargezin, am 28. April

Carsjens, Edeltraut, geb. **Kadelka**, aus Willenburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Classenstieg 11, 22391 Hamburg, am 15. April

Dombrowski, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Erlenbacher Straße 18, 74076 Heilbronn, am 27. April

Götza, Willi, aus Krokau, Kreis Neidenburg, jetzt Osningstraße 85 c, 33605 Bielefeld, am 27. April

Grosch, Maria, geb. **Eisenmenger**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Boelckestraße 7, 53757 Sankt Augustin, am 30. April

Horn, Ilse, geb. **Bronkowski**, aus Sarken, Kreis Lyck, jetzt Konrad-Adenauer-Straße 7 b, 38517 Gifhorn, am 30. April

Jessat, Walter, aus Schirrau, Drusken Kolonie, Kreis Wehlau, jetzt Kalbecksweg 39, 46562 Voerde, am 29. April

Jopp, Erich, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Solothurner Straße 50, 81475 München, am 29. April

Känel, Elfriede von, geb. **Neumann**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Hasenplan 1, 30657 Hannover, am 03. Mai

Knuth, Gerhard, aus Treuburg, Bahnhofstraße 8, jetzt Fritz-Reuter-Straße 22, 25358 Horst, am 29. April

Kobus, Fritz, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, jetzt Paradiesstraße 48, 52379 Langerwehe, am 28. April

Köhler, Waltraud, geb. **Rothgänger**, aus Lengau, Kreis Treuburg, jetzt Rothenburgstraße 1/1/18, 20539 Hamburg, am 27. April

Kollak, Elfriede, geb. **Zeeh**, aus Seedorf, Kreis Lyck, jetzt Trollingerweg 3, 74382 Neckarwestheim, am 27. April

Kunz, Christel, geb. **Waschnewski**, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, jetzt 3372 Westlane, Jakson, MI 49203, USA, am 28. April

Kunz, Martha, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Glaeserweg 2, 64291 Darmstadt, am 2. Mai

Lagershausen, Eva, geb. **Nagaitschik**, aus Goldenau, Kreis Lyck, jetzt Flachsweg 11, 38226 Salzgitter, am 27. April

Lambertus, Ruth, geb. **Reichert**, aus Gerhardswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Feldstraße 73, 58119 Hagen, am 28. April

Migge, Gerhard, aus Rastenburg, Rosenthaler Weg 53, jetzt Buschweg 21 a, 26180 Rastede, am 23. April

Mordas, Kurt, aus Königsberg-Charlottenburg, jetzt Harzenberg 37, 29579 Emmendorf, am 10. April

Narkus, Paul, aus Robkojen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Kometenweg 7, 39118 Magdeburg, am 27. April

Otto, Erich, aus Wehlau, jetzt Dorfstraße 20, 17237 Stolpe, am 28. April

Otto, Eva, geb. **Liegat**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Am Hasengarten 30 a, 38126 Braunschweig, am 1. Mai

Primke, Inge, geb. **Thal**, aus Adlig Pohren, Kreis Heiligenbeil, jetzt Hans-Hernberger-Straße 16, 63150 Heusenstamm, am 2. Mai

Reinke, Gerhard, aus Tapiau, Patrouillenweg, Kreis Wehlau, jetzt Wagnerstraße 11, 14480 Potsdam, am 29. April

Reimann, Trautchen, geb. **Klautke**, aus Waltersdorf, Kreis Mohrungen, jetzt Trenthöper Weg 37, 28790 Schwanewede, am 28. April

Ruckpaul, Werner, aus Almen, Kreis Ebenrode, jetzt Depenauer Weg 8, 24601 Stolpe, am 18. April

Scharmweber, Gertrud, geb. **Waldeck**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, jetzt Fritz-Reuter-Platz 1, 19417 Warin, am 9. April

Schneider, Helene, geb. **Kloss**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Karlstraße 44, 27135 Dettenhausen, am 27. April

Schwermer, Horst, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, jetzt Hedwigstraße 10, 41352 Korschenbroich, am 27. April

Stinka, Gerhard, aus Großschmieden, Kreis Lyck, jetzt Pfortenstraße 71, 07318 Saalfeld, am 2. Mai

Törber, Hilde, geb. **Conrad**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Wedeler Weg 77, 25421 Pinneberg, am 2. Mai

Warlich, Helga, geb. **Didlaukies**, aus Treuburg, jetzt Am Finkenborn 13, 38855 Wernigerode, am 30. April

Zielenski, Herbert, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt Esterfelder Stiege 92 B, 49716 Meppen, am 19. April

»Wir gratulieren«
auch im Internet-Archiv unter
www.preussische-allgemeine.de

Frühlingskonzert

Hamburg – Ein Frühlingskonzert gibt der Ostpreußenchor Hamburg, Sonnabend, 2. Mai, 15 Uhr, in der St. Gabriel Kirche, Hartzloh Platz 17. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit dem HVV von Barmbek mit der Buslinie 172 oder 7 bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von dort aus sind es rund sieben Minuten Fußweg. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen". Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land" (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen" – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen" von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens 10 Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

Pfingstfreizeit für Senioren

Bad Pyrmont / Ostheim – Vom 28. Mai bis 2. Juni 2009 bietet das Ostheim in diesem Jahr wieder eine Pfingstfreizeit für Senioren an. Pfingstfreizeit im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont, bei denen Sie sich richtig verwöhnen lassen können. Das Angebot umfaßt morgendliches Singen, Seniorengymnastik, Diameditationen, einen Videoabend, eine Lesung aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, einen Halbtagesausflug, Vollpension, Festtagsmenüs an den Feiertagen, eine Kaffeetafel am 1. Feiertag, die Gästebetreuung und die Kurtaxe. Außerdem lädt der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands" ausgezeichnete Kurpark zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichsten Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafes zum Bummeln und genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 30. Mai „Wiener Lieder" mit Erika Pluhar im Kurtheater und am 31. Mai Pfingst-Jazz im Schloßhof. Diese fünftägige Freizeit kostet inklusiv aller oben aufgeführten Angebote im Einzelzimmer 269 Euro und im Doppelzimmer pro Person 239 Euro.

Anfragen und Anmeldungen, bitte nur schriftlich, an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de. Anmeldeschluß ist der 18. Mai 2009 (Posteingang Ostheim).

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

24. bis 26. April: Kulturreferententenseminar in Bad Pyrmont
4. bis 6. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont
16. / 17. Mai: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen und Memelland
17. bis 23. Mai: 10. Werkwoche in Ostpreußen (Allenstein)
25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein
25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß
12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont
7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

6. / 7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg (Adressänderung ab dem 18. März beachten!), Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 25. April, 20.15 Uhr, Vox: Spiegel TV Dokumentation: Die Gesichter des Bösen – Hitlers Henker.
Sonnabend, 25. April, 22 Uhr, Bayern: Ruth Leuwerik erzählt ...
Sonntag, 26. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 26. April, 20.15 Uhr, Super RTL: Die Bismarck – Geheimnisvolle Expedition zur deutschen Titanic.
Montag, 27. April, 22.03 Uhr, n-tv: n-tv History – Anschlagspläne auf Hitler.
Montag, 27. April, 22.45 Uhr, Bayern: Hitlers Reiseagentur KdF.
Dienstag, 28. April, 20.45 Uhr, MDR: DDR geheim – Spezialeinheit der NVA.
Dienstag, 28. April, 22.05 Uhr, N24: Auf der Suche nach Hitlers Leichnam.
Mittwoch, 29. April, 19.15 Uhr, Phoenix: Napoleon und die Deutschen.
Mittwoch, 29. April, 20.15 Uhr, 3sat: wissen aktuell – Auf Humboldts Spuren.
Mittwoch, 29. April, 21 Uhr, Arte: Pu Yi, der letzte Kaiser von China.
Mittwoch, 29. April, 23.10 Uhr, n-tv: National Geographic – Die Rätsel der Toten: Hitler.
Mittwoch, 29. April, 23.30 Uhr, ARD: Bonner Republik (2/2)).
Mittwoch, 29. April, 0.10 Uhr, N24: N24-History – Die Luftbrücke.
Donnerstag, 30. April, 0.05 Uhr, N24: Adolf Hitler – Wahn und Wahnsinn.
Freitag, 1. Mai, 18.30 Uhr, ARD: Die stählerne Zeit – Wie die industrielle Revolution Deutschland verwandelte.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Geschäftsstelle: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: schmelter@ostpreussen-info.de, Internet: www.ostpreussen-info.de.

BJO-West – Donnerstag, 30. April, bis 4. Mai, Freizeit der Mittleren Generation des BJO bei Cuxhaven. Neben ein paar schönen Strandwanderungen soll auch das dortige Moor-Informationszentrum besucht werden – hier dürfte es nicht nur für die Jüngeren viele interessante Neuigkeiten geben. Die Veranstaltung wird zum Selbstkostenpreis durchgeführt. Dabei bestehen die Kosten für jeden Teilnehmer aus der Anreise, der Vollpension von etwa 24,40 Euro/Tag beziehungsweise ÜF 17,20 EUR sowie noch eventuelle Eintrittspreise. Anmeldungen unter E-Mail: Ruediger.Stolle@gmx.net oder E-Mail: Schattauer-Wanna@t-online.de, Telefon (09545) 359718 oder (04757) 463.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. April, 9.45 Uhr, Landesfrauentagung im Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart. Ende ist gegen 18 Uhr. Der Vormittag der diesjährigen Frauentagung ist zum großen Teil der eigenen Arbeit gewidmet. Nach dem Bericht von Uta Lüttich über die kulturelle Frauenarbeit werden Berichte über die Arbeit der Landesverbände der Westpreußen und der Ostpreußen vorgetragen. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Frauentagung mit einer Autorenlesung von Hannelore Klar: „Du mußt weit gehen, liebes Kind", es folgt ein Vortrag der Zweiten Landesvorsitzenden Rosemarie S. Winkler: „Olga zu Schaumburg-Lippe, die letzte königliche Hoheit im Schloß Ludwigsburg". Den Abschluß der Tagung bildet der Videofilm: „Unvergeßliches Ostpreußen". Gäste, die an der kulturellen Nachmittagsveranstaltung teilnehmen möchten, sind herzlich eingeladen, gegen 12.30 Uhr am gemeinsamen Mittagessen teilzunehmen. Anmeldung bitte an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, E-Mail: uta.luettich@web.de

Buchen – Montag, 27. April, 17 Uhr, Eröffnung der Ausstellung: „Käthe Kollwitz – Graphik" im Kulturforum „Vis-á-Vis", Kellereistraße, Buchen, statt. Organisator ist die Gruppe in Zusammenarbeit mit dem Kunstverein Neckar-Odenwald und der Stadt Buchen. Die Ausstellung geht bis zum 12. Juni 2009. Die Einführung in die Ausstellung wird Lorenz Grimoni – Leiter des Museums Stadt Königsberg in Duisburg – vornehmen. Musikalische Umrahmung durch: Tatjana Hubert (Klavier) und Ursula Warns (Geige), Gesang Gerhard Kern.

Dienstag, 28. April, Erlebnisfahrt der Gruppe zur „Apfelblüte und zur Fränkischen Apfelkönigin" im Obsthof Wolf in Meinfranken mit Kaffee und Kuchen. Die Abfahrtszeiten des Busses sind zu erfragen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137. – Vom 31. Juli bis 10. August führt die Gruppe eine Ostpreußenbusfahrt nach Königsberg, Memelland, Masuren, Westpreußen und an die Küste Pommerns durch. Nähere Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Montag, 27. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Frühlingsfest im „Krauthof", Beihinger Straße 27.

Reutlingen – Sonnabend, 2. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Treffpunkt für Ältere", Gustav-Werner-Straße 6A, Reutlingen. Die Kulturreferentin Ursula Gehm wird einen interessanten Vortrag halten. Für den Jahresausflug nach Freiburg werden die Anmeldungen von Frau Hunger entgegengenommen. Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit.

Stuttgart – Donnerstag, 30. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Hotel Wartburg, Lange Straße 49. Es stehen Rechenschaftsberichte und Neuwahlen an.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 25. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahl in der „Orangerie".

Fürstenfeldbruck – Freitag, 8. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Muttertagsfeier im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 25. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Feierstunde: „60 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen – Kreisgruppe Hof" im Sitzungssaal des Landratsamtes Hof, Schaumbergstraße 14, 95032 Hof. In einer Feierstunde soll der Heimatgebiete gedacht werden und die Dankbarkeit ausgesprochen werden, daß damals diese Region – trotz aller Anfangsschwierigkeiten – die Vertriebenen aufgenommen hat.

Ingolstadt – Sonntag, 26. April, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Sonntag, 3. Mai, Besuch der Feier zum 60jährigen Bestehen der Gruppe München Nord/Süd im Ratskeller.

München Nord / Süd – Freitag, 24. April, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. – Freitag, 8. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Vom 28. Mai bis 1. Juni findet in Masuren ein Pfingstlager statt. Anfragen bitte an den Vorstand.

Weiden – Freitag, 1. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe, die zum Maibaumaufbau des Heimatrings am Alten Eichamt eingeladen wurde. – Sonntag, 3. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Heimgarten".

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 24. April, 19 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Anschließend „Käsespezialitäten aus Ostpreußen und Franken", gereicht von Mariechen Thiede.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 25. April, 14.30 Uhr, „Café & Bistro Tableau", Teltower Damm 26, Zehlendorf. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 2. Mai, 15 Uhr, „Ratskeller" Charlottenburg Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen Tilsit: Heinz-G. Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 2. Mai, 15 Uhr, „Ratskeller" Charlottenburg Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen Tilsit-Ragnit: Emil Drockner, Telefon (030) 8154564.



Angerburg – Donnerstag, 7. Mai, 14 Uhr, „Oase-Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, Heimatgedanken. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Darkehmen – Donnerstag, 7. Mai, 14 Uhr, „Oase-Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, Heimatgedanken. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Goldap – Donnerstag, 7. Mai, 14 Uhr, „Oase-Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, Heimatgedanken. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

Bremerhaven – Freitag, 24. April, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Jahreshauptversammlung im „Barlachhaus". Nach dem Kaffeetrinken Neuwahl des Vorstandes. Anschließend gemütliches Beisammensein bei einer kleinen Erfrischung. Anmeldungen unter Telefon 86176.



HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 22. August, 8 Uhr, Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat" im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa". Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm 30 Euro, bei Anmeldung bis zum 1. Mai; danach 35 Euro. Weitere Informationen beim LvD. Haus der Heimat, Teilfeld, Telefon und Fax (040) 346359, oder bei Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 9. Mai, 14 Uhr (Ende 17 Uhr), Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (wenn der Umzug dorthin schon stattgefunden hat, ansonsten Teilfeld 1), Hamburg. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche noch rund sechs Minuten. Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen. Es erwarten Sie eine Kaffeetafel und ein interessanter Vortrag über Katharina von Bora, der Ehefrau Martin Luthers.



Heiligenbeil – Freitag, 22. Mai, 8.30 Uhr, Tagesausfahrt der Gruppe nach Hitzacker, und weiter durch die Nemitzer Heide ins Wendland nach Gorleben. Abfahrt: 8.30 Uhr, Bahnhof-Harburg, 9 Uhr, Hamburg ZOB. Fahrpreis inklusive Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Reiseleitung und Museumsbesuch 39 Euro. Anmeldungen bis zum 20. Mai bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 6. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Es ist ein Vortrag oder eine Dichterlesung vorgesehen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Osterode – Sonnabend, 2. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlsdorf. Mit Gedichten und Liedern soll der Frühling und der Wonnemonat Mai begrüßt werden. Auf ein Wiedersehen freuen sich Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 5. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg-Wilhelmsburg –

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Montag, 27. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Unter dem Motto: „Jetzt fängt das schöne Frühjahr an.“

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 16. Mai, 13 Uhr, Treffen der Mitglieder im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, zwischen Hauptbahnhof und Berliner Tor. Neben Neuigkeiten wird ein Video: „Salzburger in Amerika“ gezeigt. Anschließend folgt die Vorstellung und Wahl des neuen Landesgruppenleiters.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 25. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel Lesung von Lou Heinrich: „Rund um Wilhelm Busch“. – Nach der Begrüßung durch die Vorsitzenden würdigte Vorsitzender Gerhard Schröder den im 85. Lebensjahr verstorbenen Herbert Wutta aus Schloßberg (Pillkallen). Erwin Balduhn sprach einige Worte zu dem schrecklichen Geschehen in Winnenden und grüßte die Versammelten mit einem Frühlingslied. Mit Gisela Keller erinnerte er an die ersten Monate des Jahres 1945, als viele Menschen aus den deutschen Ostgebieten „von den Befreiern zum Tode befreit“ wurden. Beide warfen die Frage auf, weshalb erst jetzt nach über 60 Jahren in Filmen und Dokumentationen über das Flüchtlingselend von Millionen von Menschen berichtet wird. Gerhard Schröder berichtete über die Landesdelegiertentagung in Gießen, an der vier Mitglieder der Gruppe teilgenommen hatten. Die Vorsitzenden Margot Noll (Ostpreußen) und Waltraud v. Schaewen-Scheffler (Westpreußen) wurden einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Hinzu gewählt wurde Dieter Leitner als stellvertretender Vorsitzender und Obmann für Danzig-Westpreußen. Schröder berichtete, daß zum 205. Todestag von Immanuel Kant wieder eine Feier im Königsberger Dom und an seiner Grabstätte eine Kranzniederlegung stattgefunden hat. Er streifte auch die Konvention von Tauroggen. Am 30. Dezember 1812 schloß Graf Ludwig Yorck von Wartenburg ohne Wissen des Königs mit den in russischen Diensten stehenden Generälen Graf Diebitsch, Graf Dohna und von Clausewitz den Vertrag, in dem sich das preußische Korps von Napoleon lossagte und damit die Befreiung Europas einleitete. „Jetzt oder nie ist der Moment, Freiheit und Größe wieder zu erlangen“, schrieb er an den König. Da Anni Oest erkrankt war, grüßte Brigitte Schröder alle, die im letzten Monat Geburtstag hatten, und sprach „Vom Glück des Augenblicks“. Gerhard Turowski kritisierte die politische Meinungsmache zwischen den Religionen. Gerhard Schröder hielt seinen interessanten Vortrag „Wie die Nassauer nach Ostpreußen kamen“. Wenig bekannt ist, daß außer den Salzburger Exulanten auch Nassauer vom preußischen König angeworben wurden. Sie stammten aus dem Hohen Westerwald, dem Fürstentum Dillenburg und dem Siegkreis. Dort hatten sie ein karges Leben und wurden von den katholischen Fürsten unterdrückt. In Ostpreußen erhofften sie sich eine bessere Zukunft und wurden nicht enttäuscht. Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt. Es sollen 500 bis 800 Familien bis 1723 gewesen sein. Dann wurde die offizielle Abwanderung unterbunden, weil dem Hessenland eine Entvölkerung drohte. Trotz angedrohter strenger Strafen durch Landgraf Karl von Hessen-Kassel und Fürst Wilhelm von Dillenburg verließen weitere Familien ihre Heimat. Über Halberstadt gelangten sie nach Stettin und von dort mit dem Schiff nach Königsberg. Nach Bernhard Lindenblatt waren die Nassauer bis 1736 nach den Salzburgern die größte Auswanderungsgruppe. Er gibt die Salzburger mit 15 500 (28,6 Prozent), die Nassauer mit 11 500 (21,2 Prozent) Personen an, gefolgt von den Schweizern (20,2 Prozent) und zehn anderen kleineren Volksgruppen. Unter dem Vorsitz von Willy Posegga und den Beisitzern Kurt Hügle und Klaus Frankenberger fanden Neuwahlen des Vorstands statt. Alle Personen wurden einstimmig gewählt; die Kandidaten enthielten sich der Stimme. Gerhard Schröder und Erwin Balduhn wurden in ihren Ämtern bestätigt, Dieter Leitner wurde als zweiter stellvertretender der Vorsitzender gewählt. Als Schriftführerinnen fungieren Christiane Mertz und Emmi Klotzek. Margot Matern hatte aus Krankheitsgründen nicht mehr kandidiert. Die Kassenverwaltung

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Starke Bauern schreiten
hinter Pferd und Pflug,
über Ackerbreiten
streicht der Vogelzug.

Und die Meere rauschen
den Choral der Zeit,
Elche steh'n und lauschen
in die Ewigkeit
Ostpreußenlied

Ulrich Mill

*20. Januar 1938, Königsberg/Ostpreußen
† 10. April 2009, Barth



Du hättest so gern noch länger gelebt.
In unseren Erinnerungen wirst Du bleiben.

Deine Ehefrau
Ilse Mill, geb. Rossow

Deine Kinder
Christina Bensch, geb. Mill und Peter
Thomas Mill und Kathrin
Torsten Mill und Gundula

Und deine geliebten Enkelkinder
Katharina und Hannes
Robert, Maria und Sebastian
Josephine, Anna Charlotte und Alexander

Douzettestraße 27, 18356 Barth

Die Urnenbeisetzung findet am 30. April 2009 auf dem Friedhof zu Barth um 15:00 Uhr statt.
Von Beileidsbekundungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen.



"Vergib, wenn das Herz, das sich Dir ergibt,
nicht vergißt, was es zu sehr geliebt,
was Gleichnis uns war - und noch bleibt im Leid -
von Deines Reiches Herrlichkeit!"
Agnes Miegel

Gott, der Herr, nahm zu sich in sein ewiges Reich meinen lieben Mann, unseren Vater und Großvater

Dr. jur. Ernst Friedrich Hartmut Buechler

aus Friedrichshuld in Ostpreußen
** 30. Januar 1927 ✞ 10. April 2009*

treu seiner geliebten Heimat bis zum Tod.

Marianne Buechler geb. Grote
Hartmut Buechler
Stefanie Friederike Panet geb. Buechler und Francois Panet
mit Hugo und Jules
Matthias Christian und Angelika Buechler geb. Danner
mit Lilly Marie
Ernst Martin Buechler und Stefani Müller

Die Beerdigung hat in aller Stille stattgefunden.



Gerhard Bosk



Rektor a. D.

*19. Februar 1924
Saffronken
Kr. Neidenburg / Ostpr.

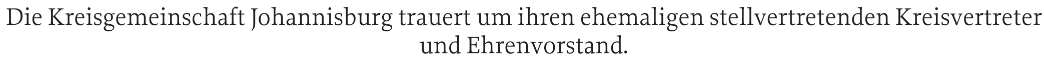
† 13. April 2009
Kaltenkirchen
Schleswig-Holstein

Die Kreisgemeinschaft Johannisburg trauert um ihren ehemaligen stellvertretenden Kreisvertreter und Ehrenvorstand.

Während seiner 40-jährigen Mitgliedschaft im Gesamtvorstand hat Gerhard Bosk mit vielseitig-heimatlichem Engagement zum Ansehen unserer Gemeinschaft in hohem Maße beigetragen und sich große Verdienste erworben.

Als treuer, aufrechter Ostpreuße und Heimatfreund gestaltete er 30 Jahre als Chefredakteur den Johannisburger Heimatbrief, ein Symbol unserer Heimatverbindung.

Für die 150 Hilfsaktionen an bedürftige Landsleute in Ostpreußen wurde er im Heimatkreis „Engel von Masuren“ genannt.



Sein einmaliges Lebenswerk – Hilfe für Andere – wurde mit höchsten Auszeichnungen und Ehrungen bedacht: dem Bundesverdienstkreuz, dem Goldenen Ehrenzeichen und der Ottomar-Schreiber-Plakette der Landsmannschaft Ostpreußen und der Ehrennadel der Kreisgemeinschaft.

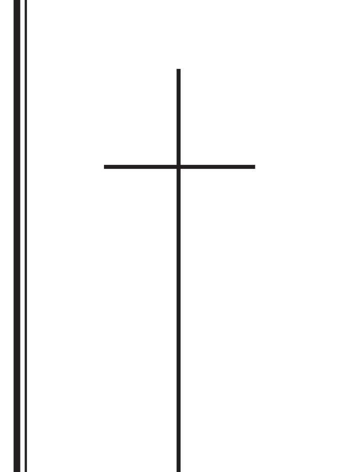
Gerhard Bosk hat sich um die Heimat verdient gemacht, er wird für immer einen besonderen Ehrenplatz in unserer Mitte behalten.

Kreisgemeinschaft Johannisburg e.V.
Georg-Büchner-Straße 7 · 31224 Peine

Stellvertreterin
Sieglinde Falkenstein

Kreisvertreter
Willi Reck

Stellvertreter
Dr. Manfred Solenski



Zwei Dinge erfüllen das Gemüt
mit immer neuer und zunehmender
Bewunderung und Ehrfurcht,
je öfter und anhaltender sich das Nachdenken
damit beschäftigt:
Der gestirnte Himmel über mir
und das moralische Gesetz in mir.
Immanuel Kant.

Alfred Kubicki

*2. 11. 1914
in Königsberg (Pr.)

† 22. 3. 2009
in Düsseldorf

Im Namen aller, die um ihn trauern
Udo, Monika, Ute und Bernd Kubicki
Annemarie Labinsky, geb. Michael

Trauerfeier und Urnenbeisetzung haben in aller Stille stattgefunden.

Fern seiner ostpreußischen Heimatstadt Königsberg i. Pr. ist unser guter Vater, Onkel und Großvater nach einem erfüllten, erlebnis- und erfolgreichen, langen Leben auf seine letzte Reise gegangen.

Kapitän Kurt Lilleike

vereid. Nautischer Sachverständiger
Kapitänleutnant

* 30. März 1913 † 12. April 2009

Träger von Tapferkeitsauszeichnungen, dem Goldenen Kronenkreuz des Diakonischen Werkes und dem silbernen Portugaleser der Hansestadt Hamburg.

In Trauer, Liebe und Dankbarkeit
Die beiden Sohnesfamilien
und Tochter Karin Lilleike

Karin Lilleike
Martin-Luther-King-Platz 4
20146 Hamburg

Die Urnenbeisetzung findet im engsten Familien- und Freundeskreis statt.



Und meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande,
als flöge sie nach Haus.
Joseph von Eichendorff

Nach Haus in mein geliebtes Ostpreußen

Wilhelm Barsties

*16. Februar 1926 in Tawe, Elchniederung/Ostpreußen
† 31. Januar 2009 in Münster

Die Trauerfeier fand in der Kapelle des Zentralfriedhofs statt und anschließend die Urnenbeisetzung im anonymen Feld des Zentralfriedhofs.

In Trauer und Dankbarkeit für die Begleitung
Gertrud Barsties und Angehörige

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

übernehmen wie bisher Gisela Keller und Asta Walter; für Kultur und Presse ist weiterhin Dieter Leitner zuständig. Den Besuchsdienst übernehmen Asta Walter und Irmgard Karnetzke. Beisitzer wurden für Westpreußen Erhard Karnetzke, für Ostpreußen Margarete Ahlheim und für Danzig Dieter Leitner. Die Kassenprüfung obliegt weiterhin Willy Posegga und Kurt Hügle.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Alle sind wieder herzlich eingeladen, am Ostpreußischen Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren teilzunehmen, welches am 25. Juli 2009 im Freilichtmuseum Hohenstein stattfindet. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eigens eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli 2009 organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen. In Frauenburg erleben wir ein Orgelkonzert im Dom und besuchen den Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Mit dem Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Außerdem sind für folgende Busreisen 2009 noch Plätze frei: Königsberg 20. bis 26. Mai; Riesengebirge 14. bis 21. Juni; Thorn-Posen 29. Juni bis 3. Juli; Krakau-Lemberg-Breslau 8. bis 17. Juli; Königsberg 6. bis 12. August sowie Lötzen-Vilnius-Memel-Osterode 21. August bis 1. September. Auskünfte siehe o.g. Anschrift/Telefon.

Neubrandenburg – Das 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern findet am Sonnabend, 3. Oktober 2009, 10 bis 17 Uhr, im Jahn-Sport-Forum, Neubrandenburg statt. Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung gebeten sowie um zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen. Wie immer ist für das leibliche Wohl gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bezirksgruppe Lüneburg – Zur Jahreshauptversammlung nach Ebstorf hatte die Bezirksgruppe Lüneburg die Delegierten der örtlichen Gruppen und Vertreterinnen der Frauengruppen eingeladen. Der Bezirksgruppenvorsitzende, Manfred Kirrinnis, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hierzu recht herzlich. Die Ehrung der Verstorben, zu der eine Gedenkminute eingelegt wurde, nahm die Leiterin der Frauengruppen, Ute Plettau, vor. Dr. Barbara Loeffke überbrachte als deren Vorsitzende die Grüße der Landesgruppe Niedersachsen. Im Vorstands- und Geschäftsbericht ging Manfred Kirrinnis auf die Ereignisse und Veranstaltungen des zurückliegenden Jahres ein und ging dabei auch auf Aktivitäten der Landesgruppe Niedersachsen und der Bundes-Landsmannschaft ein. Anschließend erläuterte Schatzmeister Walter Osten die Finanzlage der Bezirksgruppe Lüneburg. Erich Wander bescheinigte als Kassenprüfer dem Schatzmeister eine einwandfreie Kassenführung. Der Vorstand wurde daraufhin antragsgemäß von den Delegierten entlastet. Die Aufgabe des Referenten für den kulturellen Teil dieser Jahreshauptversammlung hatte der Stellvertretende Bezirksgruppenvorsitzende, Gerold Plewa, übernommen. In seinem Vortrag beleuchtete er das Thema „Die christlichen Bezüge der Attentäter vom 20. Juli 1944". Sehr viel Zeit wurde sich erstmalig für eine Berichterstattung aus den örtlichen Gruppen genommen. Die zehn anwesenden Gruppen-Vertreter hatten damit die Möglichkeit ihre Arbeit vor Ort zu präsentieren, die auch intensiv genutzt wurde.

Bassum – Die Jahreshauptversammlung war sehr gut besucht. Neben den schnell abgehandelten formalen Tagesordnungspunkten Jahresberichte und Kassenbericht, wonach der geschäftsführende Vorstand entlastet wurde, standen Neuwahlen an. Vorsitzender Gerd Gohlke und Kassenführer Ulrich Sembrizki wurden einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Zu gleichberechtigten Stellvertreterinnen wurden – nach kurzer Aussprache – Waltraus Nowicki und Heidi Hoge neu gewählt. Verabschiedet wurde die bisherige stellvertretende Vorsitzende Waltraud Meyer mit einem herzlichen Dankeschön für ihre langjährige Vorstandsarbeit. Die Versammlung wählte sie einstimmig zum Ehrenmitglied des Vorstandes. Nach einer gemütlichen und unterhaltsamen Kaffeetafel gab der Vorsitzende die nächsten Termine bekannt, wobei der Teilnahme an der Regionalmesse „AktiBa" vom 14. bis 26. Mai, auf dem Gelände der Kartbahn in Bassum, besondere Bedeutung zukommt. Dort soll zusammen mit der Kreisgemeinschaft Wehlau an die Heimat erinnert werden, und einem breiten Publikum die Arbeit der Gruppe präsentiert werden, sowie die Schönheit der ostpreußischen Heimat. Zusätzliche wichtige Termine sind: die Teilnahme an der Reise der Kreisgemeinschaft Wehlau (13. bis 22. Juni) und der „Tag der Heimat" am 13. September auf der Diele des Kreismuseums Syke.

Göttingen – Die Gruppe fährt am 3. Mai zum Ermländertreffen nach Werl. Die Abfahrt der Gruppe ist für 7 Uhr geplant. Die Rück kehr nach Göttingen soll gegen 18 Uhr erfolgen. Anmeldungen bis zum 19. April, an Werner Erdmann, Telefon (0551) 63675. – Ebenfalls wird wieder eine siebentägige Fahrt vom 23. bis 29. Juli nach Masuren angeboten. Der Preis beträgt 385 Euro (70 Euro EZ-Zuschlag) und umfaßt sechs Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt ins Freilichtmuseum Hohenstein zum Treffen des dortigen Deutschen Vereins, eine Rundfahrt in Masuren sowie eine weitere Rundfahrt im Ermland. In den sechs Übernachtungen sind jeweils eine Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen bis zum 20. Mai 2009 an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Die Gruppe Göttingen kündigt zudem bereits für den 5. September 2009 an, daß der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

Hannover – Sonnabend, 25. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Ihme-Blick". Horst Potz hält einen Vortrag: „Das deutsch–litauische Verhältnis – Aus der Sicht eines Reisenden". – Sonnabend, 23. Mai, gemeinsame Fahrt mit den Westpreußen zur Preußenausstellung nach Nienburg und zum Spargelessen. Anschließend ist ein Besuch in Steinhude vorgesehen. Um Anmeldung wird gebeten. Die geplante Fahrt zum Ostpreußenmuseum in Lüneburg wurde verlegt.

Oldenburg – Die neue Dia-Reportage „Westpreußen-Land am Unterlauf der Weichsel" von der Kulturreferentin für Westpreußen, Magdalena Oxford, und Roland Marske von 2008 stand im Mittelpunkt des Treffens im April. Aufgrund der Ankündigung in der Presse kamen auch viele Interessierte, die nicht regelmäßig teilnehmen, so daß rund 60 Personen den bunten und abwechslungsreichen Diabogen von Thorn entlang der Weichsel über Marienburg und Danzig bis zur Halbinsel Hela genießen konnten. Geschichte und Landschaft, Ereignisse und Impressionen mischten sich zu einem bunten Reigen der Heimat, in dem auch viele Ostpreußen Landstriche entdeckten, die sie auf ihren Heimatreisen durchfahren haben. Man gedachte der Osterfeiertage mit einer Osterbastelei zum Naschen und Mitnehmen und begrüßte den Frühling mit bekannten Melodien.

Osnabrück – Freitag, 24. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 30. April, 15 Uhr, Treffen des Literaturkreises in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 25. April, 11 Uhr, Gedenkveranstaltung „65 Jahre Flucht und Vertreibung – 60 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW", im GHH, Bismarckstraße 90, Düsseldorf. Der Vorstand der Landesgruppe freut sich, Prof. Dr. W. Stribrny als Festredner gewonnen zu haben. Grußworte sprechen der der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Günther Parplies und Horst Westkämper (MdL). Klassische Musik des Ensembles La Primavera umrahmt die festliche Veranstaltung.

Bielefeld – Montag, 4. Mai, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 7. Mai, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Frühlingsfest in der Gaststätte Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld.

Bonn – Zehntägige Ostpreußenreise vom 18. bis 27. Juni. Busreise ab Bonn – Köln – Dortmund entlang der B 2. Fahrtkosten: DZ/HP, Versicherung 845 Euro. Eine Reise für ostpreußeninteressierte Menschen mit vielen Höhepunkten. Programm bitte bei Manfred Ruhnau anfordern, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Dienstag, 5. Mai, 19 Uhr, Ausstellungseröffnung: „Die Sudetendeutschen, eine Volksgruppe in Europa", Ausstellungsraum, GHH. – Mittwoch, 6. Mai, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt, Raum 311, GHH. – Mittwoch, 8. Mai, 19 Uhr, Treffen der Düsseldorfer Chorgemeinschaft mit Iskra Ognyanova, Eichendorff-Saal, I. Etage, GHH. – Freitag, 8. Mai, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62 (neuer Treffpunkt!).

Gütersloh – Montag, 27. April, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Treffen der Mundharmonikagruppe finden nur noch in unregelmäßigen Abständen statt. Informationen und Kontakt bei Bruno Wendig, Telefon 56933. – Donnerstag, 30. April, 21 Uhr, traditioneller „Tanz in den Mai", es spielt das „Feeling-Trio". Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen. Karten gibt es nur an der Abendkasse. Nähere Informationen beim Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon 403872. – Sonntag, 3. Mai, 7.30 Uhr, Fahrt zum Ermländertreffen in Werl. Der Gottesdienst in der Basilika beginnt um 10.15 Uhr. Die Gruppe organisiert eine Busfahrt mit mehreren Zusteigmöglichkeiten. Die Rückfahrt erfolgt gegen 16 Uhr nach der Vesper. Die genauen Abfahrtzeiten sowie Haltestellen erfahren sie bei Josef Block, Telefon (05241) 34841. Der Fahrpreis beträgt 12 Euro pro Person.

Haltern – Donnerstag, 7. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Kolpingtreff.

Köln – Freitag, 24. April, 18.30 Uhr, VIII. Preußische Tafelrunde im Kolpinghotel International, St. Apern- / Helenenstraße 32, Köln. Prof. Dr. Wladimir Gilmanow aus Königsberg hält den Vortrag „Preußen – Vom Ordensstaat zum Königreich". Musikalisch umrahmt von Peter Riemer (Querflöte) und Frau Brunner (Piano). Essen zur Wahl auf eigene Kosten bitte mit anmelden: Tagessuppe: Kraftbrühe mit Gemüsestreifen, 1. Gemüselasagne mit Tomatensuppe (12,50 Euro), 2. Rinderbraten mit Gemüse und Salzkartoffeln (14,50 Euro), 3. Schweinesteak mit Spargel und Salzkartoffeln (16,50 Euro). Anmeldung bei Taruttis, Telefon (0221) 791616, Fax (0221) 9385576, Montag und Donnerstag (0221) 22126645, Mobil (0177) 5649427.

Neuss – Sonntag, 26. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Frühlingsfest mit Tanz, Vorträgen und einer Tombola im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. – Donnerstag, 30. April, 15 Uhr (Ende gegen 18 Uhr), „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17. – Eine

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Reise nach Ostpreußen. Die Gruppe Neuss unternimmt dieses Jahr vom 28. Juli bis 6. August eine Busreise nach Ostpreußen mit vielen interessanten Führungen und Besichtigungen. Von Neuss über Stettin, Köslin, Stolp, Danzig, Marienburg, Frische Nehrung, Frauenburg, Allenstein, Lötzen, Thorn. Im Programm bietet man eine Fahrt auf dem Oberland-Kanal, den Rollbergen, dort werden die Schiffe mit Wasserkraft über verschiedene Ebenen gezogen. Auch wird eine Schiffsfahrt auf den masurischen Seen gemacht. Sie erleben die Johannisburger– Heide, in der Sie Natur pur haben. Besichtigen Sie die Marienburg, den größten Backsteinbau Europas, die nach großer Zerstörung originalgetreu wieder aufgebaut wurde. Die Übernachtungen sind in guten polnischen Mitteklassehotels mit Halbpension. Erleben Sie Ostpreußen in seiner ganzen Schönheit. Sicherlich haben Sie schon viele Filme in den Medien über Ostpreußen gesehen, es ist aber kein Vergleich, diese Schönheit in natura zu erleben. Auf der gesamten Reise wird großer Wert darauf gelegt, daß es keine Hektik gibt und Sie das reichhaltige Programm in Ruhe erleben und genießen können. Natürlich ist man mit einer deutschsprachigen Reiseleitung unterwegs. Anmeldung: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400, Fax (02131) 7429078.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 2. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Freitag, 8. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Muttertagsfeier mit Kaffee und Kuchen im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt.

Mainz – Donnerstag, 23. April, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe zu einer „Busfahrt ins Blaue“ mit Einkehr. Abfahrt ab Hauptbahnhof Mainz, 12.30 Uhr. Der Fahrpreis beträgt für Mitglieder 10 Euro, Nichtmitglieder 13 Euro. Anmeldung bei Herrn Zachau, Telefon (06146) 5727, oder bei Fam. Freitag, Telefon (06131) 331347. – Freitag, 24. April, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 8. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 25. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26, unter dem Motto: ostpreußischer Humor. Mit kleinen Geschichten und Erlebnissen soll gezeigt werden, daß trotz des nicht leichten Lebensweges den Ostpreußen der Humor erhalten geblieben ist. Eigene Beiträge können mitgebracht und vorgetragen werden. – Sonnabend, 9. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Diavortrag: „Südliches Ostpreußen“ von Horst Labrenz, der mehrere Reisen in seine ostpreußische Heimat unternahm, wird Dias zeigen.



SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (0371) 5212483, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag, 9 bis 15 Uhr.

Dresden – Dienstag, 12. Mai, 14 Uhr, Treffen zum Muttertag in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3, 01309 Dresden.

Limbach-Oberfrohna – „Flucht, Vertreibung und Neuanfang der Heimatvertriebenen“ – so lautete das Thema des letzten Heimatnachmittags. Horst Braczko begrüßte alle Anwesenden und es begann der Vortrag. Erna Stefan hatten diesen bestens vorbereitet. Eine Schautafel informierte über die Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten und den Siedlungsgebieten der Deutschen im Ausland. Alles war mit Zahlen belegt und man konnte sich einen Überblick über das Ausmaß der Vertreibung verschaffen. Auch die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in den verbliebenen Ländern des ehemaligen deutschen Reiches war in Ziffern dargestellt. Ein Tisch mit Exponaten aus den Vertreibungsgebieten erinnerte an die Heimat. Der Vortrag von Erna Stefan beschäftigte sich vor allem mit der Nachkriegszeit und der Integration der Heimatvertriebenen in der neuen Umgebung. Nicht immer war Verständnis für die Not der Vertriebenen vorhanden. Man betrachtete sie vielfach als Eindringlinge und Ausländer. Es dauerte lange, bis Vorurteile abgebaut wurden und die Vertriebenen in der neuen Umgebung heimisch waren. Ergänzt wurde der Vortrag mit Beiträgen in pommerschem Platt, Lodzer Mundart und ostpreußischem Dialekt. Nach der Kaffeepause gab es noch Informationen vom Vorsitzenden des BdV Kreisvorstandes, Jary Pobucky, und von Kurt Weihe. Es wurde vor allem auf die Vorstandswahl des BdV hingewiesen, die am 6. Juni im Esche-Museum stattfindet. Mit einem Schlußwort von Horst Braczko und einem gemeinsam gesungenen Lied endete dieser interessante Heimatnachmittag.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 29. April, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Mittwoch, 6. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Freitag, 8. Mai, Fahrt der Gruppe nach Jessnitz (Muldenstausee).

Dessau – Montag, 27. April, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14. – Montag, 4. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Freitag, 24. April, 16 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt“. – Dienstag, 28. April, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19. – Dienstag, 5. Mai, 16.30 Uhr, Vorstandssitzung in der Gaststätte SV Post. – Freitag, 8. Mai, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 10. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post.

Stendal – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Am Gründonnerstag kam die Gruppe an einer österlichen Kaffeetafel zusammen. Thema des Nachmittags waren die Bräuche in der Heimat am Gründonnerstag und zu Ostern, die von Katharina Makarowski zusammengestellt wurden. Es ging um Ostereier, Schmackostern und das Osterwasserholen. Die Teilnehmer berichteten dazu aus ihren Erinnerungen. Gisela Brauer las eine Ostergeschichte, die sie in frühen Jahren über einen Ostermorgen auf dem Bauernhof geschrieben hatte. Das Geburtstagskind des Monats war Herta Nowack, die Glückwünsche und den Blumenstrauß zum 90. Geburtstag brachte das Ehepaar Makarowski ihr ins Krankenhaus. Die Teilnehmer wünschten gute Besserung.

Burg-Fehmarn – Dienstag, 12. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus im Stadtpark“. Heilpraktiker Gerhard Salzmann hält ein Vortrag über das richtige Atmen „Atem ist Leben“.

Malente – Die Gruppe hatte zum traditionellen Fleck-Essen in das Restaurant und Café Neue Börse eingeladen. Der Vorsitzende Klaus Schützier begrüßte eine sehr große Anzahl Teilnehmer, darunter auch viele Gäste von nah und fern, mit dem Gedicht: Ein Tellerehen Fleck: Ein Tellerchen Fleck so mit allem dran, mit Pfeffer, Essig und Majoran, …“. Allen Anwesenden mundete das nach echt preußischem Rezept zubereitete „Königsberger Fleck“ und „Königsberger Klops“ ausgezeichnet. Der vom Wirt gereichte Pillkaller während der Gespräche schmeckte allen sehr gut, auch vom Fleck blieb nichts übrig. Während des Abends wurde „Ostpreußischer Humor – in Poesie und Prosa“ vorgetragen. Aber auch dem Plachandern und Plaudern wurde lebhaft nachgegangen. Zu vorgerückter Stunde schloß der Vorsitzende den gemütlichen Abend.

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 24. April, 19 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Landhaus Schönwalde. Auf der Tagesordnung steht: Eröffnung und Begrüßung, Darbietung und Aufführung, Bericht des Vorsitzenden, Bericht der Kassenwartin, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung, Entlastung des Vorstandes, Grußworte der Gäste, Verschiedenes. Wie alljährlich soll an diesem Abend ein Königsberger Klops-Essen serviert werden. Kostenbeitrag 8 Euro. Anmeldung bis zum 21. April beim Ersten Vorsitzenden Hans-Alfred Plötner, Telefon (04528) 495, oder dem Zweiten Vorsitzenden Ulrich Schrank, Telefon (04528) 9901.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

Neuwahl des Kreistages 2009 – Die Amtszeit des im Jahr 2005 gewählten Kreistages endet gemäß § 5 der Satzung der Kreisgemeinschaft Angerburg im September dieses Jahres. Die Höchstzahl der zu Wählenden beträgt 30 Personen. Nach Ziffer 3 der Wahlordnung hat der Kreisausschuß (Vorstand) das Recht, Kandidaten für die Wahl zum Kreistag vorzuschlagen. Vom Kreisausschuß werden für die einzelnen Kirchspielgemeinden des Kreises Angerburg folgende 30 Kandidaten vorgeschlagen (die Zahl der zu wählenden Kreistagsmitglieder ist jeweils in Klammern angegeben): **Angerburg-Stadt** (8) Herta Andrulonis geb. Freytag, Joachim-Hans Domscheit, Erwin Grislawski, Joachim Hans Hoffmann, Gerhard Kibbas, Horst Piontkowski, Hans Sadlack, Eberhard Steinke. **Angerburg-Land** (3): Horst Bieber, Harry Michalzik, Lothar Schwarz. **Rosengarten** (2): Heinz-Wolfgang Malessa, Alfred Sager. **Engelstein** (2): Erich Kerwin, Arno Rosin. **Kanitz** (1): Alfred Nehrenheim. **Buddern** (3): Bernhard Drost, Horst Labusch, Gerhard Mörchel. **Benkheim** (4): Helmut Kischkat, Gustav Kutz, Georg Malz, Kurt-Werner Sadowski. **Kutten** (2): Brigitte Junker geb. Böttcher, Wolfgang Maleyka. **Großgarten** (2): Susanne Hegen, Norbert Skowron. **Kruglanken** (3): Günter Büttner, Horst Preuß, Astrid Stuhr geb. Schiemann. Gemäß § 4 der Wahlordnung werden diese Vorschläge zur Kenntnis gebracht. Weitere Vorschläge sind bis zum 10. Juni 2009 (Posteingang) an den Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski, Reddersenstraße 75, 28359 Bremen, einzureichen.

Jeder Wahlvorschlag muß enthalten: Name (Geburtsname), Vorname, Geburtsdatum, Beruf, Heimat- beziehungsweise Geburtsort und vollständige Anschrift des Vorgeschlagenen sowie seine Zustimmung zur Kandidatur. Die Vorschläge können von mindestens 18 Jahre alten Angehörigen unserer Kreisgemeinschaft für ihre Heimatkirchspielgemeinde gemacht werden. Gehen für die einzelnen Kirchspielgemeinden keine weiteren Vorschläge ein, so gelten gemäß Ziffer 6 die vom Kreisausschuß Vorgeschlagenen als gewählt. Im übrigen gelten die Bestimmungen der Wahlordnung, die Bestandteil der Satzung der Kreisgemeinschaft Angerburg sind.



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen in Bartenstein – In der „Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen Minderheit“ wurde Ende Februar ein neuer Vorstand gewählt. Im Zusammenhang damit möchten wir über die neue Besetzung des Vorstandes informieren: Vorsitzende Ewa Pyszniak, Stellvertreterin Jadwiga Piluk, Kassenwart/Schatzmeister Józef Stapel, Sekretär Danuta Nieweglowska. Seit der Wahl sind nur noch die gewählten Personen befugt, Entscheidungen die Gesellschaftstätigkeit betreffend, zu treffen. Alle Korrespondenz an: Towarzystwo Spoleczno-Kulturalne Miniejszosci Niemieckiej ul. Hubalczyków 2, 11-200 Bartoszyce, Polska/Polen, Telefon (0048) 897623056. Unser Büro ist geöffnet: Dienstag, 15 bis 17 Uhr. In dringenden Angelegenheiten können Sie sich mit Ewa Pyszniak, Telefon (0048) 897612219, oder Jadwiga Piluk, Telefon und Fax (0048) 897613230 in Kontakt setzen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052.

Gratulation – Rüdiger Hantel, stellvertretender Kirchspielvertreter für das Kirchspiel Hohenfürst, Ortsvertreter der Gemeinden Bönkenwalde und Lüdtkenfürst und Mitglied im Kreisausschuß (Vorstand), feiert am 27. April seinen 60. Geburtstag. Lm. Hantel wurde 1949 in Iserlohn (Westfalen) geboren. Er ist der einigste Sohn des früheren Gutsbesitzers Konrad Hantel (Bönkenwalde) und seiner Ehefrau Margot. Im Namen aller gratulieren wir Rüdiger Hantel recht herzlich zum Geburtstag. Wir bedanken uns für sein Engagement und freuen uns auf die zukünftige Zusammenarbeit im Redaktionsteam „Heimatblatt“. Das Heimatblatt Folge 54 (Mai 2009) wird übrigens in Kürze bei den Landsleuten eintreffen. Im Namen des Vorstandes, Elke Ruhnke.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Erste Sitzung der Kreisgemeinschaft 2009 – Am 20. März 2009 fand im Museum Stadt Königsberg in Duisburg die erste Sitzung 2009 der Kreisgemeinschaft Königsberg-Land statt. Wichtige Tagesordnungspunkte waren zu erörtern: So vor allem unser am 3. und 4. Oktober 2009 in Minden stattfindendes Kreistreffen. Wie schon seit vielen Jahren, werden wir es also wieder in Minden, der Kreisstadt unseres Landkreises, durchführen (bei Zimmerbestellungen – möglichst zeitig – bitte das Stichwort „Königsberg“ angeben!). Alle Landsleute und Freunde Ostpreußens sind herzlich eingeladen. Das genaue Programm wird noch bekannt gegeben werden. Satzungsgemäß hat am Sonnabend, 3. Oktober die Wahl der Ausschußmitglieder des Heimatkreises zu erfolgen. Und dazu bitte ich sehr herzlich, daß sich Kandidaten für ein solches Amt melden, wobei jüngere oder junge Kandidaten besonders nötig gebraucht werden. Nehmen Sie also Kontakt mit der Geschäftsstelle, Herrn Mückenberger, oder mit der Kreisvertreterin auf!

Ein weiterer Tagesgordnungspunkt der Sitzung war die Arbeit in der Geschäftsstelle in unserem Samland-Museum. Erfreulicherweise steht uns Frau Mayer-Bogun als eingearbeitete Hilfskraft noch für ein weiteres Jahr zur Verfügung, so daß Herr Mückenberger Unterstützung hat, insbesondere bei den Archivarbeiten. Herr Mückenberger konnte berichten, daß er eine Dame aus Berlin für eine wichtige – unentgeltliche – Arbeit gewonnen hat. Sie hat sich bereit erklärt, die Angaben auf den in der Geschäftsstelle befindlichen Karteikarten mittels Computer in einer Datei zu erfassen, um die Gemeindelisten des früheren Landkreises zu dokumentieren. Des weiteren wurde in der Sitzung beschlossen, auch für 2010 einen Kalender mit ostpreußischen Motiven zu erstellen. Die letzte Kalenderaktion war ein großer Erfolg. so daß wir meinen, daß auch der neue Kalender, für den wir uns etwas Besonderes ausgedacht haben, wieder viel Anklang finden wird. Das waren wichtige Punkte. Sehr wichtig ist aber, wie ich ausgeführt habe, vor allem, daß möglichst alle die Landsleute zum Treffen kommen, die es gesundheitlich und finanziell möglich machen können. Und wenn Sie kommen, kehren Sie sicherlich bereichert von dem Zusammensein mit vertrauten Menschen wieder nach Hause. Wir wissen nie, ob und wie oft wir uns noch treffen können.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Regionaltreffen in Lübeck – Es wird daran erinnert, daß am Sonntag, 26. April, 11 Uhr, im Hotel Hanseatischer Hof, Wisby-Straße 7-9, Lübeck das diesjährige Regionaltreffen der Lycker stattfindet. Der Kreisvertreter Gerd Bandilla wird auch anwesend sein.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Zwei Privatbahnen erschlossen Ostpreußen – Bethel Henry Straußberg – Die sogenannte Südbahn Ostpreußens, die Pillau, den Seehafen, mit dem Grenzbahnhof Prostken, ebenso wie die wichtige Stichbahn von Insterburg über Tilsit nach Memel, sind von privater Seite und sogar durch eine englische Gesellschaft erbaut worden. Englische Unternehmer bemühten sich um 1860 um eine Konzession des ostpreußischen Staates für den Bau einer Privatbahn von Insterburg nach Tilsit. Sie hatten erst Erfolg, als der, als „deutscher Eisenbahnkönig“ bekanntgewordene Bethel Henry Strousberg, in Berlin sich für sie verwendete. Strousberg war der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

am 20. Oktober 1823 in Neidenburg geborene Sohn des jüdischen Handelsmannes Straußberg (gestorben am 31. Mai 1884 in Berlin). Er hatte in England die Bahnbaukonjunktur genutzt und wirkte nun als einer der bedeutendsten Unternehmer in Berlin. Strousberg bemühte sich zusammen mit dem ostpreußischen Grafen Lehndorff mit Erfolg um die Baukonzession für die ostpreußische Südbahn von Pillau nach Prostken. Danach wurde der Bahnbau rasch vorangetrieben. Nach zwei Jahren wurde am 11. September 1865 die Teilstrecke Königsberg–Pillau eröffnet. Am 24. September 1866 wurde die Strecke Königsberg–Bartenstein, am 1. November 1867 das Teilstück bis Rastenburg, am 8. Dezember 1868 der große Bahnabschnitt von Rastenburg bis Lyck und schließlich am 1. November 1871 das Reststück zwischen Lyck und Prostken zur russischen Staatsgrenze in Betrieb genommen. In fünf Jahren hatten die Unternehmer in ebenso vielen Etappen eine Diagonalbahn durch die Provinz gelegt, deren Bedeutung für das Wirtschaftsleben Südostpreußens nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Zur gleichen Zeit bemühten sich Strousberg und Graf Lehndorff auch um eine russische Konzession, um die Anschlußbahn von Grajewo nach Brest zu bauen und damit die Transitlinie für das russische Getreide zu den Häfen Königsberg und Pillau zu schaffen. Daneben baute Strousberg noch weitere Bahnen in Deutschland und noch viel mehr im Ausland. Er galt als einer der reichsten Unternehmer der Gründerzeit, verlor aber dann sein gesamtes Vermögen. (Der Abgeordnete Lasker hatte Strousberg 1873 im preußischen Landtag vorgeworfen, er habe Kursfälschungen vorgenommen.) Doch Ostpreußen verdankt dieser privaten Initiative ein fortschrittliches Werk. Ohne die Südbahn wäre die Entwicklung Ostpreußens um die Jahrhundertwende nicht so rasch vorangeschritten.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Letzter Aufruf zur Busreise im Juni – Für die Busreise in den Kreis Pr. Eylau vom 10. bis 19. Juni sind noch Plätze frei. Fordern Sie bitte jetzt die Unterlagen („Ostpreußenreise Gruppe Hecht“) direkt bei Busche-Reisen, Telefon (05074) 924910, an, damit Sie sich bis zum 20. April 2009 verbindlich anmelden können. Die Reise bietet viel: Teilnahme am Stadtfest in Landsberg, Einweihung des Gedenksteins für die Kriegstoten in Pr. Eylau, Zehn-Jahr-Feier der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde in Mühlhausen, viel Zeit zur eigenen Disposition, Königsberg, Kurische Nehrung, Samland, Pillau. Kosten pro Person im DZ ab 30 Teilnehmern: 750 Euro, zuzüglich Visum. Weitere Auskünfte: Robert Hecht, Telefon (05822) 947595.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Zum 16. Drengfurter Kirchspieltreffen – Stadt Drengfurt mit den umliegenden Gemeinden Jäglack, Wolfshagen, Marienthal, Schülzen, Salzbach, Fürstenau und teilweise Rehsau und Servillen mit den umliegenden Gütern und Einzelgehöftenn – lade ich herzlich ein und bitte um rege Teilnahme. Es ist vielleicht unser letztes Großtreffen. Wir treffen uns wieder in Rieckmanns Gasthaus, Hotel „Zur grünen Eiche“ in Behringen, Mühlenstraße 6, 29646 Bispingen, Telefon (05194) 98580, vom 11. (Anreisetag) bis 14. Mai 2008 (Abreisetag). Das Hotel ist über die BAB leicht erreichbar, Anreise im Hotel bis 17 Uhr. Eine Anmeldeliste für rechtzeitige telefonische Buchung liegt im Hotel aus. Das Ehepaar Krüger und seine fleißigen Mitarbeiter sind unsere Ansprechpartner. Eine frühere Anreise ist auch möglich (Urlaub). Bei Absprache untereinander können die DB-Anreisenden vom Bahnhof Soltau mit unseren Pkws abgeholt werden. Der Halbpensionspreis beträgt 55 Euro in allen Hotelräumen einschließlich der beiden behindertengerechten Appartements je Person pro Tag (Telefon, Bad, TV) inklusive des Festessens am Dienstag (18 Uhr). Unser 16. Treffen in Behringen dient erneut dem heimatlichen Erfahrungsaustausch und sollte vielfältig bereichert werden. Ich bitte um rege Beteiligung unserer Erlebnisgeneration und der Nachgeborenen und um rechtzeitige Anmeldung. Heimatliche Kurzbeiträge von unseren Teilnehmern sind erbeten, auch weitere Überlegungen bezüglich Fortsetzung unserer Treffen. Weitere Auskünfte erhalten Sie gerne beim Vertreter des Kirchspiels Drengfurt, Alfred Bendzuck, Chemnitzstraße 47 a, 24837 Schleswig, Telefon (04621) 24927. Mein Wunsch ist, daß unsere Erlebnisgeneration, vielleicht zum letzten Mal, noch einmal mit ihren Familien teilnehmen und mit Eigen- und Erlebnisbeiträge aus der Heimat zur Ergänzung der schon weit fortgeschrittenen Stadtchronik Drengfurt beiträgt, die durch die Fleißarbeit von Karl Weiß in den letzten Jahren erarbeitet wurde.

Die Heimat immer im Herzen

Nachruf zum Tode von Gerhard Bosk

Am 13. April verstarb Gerhard Bosk in Kaltenkirchen im Alter von 85 Jahren. Der Verstorbene war bis 2003 mehr als vier Jahrzehnte Mitglied im Gesamtvorstand der Kreisgemeinschaft Johannisburg, die längste Zeit davon bekleitete er das Amt des Stellvertretenden Kreisvertreters. Ab 2003 war er stimmberechtigtes Ehrenmitglied im Vorstand der Kreisgemeinschaft. Er fehlte bei keiner Sitzung.

Gerhard Bosk hat sich wie kein zweiter in seiner Kreisgemeinschaft um den Aufbau und das Vereinsleben des deutschen Vereins Rosch in Johannisburg gekümmert und gesorgt. Rund 150-mal hat er Versorgungsfahrten von Schleswig-Holstein in seinen Heimatkreis durchgeführt und dabei Sachgüter und Geld überbracht. Gelegentlich wurde er von den Einheimischen der Stadt Johannisburg als „Engel von Masuren“ bezeichnet. Bei einer Versorgungsfahrt wurde er schuldlos in einen schweren Verkehrsunfall verwickelt. Dabei ging sein Auto zu Bruch und er mußte einen längeren Krankenhausaufenthalt in Kauf nehmen.

Die Sache war wichtiger als die eigene Person

Gerhard Bosk war Weltkriegsteilnehmer. Er und seine Generation haben Restdeutschland nach dem Kriege wiederaufgebaut. Unter der durch nichts zu rechtfertigenden Diffamierung der Wehrmachtssoldaten hat er gelitten.

Der Verstorbene nahm bis zuletzt Anteil am bundesweiten Geschehen in der Landsmannschaft Ostpreußen. Der Autor dieser Zeilen war ihm freundschaftlich verbunden. Er dankt Bosk für manch klugen Rat und uneingeschränkte Loyalität.

Wilhelm v. Gottberg

Zarte Pflanze Freundschaft

Begegnungen im Gemüsegarten – Ein Enkel erinnert sich

Zu den Besuchern des heutigen Krasnoznamensk, des früheren Lasdehnen / Haselberg, gehöre auch ich, Jahrgang 1931, einst erster Enkel der Großeltern Danielczick, heute Ältester der ostpreußischen Verwandtschaft. Vor dem Krieg war ich oft, von Berlin kommend, in den Ferien in Haselberg bei den Großeltern, streifte durch Gärten und Felder. Daher hatte ich auch in Erinnerung, wo etwa der großelterliche Ententeich gewesen sein mußte. Gedankenversunken suchte ich in einem Gemüsegarten nach dem Teich. Er war in Umrissen noch schwach erkennbar, aber längst zugewachsen.

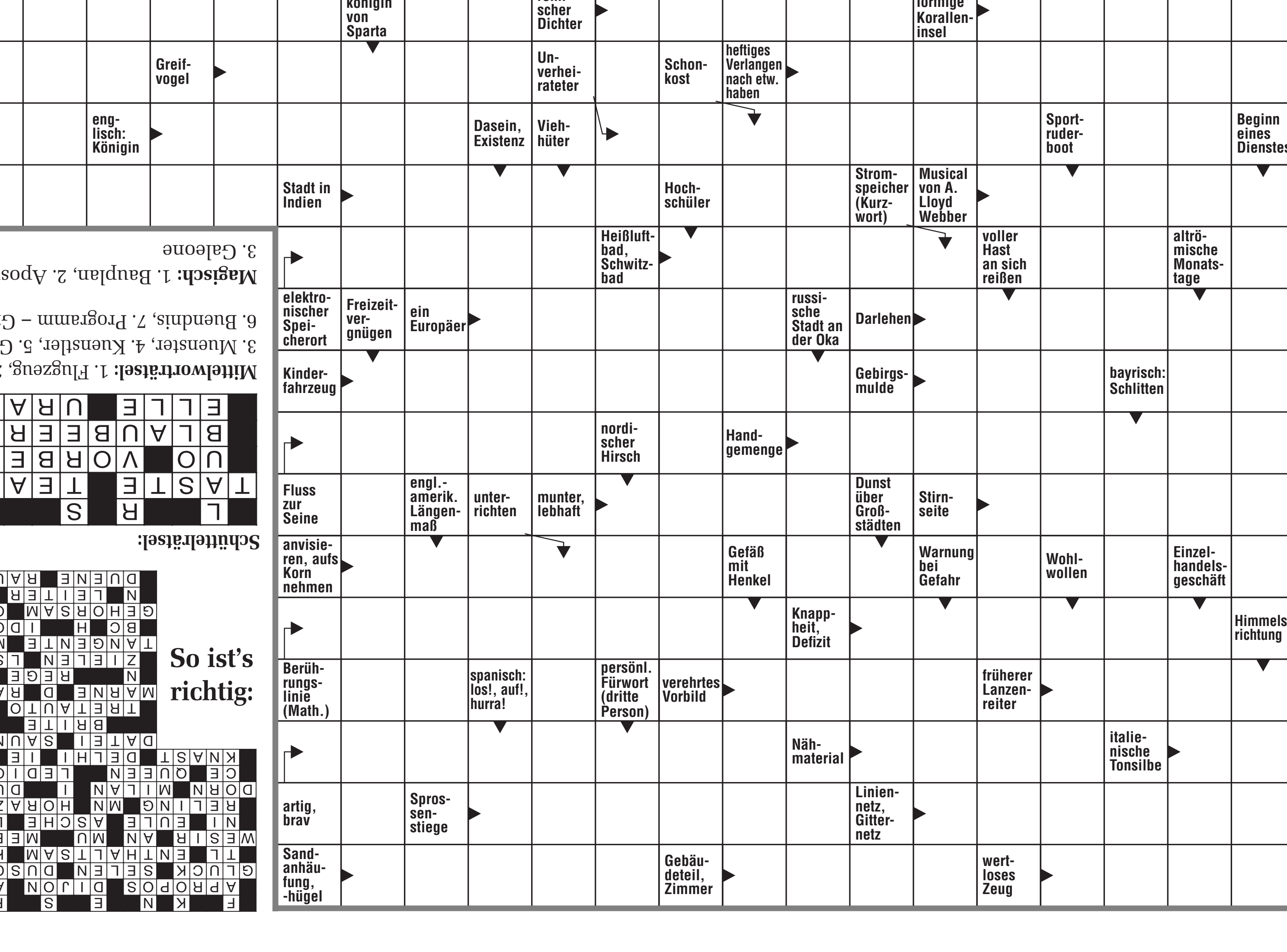
Plötzlich tauchte aus einem Schuppen eine junge Frau auf, laut schimpfend und gestikulierend. Wer sich von uns beiden über die unerwartete Begegnung mehr erschrocken hat, ließ sich nicht klären. Ihre russische Schimpfkanonade, von der ich wegen fehlender Russischkenntnisse kein Wort verstanden habe, wurde immer lauter. In meiner Hilflosigkeit wäre ich am liebsten im Erdboden versunken. Ich fühlte mich wie ein ertappter Dieb und überlegte verzweifelt, wie ich die peinliche Situation beenden könnte.

Einst erster Enkel – heute der älteste Verwandte

In meiner immer größer werdenden Not verfiel ich auf das Englische, die einzige Fremdsprache, in der ich mich einigermaßen verständlich machten konnte. „Do you speak English?“ fragte ich die mit Recht aufgebrachte Frau. „Yes!“ war ihre erlösende Antwort. – Es war die Englischlehrerin des Ortes, wie sich herausstellte, der ich nun erklären konnte, warum ich unerlaubt ihren Garten betreten hatte. Später entwickelte sich ein lebhafter Briefwechsel, Austausch von Familiennachrichten, Grüße zu den Festtagen. Bei unserem nächsten Besuch in „Krasnoznamensk“ konnten wir ihr englischsprachiges Unterrichtsmaterial, zahlreiche Sprachkassetten und Schulbücher übergeben.

Ein englisches Kulturinstitut in Köln hatte mir großzügig Lehrmaterial geschickt, das ich der Lehrerin gern übergeben habe. So ist mit englischer Unterstützung eine deutsch-russische Partnerschaft entstanden, abseits der großen Politik, einzig gegründet auf gegenseitiges Verstehen.

Konrad Murr



Magisch: 1. Bauplan, 2. Apostel, 3. Galeone

Mittelworträtsel: 1. Flugzeug, 2. Kapitaen, 3. Muenster, 4. Kuenstler, 5. Geraeusch, 6. Buendnis, 7. Programm – Ginseng

Schüttelrätsel:



So ist's richtig:



Schüttelrätsel

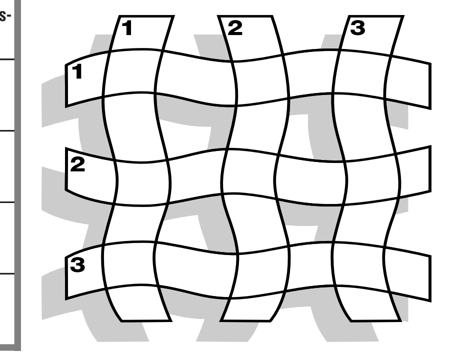
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ABELU		LLOS	EERUV		ERSTU		BEER	AAER	EIKL
					AEKT				
AESTT			BEIORV						
ABBEEELRU									
EELL					ALRU				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine ostasiatische Pflanze.

1	SEGEL		TRAEGER
2	FLUG		LEUTNANT
3	NEU		LAND
4	ZAUBER		PECH
5	NEBEN		VOLL
6	ZWECK		TREUE
7	RUNDFUNK		HEFT



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Entwurf für ein Haus
2 Jünger Jesu
3 mittelalterliches Segelschiff

Schönheit des historischen Erbes

Schwerin und Oranienburg zeigen Gartenschauen und entfalten neue Pracht

Eine wahre Blütenpracht erwartet nicht nur die Besucher des Charlottenburger Schloßparks, sondern auch die der Gartenschauen in Schwerin und Oranienburg.

Rechtzeitig zum Beginn der schönen Jahreszeit haben die Gärtnerinnen und Gärtner der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) den Schloßgarten Charlottenburg in ein prächtiges und farbenfrohes Blütenmeer verwandelt. Neben rund 30000 Zwiebelgewächsen in 30 Arten und Sorten wie Kaiserkronen, Tulpen, Hyazinthen und Narzissen können Spaziergänger sich jetzt auch an etwa 24000 Pflanzen in 15 Arten und Sorten wie Tausendschön, Goldlack, Doronicum, Lunatria, Vergißmeinnicht, Primeln, Hornveilchen und Akelei erfreuen. Die Zusammenstellung der Pflanzen erfolgte in Anlehnung an historische Pflanzungen aus der Zeit um 1700, als der Schloßgarten von Kurfürstin Sophie Charlotte, der späteren ersten Königin in Preußen, angelegt wurde.

Blumen- und Gartenfreunde werden ihre Freude auch in Schwerin (seit 23. April) und in Oranienburg (ab 25. April) haben, wo auf der Bundes- und der Landesgartenschau Hunderttausende Blumen ihre Pracht entwickeln. Auch die zwei Städte blühen auf und erinnern in aller Schönheit an ihr historisches Erbe.

Zur Bundesgartenschau (Eintritt 16 / 14 Euro) zeigt sich das Schweriner Märchenschloß erstmals seit 1990 ohne Baugerüste. Mehr als 100 Millionen Euro hat das Land Mecklenburg-Vorpommern in die Sanierung gesteckt. Bis auf einen kleinen Bereich der Nordbastion ist die Außenfassade vollständig wiederhergestellt.

Der Burggarten, dieses beeindruckende 1,8 Hektar große Gesamtkunstwerk zu Füßen des ehemaligen Großherzogssitzes, konnte bereits von 1999 bis 2002 im Originalzustand von 1857 wiederhergestellt werden. „Eine wahre Puzzlearbeit“, so der damalige Landschaftsarchitekt Stefan Pulkenat. Mit neu angelegtem Rosenhügel bildet er das Herzstück der Bundesgartenschau mit ihren insgesamt sieben Gärten.

Ursprünglich auf über 300 Hektar geplant, präsentieren sich diese jetzt zwar nur noch auf 55 Hektar. Dafür aber fein und überschaubar im Zentrum der alten Residenzstadt rund um den Schweriner See. Da das Geld zunächst nicht reichte, findet die von Hofbaumeister Georg Adolph Demmler (1804–1886) geplante Erweiterung der Schloßpromenade erst jetzt ihre Verwirklichung. Angelegt nach seinen Plänen, allerdings durch Steinschlag-resistente Stablampen modernisiert, führt sie direkt zum Garten des 21. Jahrhunderts, dem Eingangs- und Empfangsbereich der Schau. Damit hat Schwerin nun auch seinen ebenfalls schon von Demmler geplanten Volksgarten erhalten. Ohne BuGa wäre auch die aufwändige Restaurierung des benachbarten Schloßgartens nicht denkbar. In dem 24 Hektar großen historischen Gartenareal aus dem 18. bis 20. Jahrhundert wurden in den letzten drei Jahren Kanäle saniert, 730 Bäume neu gepflanzt, alte Wege, Sichtachsen und Figuren sowie ein Hekken-Labyrinth wiederhergestellt.

Wohl einmalig bleibt der Spaziergang über den Schweriner See, dessen Ufer eine Ponton-Brücke verbindet. Man erlebt Küchen-, Ufer- und Naturgarten im Süden mit dem ebenfalls nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten angelegten Garten am Marstall im Norden, wo der Rundgang durch die Gartenbaukunst vom Barock bis zur Moderne endet.

Der Zufall will es, daß sich Schwerin und Oranienburg, 30 Kilometer nördlich von Berlin, mit ihren zeitgleichen Gartenschauen einen interessanten Wettstreit liefern. Mehr als in Schwerin, dessen Altstadt schon seit Jahren wieder glanzvoll erstrahlt, verhilft die LaGa Oranienburg, seine historische Mitte zurückzugewinnen. Am augenfälligsten ist neben der Neuanlage des Schloßparks die des Schloßplatzes, der durch die Verlegung der B 273 und den Neubau der Schloßbrücke eine wahre Renaissance erfuhr.

Das Schloß selbst war bereits von 1997 bis 1999 grundlegend saniert worden. Unter dem Motto „Traumlandschaften einer Kurfürstin“ erinnert die Oranienburger Gartenschau im Schloßpark an Louise Henriette von Oranien-Nassau (1627–1667), die Gemahlin des Großen Kurfürsten. Friedrich Wilhelm hatte ihr das Amt Bützow, das sich zwei Jahre später in „Oranienburg“ umbenannte, 1650 geschenkt. Als ein Kind des Goldenen Zeitalters von den Niederlanden in die vom Dreißigjährigen Krieg arg gebeutelte Mark Brandenburg verschlagen, hatte sie alles daran gesetzt, dem verwüsteten Landstrich einen Entwicklungsschub zu versetzen. Sei es durch die Ansiedlung von Glaubensflüchtlingen oder die Anwerbung holländischer Siedler, sei es durch die Einführung bis dato unbekannter Pflanzen und Früchte. Mit Erfolg: Oranienburg wurde zum Synonym für wirtschaftlichen Aufschwung und kulturelle Blüte.

Entsprechend sollen auf dem 30 Hektar großen Areal der LaGa 1,2 Millionen Blumen blühen, 85000 Stauden wachsen und die Besucher an fast zwei Kilometer neuen Hecken entlang flanieren. Viermal in den 177 Tagen, während die Gartenschau geöffnet ist, wird das Gelände neu erblühen und dabei den historischen Schloßpark, den neuen Park und Teile des neuen Wasserwanderstützpunktes an der Havel zu einer Einheit aus barocker Anlage, holländischem Garten und lebendigem Hafenareal verschmelzen. Besondere Attraktion wird die holländische Staatsyacht aus dem 17. Jahrhundert sein, die im Hafen vor Anker geht. Das 18 Meter lange und 4,5 Meter breite Segelschiff wurde nach Originalplänen in zwölfmonatiger Arbeit auf einer Oranienburger Werft maßstabsgetreu nachgebaut. Mag das Schiff auch wieder Segel setzen, der restaurierte und neu gestaltete Schloßpark wird bleiben, voraussichtlich jedoch auch er eintrittspflichtig.

In den Eintrittspreis der LaGa (12/9,50 Euro) eingeschlossen ist der Besuch des Schloßmuseums, das neben dem Silberschatz der Hohenzollern seit Januar 2009 für die Dauer von zwei Jahren auch die preußischen Kroninsignien ausstellt, Spitzenwerke der Gold- und Silberschmiedearbeiten des 16. und 17. Jahrhunderts.

Helga Schnehagen



Schwerin: Blütenmeer vor dem Schweriner Schloß

Bild: Schnehagen

Wie Hammond die gleichnamige Orgel erfand



In einer Zeit, in denen die Tanzcafés sich Orchester nicht mehr leisten konnten, aber die Diskotheken mit ihrer Konservenmusik vom Plattenteller sich noch nicht durchgesetzt hatten, gehörte der Alleinunterhalter mit seiner Hammond-Orgel einfach zur gepflegten Unterhaltung am Nachmittag oder Abend. Dabei war die Hammond-Orgel eigentlich als sakrales Instrument konzipiert. Angeregt von einem Mitarbeiter, der Organist in einer Kirchengemeinde war, kam der US-amerikanische Uhrenproduzent Laurens Hammond vor einem Dreivierteljahrhundert auf die Idee, den um 1920 für seine Uhren erfundenen Wechselstromsynchronmotor für ein Musikinstrument zu verwenden, das Kirchengemeinden, aber auch Theatern und Kinos eine Alternative zur teuren Pfeifenorgel sein könnte.

Das Ergebnis war die elektromechanische Hammond-Orgel, für die ihr Namensgeber am 19. Januar 1934 ein Patent beantragte. Die Vorführung verlief derart beeindruckend, daß das US-Patentamt in Washington bereits wenige Monate später, am 24. April 1934, das Patent für das „Electrical Musical Instrument“ erteilte. Da ärmere, afroamerikanische Kirchengemeinden die preisgünstige Alternative zur Pfeifenorgel gerne als Begleitinstrument für ihre Gospels nutzten, fand das Instrument über diese Musikrichtung Eingang in die Unterhaltungsmusik.

Nach dem Tode Laurens Hammonds 1973 wechselten die Erben seines Unternehmens vom elektromechanischen zum elektronischen Prinzip. Damit verloren die Produkte des Hauses zum Leidwesen vieler Hammond-Orgel-Freunde ihren einmalig lebendigen Klang. Die Hammond Organ Company gibt es nicht mehr. Die Rechte am Markennamen „Hammond“ gingen durch verschiedene Hände und befinden sich nun im Besitz der japanischen Firma Suzuki. *M. Ruoff*

Reise in die Eiszeit

Steine am Strand spiegeln die Erdgeschichte wider

An den Ostseestränden gibt es eine große Vielfalt an Mineralien. Kaum ein anderer Landstrich auf dem Globus weist in solcher Dichte die unterschiedlichsten Gesteinsarten auf. Einige Steine haben auf ihrer Oberfläche Formen und Umrisse von Organismen, enthalten also Fossilien. Kinder und Erwachsene freuen sich über besondere, mitunter schön rund geschliffene Kieselsteine am Urlaubsstrand, von denen später manche als „Handschmeichler“ auf dem Büroschreibtisch landen, andere in einem Setzkästchen. Und nicht wenige Strandwanderer füllen sich die Taschen mit Steinen, um daheim die eigene Mineraliensammlung zu bestücken. So erklärt sich der Überraschungserfolg eines Bestimmungsbuchs von Frank Rudolph, das 2004 unter dem Titel „Strandsteine – Sammeln und bestimmen“ erschien und im vergangenen Jahr mit 50000 Exemplaren in die achte Auflage ging. Daran ließ sich gut anknüpfen. „Noch mehr Strandsteine – Sammeln und bestimmen an Nord- und Ostsee“ heißt der mit zahlreichen großen Farbaufnahmen, Tabellen und Grafiken ausgestattete Nachfolgeband, in dem das Spektrum der Gesteinsarten um weitere 180 auf nunmehr rund 300 Beispiele erweitert wird. Der Autor, Biologe und Paläontologe, ist Herausgeber zweier Fachzeitschriften und hat 1999 den Aufbau des an der Landesstraße 165 zwischen Lütjenburg und Schönberg gelegenen Schleswig-Holsteinischen Eiszeitmuseums initiiert.



„Eiszeitliche Landschaftsformen umgeben uns überall. Jeder Stein am Strand, auf den Feldern oder auf dem Kiesweg am eigenen Haus erzählt von seiner Reise in der Eiszeit, hat viel erlebt auf seinem Weg aus dem Norden.“ Dieselben Gesteine wie am Strand lassen sich auch im deutschen Binnenland und in Skandinavien finden.

Die Entstehung der Gesteine und Mineralien ist eng mit der Frühgeschichte unseres Planeten verknüpft. Ihr Alter, ihre Entstehung und Herkunft sind sehr unterschiedlich, einige sind fünf bis 20 Millionen Jahre „jung“, während die ältesten vor rund zwei Milliarden Jahren entstanden sind. Gletscher haben die Geschiebe während der Eiszeiten aus Skandinavien und dem Baltikum zu uns getragen. Dabei wurden sie immer weiter zerkleinert und durch Wellenschlag abgeschliffen. Der Ufersand selbst, größtenteils Quarzsand, ist durch Zerfall und nachfolgenden Transport an die Meeresküsten gelangt. Einzelne Findlinge in Norddeutschland wie etwa der im Jahr 2000 entdeckte „Alte Schwede“, der mit seinen 400000 Jahren zum „ältesten Einwanderer Hamburgs“ erklärt wurde, gelangten in Rekordlisten. Wer genau wissen will, wie die Strandsteine im einzelnen heißen, woher sie stammen und wie alt sie sind, kann diese Fragen, ausgerüstet mit beiden Bestimmungsbüchern, an Ort und Stelle oder in aller Ruhe zu Hause klären. Man erhält darin Auskunft über sämtliche Geschiebe, die sich an Nord- und Ostsee finden lassen. Auch der neue Band ist übersichtlich aufgebaut. Auf 31 Seiten werden zunächst die Bestimmungsmerkmale erläutert. Praktische Tips für den Aufbau einer Sammlung schließen sich an. Im Katalogteil wird auf jeder Seite eine Gesteinsart mit einem Farbfoto vorgestellt und durch Angaben zu Alter, Herkunft, Besonderheiten und Häufigkeit charakterisiert. Die Herkunftsregion ist jeweils auf einer kleinen Karte des gesamten Ostseeraums gekennzeichnet. Im Anhang findet der Leser geologische Zeittafeln, Literaturangaben, Index und ein Glossar.

Dagmar Jestrzemski

***Frank Rudolph: „Noch mehr Strandsteine – Sammeln und Bestimmen an Nord- und Ostsee“**, Wachholtz Verlag, Neumünster 2008, broschiert, 224 Seiten, zahlr. farbige Abbildungen, 16,80 Euro*

Fälscher, Lügen und Dinos

Ein ungewöhnlicher Reiseführer lädt zu Entdeckungen ein

Schloß Neuschwanstein, das Brandenburger Tor oder der Kölner Dom werden auch in dieser Saison wieder Anlaufpunkte für Tausende in- und ausländischer Touristen sein. Diese Sehenswürdigkeiten sind in jedem Reiseführer zu finden. Wie aber steht es um all die kleinen Orte, die ebenfalls touristische Attraktionen zu bieten haben?



Die Autorin Michaela Vieser ist durch Deutschland gereist und hat kuriose Sehenswürdigkeiten aufgespürt. In dem Buch „Heimatkunde für Fortgeschrittene“ stellt sie ungewöhnliche und oft wenig beachtete Orte vor und lädt zu einer ganz besonderen Entdekkungsreise ein. Und so wird der Leser erstaunt feststellen, daß man gar nicht so weit fahren muß, um Exotisches zu finden. Manches liegt sogar direkt vor der Haustür.

Die Burg Frankenstein etwa, deren Ruine, hoch über Darmstadt gelegen, tatsächlich etwas mit Dr. Frankenstein und seinem Monster zu tun hat. Schließlich soll der Alchemist Johann Konrad Dippel von Frankenstein dort auch mit Leichenteilen experimentiert haben. Wunsiedel überrascht mit einem Felsenlabyrinth, das schon die preußische Königin Luise erfreute.

Exotisch geht's zu in Kleinwelka. Dort hatte Franz Gruß seine Leidenschaft für Dinosaurier entdeckt und 50 Großplastiken von Tyrannosaurus und Co. geschaffen. Der Saurierpark entführt seine Besucher in ein andere Welt. Im Gegensatz zu seinen Vettern aus Zement ist das Mammutskelett im Heimatmuseum Sangerhausen echt. Es gilt als das einzige vollständig erhaltene in Deutschland. Tierisch geht's auch zu im Dom zu Schleswig. Dort sind im Kreuzgang auf einem Gemälde zum biblischen Kindermord Truthähne zu sehen. Kurios: Der Truthahn kommt aus Amerika, und das war noch gar nicht entdeckt, als der Kreuzgang im frühen 14. Jahrhundert errichtet wurde. Auch andere Gemälde im Dom wurden später frei nachempfunden. Zu den Restautoren, die dort Hand anlegten, gehörte der aus Königsberg stammende Lothar Malskat (1913–1988). Er fälschte auch gotische Fresken in der Lübecker Marienkirche, zeigte sich aber später selber an. Im Lügenmuseum in Gantikow hat er allerdings keine Aufnahme gefunden. Dort ist allerlei Verrücktes und Versponnenes zu sehen. Ein Spaß für die ganze Familie.

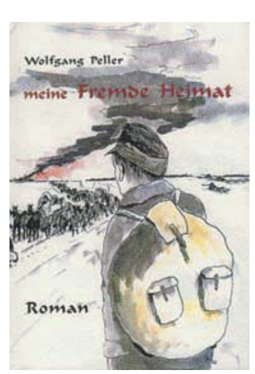
Silke Osman



Nicht nur genialer Fälscher: Lothar Malskat konnte auch eigene Motive meisterhaft umsetzen, wie sein Gemälde „Wolken und Meer“ zeigt.

Bild: Archiv

***Michaela Vieser: „Heimatkunde für Fortgeschrittene – Bodenlose Löcher, Lügenmuseen und kuriose Sehenswürdigkeiten“**, Knauer, München 2008, Klappbroschur, 266 Seiten, schwarzweiße Abbildungen, 12,95 Euro*



Unterdrückt und verjagt

Ein Westpreuße erzählt

„Wir sollten versuchen, nach Berlin zu kommen“, diesen Vorschlag machte die Mutter von Wolfgang Peller ihrem Vater im Herbst 1944. Doch ihr Vater zögerte … zu lange. Als sich die Familie – bestehend aus dem Jungen Wolfgang, seiner Mutter und seinen Großeltern – im Januar 1945 dazu durchrang, vor der herannahenden Roten Armee zu fliehen, war es zu spät. In „Meine fremde Heimat“ schildert Wolfgang Peller nun, wie die aus Schönwarling, einem Dorf nahe Danzig, stammende Familie mitten in die größten Flüchtlingsströme gelangte. „Flüchtlinge – dieses Wort galt bisher immer nur für andere. Wulf wurde jetzt erst bewußt, daß er nun auch ein Flüchtling unter den anderen war … Alle waren sie jetzt Leidensgefährten. Ostpreußen und Westpreußen in einer Scheune.“

Allerdings erkrankte der Großvater schwer, so daß die Großmutter darauf drängte, wieder umzukehren. Doch kaum waren sie daheim angekommen, flohen sie aufgrund der herannahenden Front bald wieder. Dieses Mal zu einer Nachbarin. Und hier erleben sie erstmals die Hölle auf Erden: Im Keller versteckt müssen sie mit ansehen, wie der Stall in Flammen aufgeht und die Tiere um ihr Leben schreien, doch da die Sowjets im Haus sind, können sie den Kühen und Pferden nicht zur Hilfe eilen. Trotzdem werden sie entdeckt und tagelang im Keller gefangengehalten sowie Wolfgangs Mutter und die Nachbarin vergewaltigt.

Wolfgang Peller hat einen bewegenden autobiographischen Roman verfaßt, der nach Aussagen des Autors auf Tatsachen beruht, die er allerdings dramaturgisch und sprachlich ein wenig ausgeschmückt hat. Das Ergebnis ist bewegend und schockierend zugleich, auch wenn man stets im Hinterkopf behält, daß der Autor Vorfälle schildert, die zwar passiert sind, aber nicht ganz so wie dargestellt. Die einzige Schwäche ist, daß die Neben-Charaktere nicht gut genug ausgestaltet sind. Die Großeltern, die Mutter und Nachbarn wirken neben dem Jungen Wulf ein wenig wie Statisten.

Den Polen mehr gram als den Russen

Wolfgang Peller berichtet, daß seine Familie nach ihrem mißglückten Fluchtversuch für einige Monate wieder in ihrem Haus wohnte, doch schon nach wenigen Monaten wird sie von hinzuziehenden Polen in ein weniger schönes, leerstehendes Nachbarhaus vertrieben. Da außer Wolfgangs Familie noch drei weitere deutsche Familien zurückkehren – zufälligerweise gerade die seiner beiden besten Freunde – erlebt das Jungs-Trio auf ihrer Suche nach Lebensmitteln so manches gefährliche Abenteuer.

Am Ende der Lektüre stellt der Leser ein wenig verwundert fest, daß der Autor den zumeist mörderischen Russen weniger gram ist als den später hinzugezogenen Polen, deren Freizeitbeschäftigung es offenbar war, die Deutschen zu schikanieren – Schikanen, die am Ende für ein Familienmitglied tödlich enden. *Bel*

***Wolfgang Peller: „Meine fremde Heimat“**, Rohrbecker Weg 2, 39606 Königsmark, Telefon 039390/82118, broschiert, 240 Seiten, 11,80 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Erfolge durch Lobbyarbeit

Französische Journalistin über den Gentechnik-Giganten Monsanto

„Riecht das nicht förmlich nach einer Verschwörung der Schwarzen?“ fragte die „FAZ“ in ihrer Rezension des neuen Buches der französischen Journalistin Marie-Monique Robin. In ihrem Buch „Mit Gift und Genen“ hat diese eine Sammlung von teilweise unglaublichen Fakten über den Konzern Monsanto vorgelegt. Da der aktuelle Titel der Investigativjournalistin auf den Markt kam, als die Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) ihr Nein zum Anbau von Genmais in Deutschland bekanntgab, sieht die „FAZ“ darin eine mögliche Verbindung. Schließlich sitze der das Buch herausgebende Verlag in München und gelte als konservativ. Daß gleichzeitig „Greenpeace“, politisch anders ausgerichtet als die CSU, das Buch lobt und als ausgezeichnet deklariert, paßt zwar nicht in die Verschwörungs-Theorie, aber das läßt auch mal eine „FAZ“ außer acht.

Und Monsanto ist tatsächlich ein Unternehmen, das polarisiert: Der amerikanische Chemie- und Biotech-Konzern Monsanto, einst Hersteller des im Vietnamkrieg eingesetzten Entlaubungsmittels Agent Orange, ist Marktführer für gentechnisch veränderte Organismen (GVOs). Diese werden seit 30 Jahren in Pharmazie, Medizin und Forschung genutzt und seit einigen Jahren auch in der Nahrungsmittelproduktion. In erster Linie handelt es sich dabei um patentiertes Saatgut, das bisher für Mais, Tomaten, Sojabohnen und Baumwolle zugelassen wurde. Monsanto lobt sein „Sortenmaterial“, dem „in einem ersten Schritt neue Eigenschaften wie Herbizidtoleranz und / oder Insektenschutz verliehen wurden“ und das „zu erheblicher Produktivitätssteigerung bei gleichzeitig nachhaltiger Entlastung der Umwelt“ beitrage. Obwohl die vom Konzern in Auftrag gegebenen Verträglichkeitsprüfungen umstritten sind und die Details unter Verschluß gehalten werden, setzen sich seine Gentech-Nutzpflanzen weltweit durch. Die Folge: Je mehr Patente erlassen werden, desto abhängiger werden Landwirte und Züchter in der Zukunft.

Es gibt noch keine Langzeitstudien – Monsanto wird zum Monopolisten

An der Spitze der Anbauländer von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen steht die USA. Dort und in Kanada zeigte sich schon im zweiten Jahr des Anbaus einer durch Genveränderung gegen Herbizide resistenten Zuckerrübensorte, daß die genetische Vielfalt durch derartige Monokulturen bedroht ist. Robin berichtet über die vielfältigen, katastrophalen Folgen in Argentinien durch transgenes Soja. Das Land wurde durch große Firmen aus Santa Fé und Cordoba vereinnahmt, Wälder wurden gerodet für „Soja, und noch mehr Soja, so weit das Auge reicht“.

Der Genmais Mon 810 ist seit 1998 durch das Europäische Patentamt (EPA) zugelassen. Er produziert ein Gift gegen einen bestimmten Schädling, von dem Monsanto behauptet, es habe „nur äußerst schwache Wirkung“ auf den Menschen und andere Lebewesen. Im Gegensatz dazu enthalten unabhängige Untersuchungen Hinweise auf Gefahren, und Langzeitstudien liegen noch nicht vor. Dennoch ist der Anbau auf zunächst 4000 Hektar Fläche hierzulande durch die Entscheidung von Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner nur knapp verhindert worden. Die EU behält sich deswegen rechtliche Schritte gegen Deutschland vor. Damit nicht genug. Auch ein von Monsanto entwickeltes und an ein anderes Unternehmen verkauftes Schweinezuchtverfahren, das auf Gentechnik beruht, soll zugelassen werden. Was wie eine Orwellsche Fiktion anmutet, ist bereits Realität: Großkonzerne wie Monsanto beabsichtigen, die Nahrungsmittelproduktion weltweit zu monopolisieren. Dessen Erfolge basieren auf rücksichtslosem Geschäftsgebaren und aggressiver Lobbyarbeit.

Marie-Monique Robin ist der Ansicht, daß es infolge des „Wettlaufs um die Gene“ zu einer zuvor nicht gekannten Annäherung zwischen Wissenschaft und Industrie gekommen ist. Robin: „Den Einfluß, den ein multinationales Unternehmen wie Monsanto auf demokratische Staaten ausübt, finde ich schockierend.“ So spielt sie auf den regen Austausch zwischen Unternehmensvertretern sowie Regierungs- und Aufsichtsbehörden an, den es vor allem in den USA gegeben hat. Der Endverbraucher hat von diesen Vorgängen kaum etwas gemerkt, doch nun scheint sich etwas zu ändern: Es sind nicht mehr nur Umweltschützer, die sich gegen die Bestrebungen der Gentech-Giganten wehren. Hierzulande sind es Landwirte, Imker, Kirchen und einige Parteienvertreter, die die „Gier der großen Konzerne auf Lebewesen“ an den Pranger stellen. *D. Jestrzemski*

***Marie-Monique Robin: „Mit Gift und Genen“**, DVA, München 2009, kartoniert, 463 Seiten, 19,95 Euro*



Lässig, lässiger, Parker

Wiedersehen mit einem Berufsverbrecher – Protagonist bleibt konturenlos

„Wallander jammert zu viel“, bekannte kürzlich eine Münchner Krimibuchhändlerin. Sie könne gar nicht verstehen, warum der schwedische Autor Henning Mankell so erfolgreich sei. Nach Auskunft der Inhaberin der Kriminalbuchhandlung sind amerikanische „Hard-Boiled“-Krimis, die im Gangstermilieu spielen, momentan wieder schwer im Kommen. Ein Beispiel für diese Richtung sei der Autor Richard Stark.

Wer ist Richard Stark? Ich muß gestehen, daß ich bis dato noch kein Buch aus seiner Feder in die Hand genommen hatte. Doch Bildungslücken wollen geschlossen werden, und so kaufte ich „Keiner rennt für immer“. Der Krimiexperte Tobias Gohlis, so ist auf dem Buchdeckel zu lesen, hält Starks Helden Parker – der Mann hat keinen Vornamen – für den coolsten Verbrecher der US-Kriminliteratur.

Richard Stark ist eins der vielen Pseudonyme von Donald Edwin Westlake, der am 12. Juli 1933 als Sohn irischstämmiger Einwanderer geboren wurde und 2008 verstarb. Westlake war ein Unterhaltungsschriftsteller reinsten Wassers, ein Handwerker, der für Science-Fiction- und Mystery-Magazine geschrieben, erotische Romane und Thriller vorgelegt hat.

„Keiner rennt für immer“ kann nicht ganz überzeugen. Der Protagonist bleibt konturenlos. Die Story schleppt sich müde dahin. Es geht um eine Bankenfusion in einer US-Kleinstadt. Verschiedene Figuren wollen an das Geld. Außerdem sucht ein Kopfgeldjäger nach einem Spitzel, den Parker mundtot gemacht hat. Der Stil hingegen überzeugt: Das Buch gleicht einem Athletenkörper – kein Gramm Fett (sprich kein Satz) zu viel. *A. Lange*

***Richard Stark: „Keiner rennt für immer“**, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2009, geb., 288 Seiten, 16,90 Euro*

Gute Seiten der Globalisierung

Indischer Wirtschaftswissenschaftler erklärt Entwicklungen im Plauderton

Der Autor Jagdish Bhagwati, über 70 Jahre, aus Bombay stammend, gilt als nobelpreisverdächtiger Wirtschaftswissenschaftler. Er lehrt an der Columbia-Universität und hat auch schon die WTO und die Uno beraten. Also ist er kompetent, zur „Verteidigung der Globalisierung“ etwas Relevantes zu sagen, und er tut das mit viel akademischem Optimismus, gegen die aggressiven „Säbelschwinger“ und gegen die eher argumentativen „Geltendmacher“. Sein Stil ist dabei so plauderhaft, daß ein deutscher Wissenschaftler ihn schon als standeswidrig empfinden würde. Damit geht allerdings Raum für seriöse Argumentation verloren, die dann aber doch immer wieder einsetzt und ein Vorbild an Allgemeinverständlichkeit abgibt.

Der Autor nimmt die möglichen Einwände gegen die Globalisierung ernst, entkräftet sie teilweise auch nicht, besonders wenn er dabei ins Gebiet des Nicht-Ökonomischen geraten müßte. Vergrößert die Globalisierung in den reichen und den armen Ländern die Armut? Das könne nicht sein, denn Globalisierung führe zu mehr Produktion und Handel, erklärt Bhagwati. Ob die Güter dann auch immer so verteilt werden, daß keine sozialen Spannungen auftreten, kann man jedoch nicht so abstrakt feststellen.

Auch könnte die in der Dritten Welt weit verbreitete Kinderarbeit durch den insgesamt wachsenden Wohlstand eingedämmt werden, denn sie hat als Nährboden die Armut, argumentiert der Inder. Allerdings sei es problematisch, das Verbot von Kinderarbeit mit Hilfe der WTO in Handelsabkommen festzuschreiben, denn in solchen Konstellationen überlappen sich üblicherweise humanitäre und wirtschaftlich-egoistische Motive, was leicht zur Unglaubwürdigkeit der ersteren führt. Zudem bräuchte es zur Überwachung der vertraglichen Standards ein Sanktionsregime, also teuren Zusatzaufwand, wobei Dunkelziffern unvermeidbar und die Sanktionen wahrscheinlich unwirksam seien und das Partnerland zudem leicht mit defensivem Protektionismus reagieren könne, wo doch Freihandel unbedingt vorzuziehen sei.

Humanität häufig als Ausrede für Wirtschafts-Egoismus

Angesichts der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise muß festgehalten werden, daß der Autor sorgfältig zwischen freiem Handel und freiem Kapitalverkehr unterscheidet. Die Asien-Krise von 1997 hat ja gezeigt, daß die übereilte Liberalisierung der Kapitalmärkte zu unverantwortlicher Kreditaufnahme führt. Der Autor sieht die Verursacher der Asien-Krise auch und gerade in der US-Finanzwelt (die er „Wall-Street-Finanzministeriums-Komplex“ tauft) und in deren Druck zugunsten der genannten Liberalisierung.

Wie steht es mit der im Wege der Globalisierung zu befürchtenden Erosion des Einflusses der Gewerkschaften oder mit dem Demokratie-Defizit, das durch den Ausbau internationaler Strukturen begünstigt wird? Hier lauern wiederum ideologische Untiefen, weshalb der Autor gar nicht erst eine Antwort versucht.

So werden die verschiedenen Themen berührt. Ein Beispiel: Die legale wie illegale Migration gehört zu den Phänomenen der Globalisierung, die man nach der Auffassung des Autors im Grundsatz am besten hinnehmen sollte. Statt Zwangsmaßnahmen gegen Migranten oder Arbeitgeber, die Migranten illegal beschäftigen, sollte nach Ansicht von Bhagwati lieber eine „World Migration Organization“ gegründet werden, die, wie den nicht besonders konkreten Ausführungen des Autors entnommen werden könnte, die Migrationspolitiken der verschiedenen Staaten miteinander vergleicht – und daraus (vermutet der Rezensent) für die Uno einen Vorschlag zur Schaffung eines Welt-Migrationspaktes herausdestilliert.

Natürlich geht ein gebürtiger Inder, der Bilder zahlreicher und insgesamt hochqualifizierter nationaler Diaspora vor Augen hat, nicht weiter auf die Schattenseiten der internationalen Migration ein. *Bernd Rill*

***Jagdish Bhagwati: „Verteidigung der Globalisierung“**, Pantheon-Verlag, München 2008, broschiert, 524 Seiten, 16,95 Euro*



Hitlers Sohn?

Vaterschaftstest als Beleg

„Im Ersten Weltkrieg, in dem er in Flandern als Feldwebel kämpfte, zeugte Adolf Hitler mit einer jungen Französin, mit der er heimlich eine Beziehung hatte, einen Sohn.“ Will man der ambitionierten Untersuchung des belgischen Journalisten Jean-Paul Mulders Glauben schenken, so hat er das Rätsel um die angebliche Vaterschaft Hitlers gelöst. Allerdings ist Mulders weder Historiker – der Gefreite Hitler wird hier zum Feldwebel – noch ist er Biotechnologe.

Der 1918 geborene und 1985 verstorbene Franzose Jean-Marie Loret behauptete in den 70er Jahren, daß seine Mutter Charlotte Lobjoie ihm auf ihrem Sterbebett 1948 gestanden habe, daß Hitler sein Vater sei. Viele bezweifelten den Wahrheitsgehalt, doch der Historiker Werner Maser war davon überzeugt. Hitler und Lorets Mutter kannten sich schließlich: Es gibt ein Gemälde des Malers Hitler, das Charlotte zeigt. Doch damit ist Hitler ja nicht auch gleich der Vater ihres unehelichen Sohnes.

Da man heute mit DNA-Analysen eine Vaterschaft eindeutig belegen kann, machte sich der belgische Journalist auf die Suche nach Erbgut von Jean-Marie Loret und Hitler. Ersteres entnahm er der Marke eines Briefes, den der verstorbene angebliche Sohn einst geschrieben hat. Die Briefmarke enthielt tatsächlich DNA-Rückstände vom Speichel Lorets. Um an die Hitler-DNA zu kommen, reiste der Journalist erst nach Österreich und dann in die USA. Dort klingelte er an zahlreiche Türen von Menschen, die nah bis entfernt mit Hitler verwandt sind. Doch die meisten wollten nichts mit diesem Verwandten zu tun haben. Also wühlte Mulders im wahrsten Sinne des Wortes im Müll: Zigarettenkippen und benutzte Servietten waren das Ergebnis. Dort fand er, was er suchte und was die Firma „Life-Id“ in ihrem Labor verwerten konnte. Und auch wenn Mulders Methoden eigenwillig und gar nicht wissenschaftlich sind, so entbehren die Schlußfolgerungen nicht einer gewissen Logik. Ihr Ergebnis würde den 2007 verstorbenen Maser aus der Bahn werfen. *R. Bellano*

***Jean-Paul Mulders: „Auf der Suche nach Hitlers Sohn – Eine Beweisaufnahme“**, Herbig, München 2009, geb., 109 Seiten, 13,95 Euro*

Elch, groß



Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert,
auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm, Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013

€ 149,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 1333,
statt € 19,90 nur noch € 9,95



Wolfgang Welsch
Die Verklärte Diktatur
Geb., 308 Seiten
mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 6771, € 24,90



Travis Elling
Masuren
Wunderschöner Bildband
Gebunden, farb. Abb.,
160 Seiten,
Format 21 x 27 cm
Best.-Nr.: 6768, € 9,95

Flug über Nord- Ostpreußen

Endlich wieder lieferbar!

Teil 1, Die Küste

In allen Einzelheiten zeigt dieser Film die schönsten Abschnitte der ostpreußischen Küste aus der Luft, im Wechsel dazu Bodenaufnahmen von den markantesten Stellen. Eine immer wieder eingeblendete Landkarte veranschaulicht die Flugroute. Wir starten vom, altem Königsberger Flughafen Devau und fliegen zunächst über die Stadt und den Hafen zur Pregelmündung und auf das Frische Haff hinaus. Parallel zum Königsberger Seekanal geht es bis zum Peyser Haken, wo wir nach Nordwesten schwenken, um quer über das Fischhausener Wiek zur Ostseeküste zu gelangen, die wir dann 110 Kilometer lang nicht mehr verlassen. Den ersten „Sprung an Land" unternehmen wir bei Palmnicken mit seinem berühmten Bernsteinwerk. Weiter geht es entlang der Bernsteinküste, vorüber am„Galgenberg" bei Groß Dirschkeim und um Brüsterort herum, nach Groß Kuhren und zu den berühmten Ostseebädern Rauschen, Neukuhren und Cranz. Genauer unter die Lupe nehmen wir die idyllischen Nehrungsdörfer Sarkau, Rossitten und Pillkoppen. Vor Nidden müssen wir leider abdrehen, da hier die litauische Lufthoheit beginnt. Zurück fliegen wir auf der Innenseite der Nehrung und am südlichen Haffufer entlang, vorbei an Schaakswitte und Rinderort bis Labiau. Ein letzter Höhepunkt ist das weite und fruchtbare, von Alleen durchzogene östliche Samland, bevor wir wieder in Königsberg landen, allerdings nicht, ohne noch einen Bogen über die Innenstadt zu fliegen.
Laufzeit: 52 Minuten, Best.-Nr.: 5398, € 19,95

Teil 2, Von Königsberg bis Insterburg



Das Pregeltal, Ostpreußens zentrale Lebensader, ist der Leitfaden dieses Films; Königsberg, Tapiau, Wehlau und Insterburg sind die Hauptstationen. Aus der Vogelperspektive suchen wir das Panorama der zerstörten ostpreußischen Hauptstadt auf historische Gebäude ab. Dabei schauen wir uns die sehenswerten Ecken auch aus der Nähe an. Erste Station auf dem Flug ins Landesinnere wird Arnau mit der geschichtsträchtige Kirche sein. Die „R 1", die Reichsstraße Nr. 1, weist uns den Weg nach Tapiau, das den Zauber einer ostpreußischen Kleinstadt noch nicht verloren hat. Wehlau dagegen, einstmals die Stadt mit dem größten Pferdemarkt Europas, ist nur bruchstückhaft zu rekonstruieren. Bei Taplacken, wo die R 1 den Pregel überquert und die R 138 nach Tilsit abzweigt, entdecken wir noch die Reste der Burg. Und immer wieder begleitet uns der Pregel - bis Insterburg. Dort, in der einstigen Hauptstadt der altpreußischen Landschaft Nadrauen, besichtigen wir die noch intakten Straßenzüge und verschaffen uns wiederum einen Rundumblick aus der Vogelperspektive. Enden wird die Reise daher mit einem Besuch auf dem nahe gelegenen Gestüt Georgenburg.
Laufzeit: 62 Minuten, Best.-Nr.: 5399, € 19,95

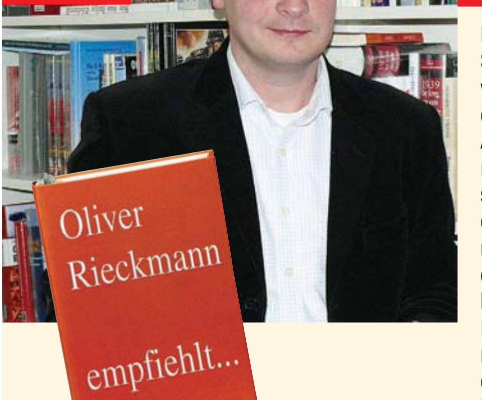
Teil 3, Rominter Heide- Trakehnen-Elchniederung,

Zwei landschaftliche Schwerpunkte bestimmen diesen Film: die „Große Wildnis" - so nannte man Ostpreußens östlichen Grenzraum gegen Litauen - und die Elchniederung mit ihren Flüssen und Kanälen. Die wunderbaren, noch nie gesehenen Flugaufnahmen setzen hinter Insterburg ein, wo Teil II des Fluges über Nord-Ostpreußen endet. Das Tal der Pissa geleitet uns zunächst nach Gumbinnen, der Hauptstadt des gleichnamigen Regierungsbezirkes. Nach der Besichtigung fliegen wir weiter nach Ebenrode, der vorletzten Station der Ostbahn vor der litauischen Grenze. Diese erreichen wir bei Vistytis am Wystiter See. Nicht weniger berühmt ist Trakehnen, mit dem die erste Hälfte des Filmes ihren Höhepunkt erreicht. Ein Flug quer über das menschenleere und unbestellte Land mit einer Zwischenstation in Kreuzingen schlägt den Bogen zum Elchwald in der Memelniederung. Über dem Großen Moosbruch steigen wir um in ein Motorboot, um mit der Laukne, der Wiepe und dem Timberkanal einen kleinen Ausschnitt des weitverzweigten Memeldeltas aus der Nähe zu erleben. So gelangen wir in das Fischerdorf Elchwerder und über das Kurische Haff auch nach Gilge, in das größte und schönste der Haffdörfer. Diesem zweiten Höhepunkt schließt sich ein Flug entlang dem Großen Friedrichs-Graben zur Kreisstadt Labiau an, in der wir kurze Zeit verweilen, um schließlich über Groß Legitten in die Provinzhauptstadt Königsberg, den Dreh- und Angelpunkt Ostpreußens, zurückzukehren.
Laufzeit: 73 Minuten, Best.-Nr.: 5400, 19,95

Sonderangebot
Alle drei Teile zusammen
Best.-Nr.: 5401
nur € 39,95

Ostpreußen-Reise 1937

Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.



Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Rominter Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

Sonderangebot! statt € 25,80 nur € 19,95

Max Riemer, Wilhelm Obgartel
Geschichtliches Heimatbuch Ostpreußen
Geb., 248 Seiten, Format: 17 x 24 cm, Reprint der Originalausgabe von 1925,Leineneinband mit Goldprägung
Best.-Nr.: 4812
statt € 24,95 nur € 9,95

Martin Schmidtke
Rettungsaktion Ostsee 1944/1945

Zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote von Handelsflotte, Kriegsmarine, Luftwaffe und Heer mit den Häfen und Einschiffungsorte während der Rettungsaktion. Darüber hinaus enthält das Buch eine chronologische Liste der Schiffs- und Menschenverluste. Über ein alphabetisches Register der beteiligten Schiffe, der früheren und Zweit-Schiffsnamen und der Schiffsnamen nach Kriegsende verschafft sich der Suchende schnell einen Überblick.
Geb., 344 Seiten mit über 1000 Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 4760
€ 39,00

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

PMD Preußischer Mediendienst
Oliver Rieckmann empfiehlt...

Demokratie. Bonn, Berlin, Washington: Gabor Steingart kennt Akteure und Abläufe der Politik wie nur wenige Journalisten. Sein Bestseller über die Wirtschaftsmisere (»Deutschland – Der Abstieg eines Superstars«) ist eines der einflussreichsten Bücher der letzten Jahre. Sein Globalisierungsthriller »Weltkrieg um Wohlstand« wurde in rund 20 Staaten publiziert, darunter in China und den USA. Henry Kissinger sprach von einem »präzise und fesselnd geschriebenen Realitäts-Check für Amerika«.
Pünktlich zum 60. Geburtstag der Republik widmet sich Steingart in »Die Machtfrage« dem demokratischen System in Deutschland. Mit kühler Präzision beschreibt er die Kanzlerkandidaten und den Niedergang der Volksparteien. Sein alarmierender Befund: Die Demokratie ist erstarrt. Die Parteien sind nicht mehr repräsentativ für das Volk, das sie führen. Sie fremdeln mit der Lebenswirklichkeit, ihre Gestaltungskraft ist geschrumpft, ihr Machtwille allerdings ungebrochen. Deutschland habe sich in eine »Demokratie von oben« verwandelt, in der zunehmend »Politik ohne Volk« betrieben werde.
Kart., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6777



Gabor Steingart
Die Machtfrage- Ansichten eines Nichtwählers
Die deutsche Demokratie wirkt matt und müde. Die Parteien als Träger politischer Macht sind überfordert. Was tun? Einer der wichtigsten politischen Journalisten des Landes bleibt nicht bei der Analyse stehen: Sein Buch liefert überraschende Innensichten der Macht – und eine ebenso überraschende (Wahl-)Empfehlung. Steingart will Mut machen. Er wirbt für eine Erneuerung der

€ 14,95

Sturm über Ostpreußen

Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Die beiden Filme dieser Doppel-DVD (bisher als VHS- Video unter den Titeln: Ostpreußen im Inferno 44/45 und Ostpreußen im Todeskampf 45) schildern ergänzend mit teilweise noch nie gezeigten Aufnahmen, russischen und deutschen Wochenschauen und Interviews mit zahlreichen Augenzeugen - Soldaten und Zivilisten, wie die Tragödie des Untergangs Ostpreußens sich bis zur Kapitulation 1945 von Akt zu Akt steigert. Sowjetische Kameraleute hielten fest, wie Ostpreußen Stück für Stück der Roten Armee in die Hände fiel, wie Tilsit, Insterburg, Allenstein und Elbing brannten und wie schließlich im "Sturm auf Königsberg" die Hauptstadt genommen wurde.
Laufzeit: 210 Minuten
+ 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500

2 DVDs

Sonderangebot! statt € 24,90 nur € 19,95

Romantisches Masuren, DVD

Wer Masuren als „Land der tausend Seen" bezeichnet, der untertreibt. Es sind weit über 3.000 Seen, die diese romantische Landschaft von unberührten Flußläufen, von verschwiegenen Wäldern, goldgelben Kornfeldern, verträumten Städtchen und einer intakten Tier- und Pflanzenwelt prägen.
Unsere Reise führt uns durch die Städte Passenheim, Ortelsburg, Johannisburg, Lyck, Arys, Rhein, Angerburg, Sensburg, Nikolaiken u. v. a. Die überwältigende Naturlandschaft Masurens erleben wir nicht nur in traumhaft schönen Bodenaufnahmen sondern ebenso in faszinierenden Szenen aus der Luft.
Laufzeit: 55 Min.
Best.-Nr.: 5397,
€ 19,95

DVD



Kerrin Gräfin von Schwerin
Wilhelmstraße 63
Schicksalsjahre einer preußischen Familie
Geb., 304 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6772, € 9,95

Elch, klein

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert,
auf Metallplinthe,
Höhe: 16 cm, Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627

€ 99,95

Unsere Musikempfehlung

100 Deutsche Volkslieder, 3-CD-Box

CD 1: Wohlauf, die Luft geht frisch und rein • All mein Gedanken, die ich hab • Mein Mädel hat einen Rosenmund • Kein Feuer, keine Kohle • Jetzt fängt das schöne Frühjahr an • Es, es, es und es • Ein Jäger aus Kurpfalz • u.a.
CD 2: Tanz mir nicht mit meiner Jungfer Käthen • Heißa Kathreinerle • Hopsa, Schwabenliesel • Wenn alle Brünnlein fließen • Das Lieben bringt groß Freud • Ännchen von Tharau • Im schönsten Wiesengrunde • Wahre Freundschaft • u.a.
CD 3: O Täler weit o Höhen • Kein schöner Land in dieser Zeit • Am Brunnen vor dem Tore • An der Saale hellem Strande • Ach, wie ist´s möglich dann • Du, du liegst mir am Herzen • Der König von Thule • Es waren zwei Königskinder • Heidenröslein • Freut euch des Lebens • Der Winter ist vergangen • Auf, auf zum fröhlichen Jagen • u.a.
Rundfunk-Jugendchor Wernigerode, Mädchenchor Wernigerode, Studiochor Berlin
Best.-Nr.: 6452, € 24,95

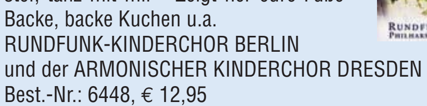
3 CDs

Fuchs, du hast die Gans gestohlen



Die schönsten Kinderlieder (Folge 2)
Fuchs, du hast die Gans gestohlen • Es tanzt ein Bi-Ba-Butzemann • Grün, grün, grün sind alle meine Kleider • Suse, liebe Suse • Trarira, der Sommer, der ist da • Kleine Meise • Eine kleine Geige • u.v.a.
Rundfunk-Kinderchor Berlin, Philharmonischer Kinderchor Dresden u.a.
Best.-Nr.: 6449, € 12,95

Ein Männlein steht im Walde



Die schönsten alten Kinderlieder
Hänschen klein • Jetzt kommen viele Musikanten • Kuckuck, Kuckuck ruft´s aus dem Wald • Alle meine Entchen • Ich bin die Frau Hummel • Ein Männlein steht im Walde • Der Schaffner hebt den Stab • Liebe Schwester, tanz mit mir • Zeigt her eure Füße • Backe, backe Kuchen u.a.
RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN
und der ARMONISCHER KINDERCHOR DRESDEN
Best.-Nr.: 6448, € 12,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger





Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Königsberg-Schlüsselanhänger



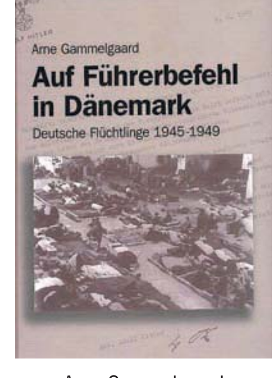
Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95



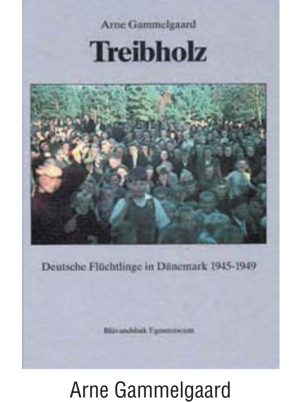
Hubertus Knabe
Honeckers Erben
Die Wahrheit über DIE LINKE
Geb., 448 Seiten
Best.-Nr.: 6773, € 22,90



Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl 1945- 1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95



Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00



Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95



Stefan Scheil
Churchill, Hitler und der Antisemitismus
Die deutsche Diktatur, ihre politischen Gegner und die europäische Krise der Jahre 1938/39
Kart., 335 Seiten
Best.-Nr.: 6774, € 28,00

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 17/09
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Die Wüste weicht zurück

Niamey – Entgegen den apokalyptischen Prognosen von „Klimaforschern“ breitet sich die Sahara nicht etwa aus, im Gegenteil: Die Sahelzone am Südrand der Wüste ergrünt rasant. Wie der „Spiegel“ berichtet, hat die Vegetation in dem Gebietsstreifen zwischen Senegal und Somalia allein zwischen 1982 und 1999 um teilweise über 200 Prozent zugenommen, im Staat Niger entstehen demnach jedes Jahr 250 000 Hektar Baumland mehr. *H.H.*

Rumänien holt Moldauer herein

Brüssel – Beunruhigt hat die EU auf die Ankündigung Rumäniens reagiert, etwa eine Millionen Moldauer einzubürgern. Die Moldau-Republik war bis 1945 Teil Rumäniens und wird überwiegend von ethnischen Rumänen bewohnt. Bei jüngsten Unruhen waren Rufe nach Wiedervereinigung mit Rumänien lautgeworden. Einbürgerung ist in der EU Sache der Staaten. Ab 2014 könnten die „rumänischen“ Moldauer überall in der Union leben und arbeiten. *H.H.*

ZUR PERSON

»Einer der Besten«

Ich bin nur Sekretär, ich bestimme nicht.“ Dies sagte **Walther Otremba** gegenüber der „FAZ“, als er im September 2006 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wurde. Doch die Zeiten dürften sich geändert haben. Der Spitzenbeamte ist inzwischen zu einem der vier Retter aus der Wirtschaftskrise geworden. Er und seine drei Mitstreiter – die Staatssekretäre Jörg Asmussen, Lutz Diwell und der Kanzlerberater Jens Weidmann – entscheiden über die Verwendung der Rettungspakete für Banken und Unternehmen. Eingebunden in ihre Ministerien – das Finanz-, Wirtschafts- und Justizministerium sowie das Bundeskanzleramt – verfügen die vier über eine Macht, wie sie deutsche Beamte bisher noch niemals zuvor besaßen.



„Ein erstklassiger Ökonom. Einer der besten, der mir im Finanzministerium je begegnet ist“, wurde der heute 57jährige bereits von seinem ehemaligen Chef, dem früheren Finanzminister Theo Waigel, gelobt. Unter ihm war Otremba Leiter des Referats Steuerpolitik, dann Chef der Unterabteilung Grundsatzfragen.

Der gebürtige Ahrensburger war nach seinem VWL-Studium wissenschaftlicher Mitarbeiter am Staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Köln, bevor er ins Finanzministerium wechselte. Zuerst als Referent von Gerhard Stoltenberg. Nach 20 Jahren unter wechselnden Finanzministern zog es ihn von 2002 bis 2006 als Vorstandsvorsitzender zur Bundesanstalt für Post und Telekommunikation. Inzwischen war der Vater von vier Kindern sogar Parteimitglied geworden. Finanzminister Lafontaine habe ihm „so sehr gestunken“, daß er in die CDU eingetreten sei, so Otremba, der auch im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG sitzt. *Bel*



Das Kombi-Ticket

Zeichnung: Mohr

Das Gefühl Merkel

Wie nun endlich der Wahlkampf losgeht, warum die Kanzlerin den Nebel liebt, und wieso Horst Seehofer so ins Schwitzen kommt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Endlich ist Schluß mit dem falschen Getue, endlich ist Wahlkampf! Es war nicht mehr zum Aushalten: Da saßen sie in steifer Runde am Koalitionstisch und blinzelten sich verstohlen an, als sei alles eitel Sonne und drehe sich allein „um unsere gemeinsame Verantwortung“. Unter der Decke hingegen quälten sie sich mit glühenden Eisen. Die Schwaden verschmorter Harmonie nahmen den Kommentatoren den Atem zum deftigen Kommentieren. So lasen wir immer nur den monotonen Satz: „XY legte Wert darauf, daß seine Äußerungen nicht als Wahlkampf zu verstehen, sondern allein der gemeinsamen Verantwortung geschuldet seien.“ Die Phrase hörten wir seit Herbst 2008 in tausend Variationen, alle gleichermaßen langweilig.

Aber nun ist Schluß damit, jetzt geht es los, seit Franz Müntefering seinen Kanzlerkandidaten im Berliner Tempodrom vorgeführt hat. Als Münte seinen Steinmeier aufs Rednerpodest bat, wirkte der würdig gereifte SPD-Chef wie ein stolzer Vater, der der weitläufigen Verwandtschaft seinen strebsamen Zögling präsentiert: Seht mal! Ist der nicht niedlich? Vielleicht nicht der Schlaueste, aber fleißig für drei! Aus dem wird bestimmt mal was, später, wenn er groß ist.

Wie der Nachwuchs nunmal ist, will Frank-Walter Steinmeier aber jetzt schon wie ein Großer sein, das heißt für ihn: wie Schröder, so vom Gehabe her. Den hatte er viele, viele Jahre begleitet und sich bei dem alten Hallodri abgeguckt, wie man kanzlert. Deshalb prallen auch alle guten Ratschläge am Außenminister ab: Durchaus Wohlmeinende haben den SPD-Kandidaten mehr als einmal bekniet, diese Schröderei sein zu lassen und seinem eigenen Stil zu folgen.

Wir wollen Steinmeier ohne weiteres abnehmen, daß er seinen eigenen Stil emsig gesucht hat, faul ist er bekanntlich nicht. Doch vermutlich hat er ihn zwischen den Aktendeckeln seiner Ministeriallaufbahn nicht gefunden. Also schrödert er sich so durch.

Freunde des echten Schröder monieren, daß ausgerechnet sein Adept Steinmeier von der Neue-Mitte-Agenda-Politik abrücke, die doch Gerhards Vermächtnis war. Ruhig Blut: Daß der Schröder damals auf Fordern und Fördern und Liberalisieren gemacht hat, lag rückblickend betrachtet eher an der äußeren Windrichtung jener Zeit als an seinen inneren Neigungen. Als „Agenda“ zum Schimpfwort erklärt wurde, konnte Schröder die Vokabel von einem Tag auf den anderen nicht mal mehr aussprechen. Er gehört zu jenen Könnern, die immer fünf Asse im Ärmel haben und nur mit ihren eigenen Würfeln spielen.

Ob Steinmeier das auch kann? Immerhin hat er saftig auf sozialistisch gemacht im Tempodrom, dabei aber zumindest den größten roten Blödsinn, die Vermögensteuer, in der ersten Kurve vom Wagen geschubst. Das zeigt, daß er mit den berüchtigten „Befindlichkeiten“ einigermaßen umgehen kann.

> Wenn wir nicht genug »Reiche« finden zum Schröpfen, dann setzen wir eben die Grenzen herunter

Die herausgeforderte Kanzlerin hat es dabei noch viel leichter. Angela Merkel geht nicht mit Befindlichkeiten um, sie ist selber eine. Die Deutschen mögen ihre Kanzlerin irgendwie. Weshalb genau, ist nicht recht herauszubekommen. Wer nachfragt, was denn so gut sei an der Regierungschefin, bekommt Antworten von solcher Schwammigkeit, daß sie nur aus dem Urgrund des Unterbewußtseins stammen können. Sie mache die Sache doch recht gut, halte das Staatsschiff ruhig, sei angenehm uneitel und bübisch gerissen, wenn es drauf ankommt.

Eine Erklärung für Merkels Popularität ist das alles nicht wirklich. Vielleicht sind es die anderen Staatslenker, die Merkel im Kontrast so wohlig wirken lassen: Die Bushs und Obamas, Sarkozys, Berlusconis oder Putins – alle - samt welche, die gern auf charismatisch, auf starker Mann machen. Selbst der Brite Brown hat das versucht.

Die Deutschen haben ihre Schwierigkeiten mit hochfahrenden, starken Männern. Man sagt, das liege an der NS-Erfahrung. Das ist (wie üblich, wenn jemand seine Theorie mit einem NS-Abgleich begründet) vermutlich Quatsch. Das war nämlich schon früher so: Selbst einen größten der Großen, Friedrich II. von Preußen, schlossen seine Landeskinder erst so richtig ins Herz, als die Zeit der siegreichen Kriege und atemberaubenden Reformen längst vorbei war. Als aus dem strahlenden jungen König der „Alte Fritz“ geworden war, der gichtgeplagte, einsame Mann von Sanssouci, in dessen Reich Berechenbarkeit und umsichtiger Fortschritt herrschten, ganz anders als im vorrevolutionär aufgewühlten Frankreich oder im rabiat kapitalistischen Britannien.

Die Kanzlerin baut darauf, daß das „Gefühl Merkel“ genau das sein wird, was sich die Deutschen in der Krise wünschen, wenn es überall kracht und pfeift und sich die Straßen mit Menschen füllen, die um ihre Existenz fürchten. Daher hat sie es auch überhaupt nicht eilig, der SPD jetzt mit einem Gegenprogramm in die Parade zu fahren. Merkel liegt es eher, ein wenig aus dem Nebel zu agieren, je undeutlicher die Positionen, desto leichter kann man sie verändern. Die Wahlkämpfer der Union haben es dementsprechend schwer, auszudrücken, wofür sie eigentlich stehen.

Das treibt vor allem der CSU den Schweiß auf die Stirn. Erst Ende Juni, so der Plan, sollen CDU und CSU ihr gemeinsames Wahlprogramm verkünden. Du liebes Bißchen! Das ist rund drei Wochen nach der Europawahl! Zur Erinnerung: Beim EU-Urnengang am 7. Juni müssen die Christsozialen nur in Bayern so viele Stimmen holen, daß sie bundesweit gezählt über fünf Prozent kommen. Sonst droht im EU-Parlament das Aus für sie. Eine unsagbare Blamage.

Sprachlich galoppiert CSU-Chef Horst Seehofer daher durch die Gefilde der linken Mitte, um dort Kreuze zu erbeuten: Die „Zeiten des Marktradikalismus“ seien „vorbei“ giftet der Christsoziale, mit den „Auswüchsen des Spekulationskapitalismus“ müsse Schluß gemacht werden. Horst Seehofer hat wirklich Angst vor der SPD, die ihrerseits kaum schlafen kann wegen der Linkspartei.

Ironischerweise sind es allerdings die Dunkelroten, die sich am meisten ärgern dürften. Das Schlachtfeld der verbalen Kapitalismusverfemung ist mit den Steinbrücks und Seehofers dermaßen vollgestopft, daß die Post-SEDler gar nicht mehr aus ihren Stellungen kommen.

Hier rächt sich zudem der leichte Zugang zur Macht, den man den Ultralinken gewährt hat, an ihnen selbst. Es wäre doch eine gute Idee, wenn die Postkommunisten sich jetzt die Staatsbanken wie KfW oder Landesbanken vorknöpften. Im Rausch der Renditen haben sie am schlimmsten mitgepokert und Steuerzahlermilliarden in Rauch verwandelt. Könnte man da nicht die verantwortlichen Politiker durch den Wolf drehen? Könnte man, wenn im Verwaltungsrat der KfW nicht ausgerechnet ein gewisser Oskar Lafontaine säße, der genauso fest geschlafen hat.

Aber es gibt ja noch die „Reichen“ und die Aktienbesitzer. Die werden jetzt durch die Propagandatexte gejagt. Daß allein bei den „Reichen“ auch mit drastisch erhöhten Spitzensteuern nicht annähernd genug zu holen ist, um die Ausgabenflut zu finanzieren, weiß jeder. Schlußfolgerung: Weil es nicht reicht, wird die Grenze zum „Reichsein“ solange nach unten verschoben, bis man mitten in der Mittelschicht angekommen ist. Selbstredend kein Thema für die Zeit vor der Wahl, doch im kommenden Jahr werden wir ja sehen. Und die Aktienbesitzer? Die werden sowieso immer weniger. Und wenn Frank-Walter Steinmeier erfolgreich ist, wird es bald überhaupt keine privaten Aktionäre mehr geben. Warum auch? Bei Hedgefonds und anderen „Heuschrecken“ werden die Anteile deutscher Unternehmen ohnehin viel professioneller genutzt als bei privaten Kleinaktionären. Und den „Heuschrecken“ wäre eine Börsenumsatzsteuer herzlich egal. Die rechnen anders.

ZITATE

*Das italienische **EZB-Direktoriumsmitglied Lorenzo Bini Smaghi** wagt gegenüber der „Financial Times Deutschland“ (20. April) eine Vorhersage darüber, wie die **Welt nach der Krise** aussehen wird:*

„Wenn die Welt diese Krise hinter sich gelassen hat, wird es eine Welt sein mit weniger Export, kleinerem Finanz- und Häusersektor, und hoffentlich mehr von anderen Dingen wie Binnennachfrage. Auch in der Autoindustrie stehen wir vor enormen strukturellen Anpassungen. Niveaus wie 2006 werden wir nicht wieder sehen.“

*Die **Wirtschaftswissenschaftler Wolfgang Blumers** und **Michael Elicker** kommentieren in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (17. April) die **Attacken des Bundesfinanzministers** auf Steueroasen und Kapitalflüchtlinge:*

„Steinbrück hofft, in Deutschland eine öffentliche Diskussion über ein gesamtwirtschaftlich kaum relevantes Steuerthema entfachen und damit von den wahren Fehlern und Unterlassungen seines Ressorts ablenken zu können. Das Thema, das im Wahlkampf wirklich in aggressiver Weise diskutiert werden müßte, ist die Unfähigkeit der heutigen politischen Oligarchie Deutschlands, ein ökonomisch sinnvolles und gerechtes Steuersystem zu schaffen.“

*Der umstrittene deutsch-türkische **Rap-Musiker Bushido** äußert im „Stern“ (16. April) Kritik an immer noch mehr **Hilfen für Problem-Jugendliche** mit Migrationshintergund:*

„Wie lange wird den Menschen schon Hilfe angeboten? 20, 30 Jahre? Wenn die Idioten da draußen nicht hören wollen, kannst du machen, was du willst. Du kannst Millionen in Scheißprojekte blasen. Also laßt uns doch mal mutig sein: mehr Zwang. Wer Regeln verletzt, muß sofort richtig Ärger kriegen. Das muß man spüren.“

Wie oft?

Mal als Segen, mal als Plage
sieht man es in Nah und Fern,
und drum trifft die Gretchenfrage
wie so oft des Pudels Kern.

Ja, wie oft nur? Also Luther
meinte einst, „die Woche zwier“
sei ein Mittelwert, ein guter –
macht im Jahre hundertvier.

Strenger sichtlich sind Manieren
drunten in Afghanistan,
denn man will es regulieren
per Gesetz nach strengem Plan.

Und ob nötig, ob entbehrlich,
jeden vierten Tag wird's Pflicht,
das gibt einundneunzig jährlich –
rechnet selber: Mehr ist's nicht.

Groß ist folglich die Erregung –
weil zuwenig, weil zuviel,
weil nach „Gender“-Überlegung
Angriff gar aufs Homo-Ziel?

Eines macht zu Recht verdrießlich:
Bei der Gleichheit im Extrem
werden Menschenrechte schließlich
mangels Pflichten zum Problem!

Aber Brüssel wird's schon richten:
Teilt man halt – Applaus, Applaus –
auch für Rechte und für Pflichten
Zertipfiffikate aus.

Börsenhandel wird's mit diesen
regeln wie beim Ce-Oh-zwei,
und es ist mit Ehekrisen
ein für allemal vorbei ...

Pannonicus